

AKTUELLE CHRONIK

Chronik der politischen Entwicklung Asiens vom 1. Januar bis 31. Mai 1972

UWE G. FABRITZEK

Die vorliegende Chronik soll in ihrer neuen Form umfassend über alle relevanten Ereignisse im asiatischen Raum informieren, wobei die einzelnen Daten und Fakten quellenmäßig belegt werden, um über die aktuelle Information hinaus zu einer Art Nachschlagewerk für Interessierte wie Fachleute zu werden.

Als Quellen werden größtenteils Nachrichtenagenturen und Monitor-Dienste, aber auch internationale Presseorgane herangezogen. Im Einzelfall wird auf Hintergrundmaterial und weiterführende Darstellungen verwiesen.

An eine Aufnahme von Dokumenten ist prinzipiell nicht gedacht, da dadurch der Umfang der Chronik den Rahmen des verfügbaren Raumes sprengen würde, doch bestimmt auch hier die Ausnahme die Regel.

Zur Gliederung: Die Chronik ist in die Regionen Süd-, Südost- und Ostasien unterteilt; in den Regionen werden die jeweiligen Staaten im einzelnen behandelt, wobei eine Unterteilung in Innen-, Wirtschafts- und Außenpolitik zweckmäßig erschien. Die Komplexität der Zusammenhänge erlaubt im Einzelfall keine exakte Trennung.

Der Berichtszeitraum umfaßt für diese Folge für die beiden China die Zeit vom 1. März bis 31. Mai 1972, für das übrige Asien den Zeitraum vom 1. Dezember 1971 bis 31. Mai 1972. (Zur Chronik „China“ vom 1. 1. bis 29. 2. 1972 vgl. IASF Nr. 2/72, S. 284–311.)

Ab Heft 4/72 des IASF wird regelmäßig über einen Drei-Monats-Zeitraum berichtet werden.

U. G. F.

Abkürzungen

ADN	– Amtliche Deutsche Nachrichtenagentur, DDR
AFP	– Agence France Press
AIR	– All India Radio, Indien (nach MD)
ATA	– Albanian Telegraph Agency
BTA	– Bulgarian Telegraph Agency
CTK	– Československá Tisková Kancelár (Nachrichtenagentur der Regierung der CSSR)
DPA	– Deutsche Presseagentur, BRD
DSB	– Department of State Bulletin, Washington
EA	– Europa-Archiv, Bonn
FAZ	– Frankfurter Allgemeine Zeitung
FEER	– Far Eastern Economic Review, Hongkong
HNA	– Hsinhua News Agency, Daily Bulletin
IAF	– Internationales Afrika-Forum, München
ISI	– Indian Standards Institutions, Indien
Isv	– Isvestija, Moskau
JAT	– The Japan Times, Tokio
JMJP	– Jen-min Jih-pao (Volkszeitung) Peking
KCNA	– Korean Central News Agency, Nordkorea
KMJP	– Kuang-min Jih-pao, VR China
Kr. Sv.	– Krasnaja Svesda, Moskau
MD	– Monitor-Dienst der Deutschen Welle, Köln
MENA	– Middle East News Agency, Ägypten

MTI	— Magyar Tvirati Iroda, Nachrichtenagentur Ungarns
NCNA	— New China News Agency, Peking
ND	— Neues Deutschland, DDR
NZ	— Neue Zeit, Moskau
NZZ	— Neue Zürcher Zeitung
PAP	— Poslka Agencja Prasowa, Nachrichtenagentur Polens
Pr	— Prawda, Moskau
PrLat	— Prensa Latina
PR	— Peking Rundschau, Peking
RD	— Rabotnicesko Delo, Bulgarien
RP	— Radio Peking (nach MD)
SCMP	— South China Morning Post, Hongkong
SWBFE	— Summary of World Broadcasts, Part 3, The Far East, BBC London
SZ	— Süddeutsche Zeitung, München
TASS	— Nachrichtenagentur der Sowjetunion
TST	— The Straits Times, Manila
USIS	— United States Information Service
VNA	— Vietnam News Agency, Nordvietnam

A. Südasien

1. Afghanistan

Über die innen- und wirtschaftlich-politische Entwicklung Afghanistans im Berichtszeitraum liegen keine erwähnenswerten Meldungen vor — abgesehen von einer Überschwemmungskatastrophe am 20. Januar in der Provinz Farah, die nach offiziellen Angaben neun Menschenleben forderte; 1500 Häuser wurden zerstört, mehrere Tausend Stück Vieh kamen um (NZZ, 3. 2. 1972).

c) Außenpolitik

Vergleichsweise aktiv entwickelten sich die außenpolitischen Beziehungen, wobei die Kontakte zu Moskau, Pakistan und China im Vordergrund standen.

Die Sowjetunion, die erheblichen Anteil an der wirtschaftlichen Entwicklung Afghanistans hat, trägt auch zur Verbesserung der Infrastruktur bei: Mitte Januar wurden Vermessungsarbeiten für den Aufbau eines Straßennetzes in den nördlichen Teilen Afghanistans (Gesamtlänge 900 km) abgeschlossen, dem für die wirtschaftliche Entwicklung große Bedeutung zukommt (Tass 13. 1. 1972). Im gleichen Monat wurde ein Vertrag über die Erhöhung der Erdgasproduktion Nordafghanistans unterzeichnet, wobei die Sowjetunion die technischen Entwürfe und Pläne zur Verfügung stellen wird (Tass 20. 1. 72). Nachdem Mitte Dezember König Mohamed Zahir Shah die Sowjetunion besuchte, stattete Mitte März Ministerpräsident Abdul Zahir der UdSSR einen offiziellen Freundschaftsbesuch ab; neben Moskau besuchte er auch Sotschi, Taschkent und Samarkand (Tass 14. 3. 72). In dem gemeinsamen Abschlußkommunique bekräftigte die Sowjetunion ihre Bereitschaft, technische und wirtschaftliche Hilfe für die Erfüllung des Fünf-Jahres-Planes Afghanistans (1972–1977) zu gewähren; ein entsprechendes Abkommen soll demnächst unterzeichnet werden (Tass 21. 3. 72). Darüber hinaus setzte sich die Sowjetunion für die Schaffung eines kollektiven Sicherheitssystems in Asien ein, während Afghanistan für eine politische Lösung der Streitfragen zwischen Pakistan und Bangla Desh eintrat (ebd).

Mit Pakistan kam es zu Diskussionen über die Paschtunistan-Frage, die durch den jüngsten Besuch von Frau Bhutto in Kabul vom 10. bis 16. Mai als vorläufig geklärt gilt. In der Botschaft an Präsident Bhutto betonte König Zahir, daß es Afghanistan als seine „nationale Pflicht“ betrachtet, das Volk von Paschtunistan zu unterstützen, „bis es das Selbstbestimmungsrecht erhalten“ habe. Schließlich werden die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Afghanistan und Pakistan hervorgehoben, die von Pakistan angeregte wirtschaftliche Zusammenarbeit gutgeheißen (SWBFE 3997) (vgl. Pakistan/Außenpolitik).

In den Beziehungen zu Indien ist der Besuch von Außenminister Swaran Singh vom 31. März bis 3. April in Kabul zu erwähnen, wobei Singh neben Gesprächen mit seinem afghanischen Amtskollegen auch mit König Zahir Shah und Premierminister Zahir zu

Gesprächen, vor allem über die wirtschaftliche Zusammenarbeit, zusammentraf. In Gesprächen der gemeinsamen indisch-afghanischen Kommission wurde u. a. die technische Unterstützung Indiens für verschiedene Deichbauprojekte in Afghanistan vereinbart (SWBFE 3955).

2. Ceylon (Sri Lanka)

a) Innenpolitik

Die innenpolitische Szenerie war vor allem von drei Problemen beherrscht: das vorrangigste waren die offensichtlich andauernden Unruhen als Folge des „Guevaristen-Aufstandes“ vom April 1971, das zweite die Verfassungsänderung mit ihren Reformen vom 22. Mai dieses Jahres und schließlich das mit diesen Fragen eng zusammenhängende Bevölkerungsproblem.

Während nach außen hin die Lockerung der Sicherheitsvorkehrungen und Entlassungen bei Armee und Polizei im Februar/März (NZZ 17. 3. 1972) für eine innenpolitische Konsolidierung sprachen, bewies die erneute Verschärfung der Sicherheitsmaßnahmen seit dem 13. März eine tatsächliche latente Unsicherheit. Der neuerlich verhängte Ausnahmezustand – über den zu berichten die Zensur verboten hatte – hängt offensichtlich mit einer neuen Serie von Angriffen der „Guevaristen“, meist jugendlichen marxistischen Revolutionären, zusammen, die zum Jahrestag der letztjährigen Revolte begangen wurden. Im Zusammenhang damit wurden erneut Reservisten eingezogen, Freiwillige rekrutiert. Offizielle Angaben zu diesen Vorfällen erfolgten nicht, doch sprach sich Frau Bandaranaike in einer Rede vor dem Trinity-College in Kandy, der alten Hauptstadt Ceylons, für die Wünsche der Jugend aus, lehnte aber die Behauptung, daß „Prosperität durch Gewalt und Zerstörung erzielt werden könne“, ab (NZZ 28. 3. 1972). Die Ursachen der Unruhen hängen auch damit zusammen, daß noch etwa 14 000 Jugendliche interniert sind und – trotz gegenteiliger Ankündigungen – bisher weder vor Gericht gestellt noch rehabilitiert wurden (JAT 17. 3. 1972). Anlaß weiterer Unstimmigkeiten sind die zur Aburteilung der Internierten geschaffenen „Criminal Justice Commission Courts“ die praktisch die Funktion von Sondergerichten einnehmen und den Verdächtigten das Recht auf ein ordentliches Verfahren verweigern. Nur bei Todesurteilen ist die Einschaltung des Obersten Gerichtshofes möglich (NZZ 1. 5. 1972). In Verbindung mit den jüngsten Unruhen wurde erneut der Ausnahmezustand über zehn Provinzen des Landes verhängt, zudem für jede dieser Provinzen ein Offizier zur Koordination der Maßnahmen von Armee und Polizei eingesetzt (SZ 27. 3. 1972). Für den Mai wurde die Schaffung eines Polizeikadettenkorps in sechs Hochschulen angekündigt, das den „Studenten helfen soll, gesetzestreuer und ernsthafter“ zu werden (SWBFE 3963).

Die bevölkerungspolitische Situation Ceylons wurde durch eine große Anzahl illegaler Einwanderer aus dem Süden Indiens – offiziell spricht man von 200 000, inoffiziell von einer halben Million – sowie durch die verschlechterte Stellung der Tamilen verschärft. Die alte Spannung zwischen den (etwa drei Mio.) hinduistischen Tamilen indischer Abstammung und den (etwa neun Mio.) buddhistischen Singhalesen wurde durch die neue Verfassung, die den Buddhismus praktisch zur Staatsreligion und Singhalesisch zur Amtssprache macht, neu belebt. Zusätzlich gelten die Tamilen lediglich als „registrierte Bürger“, ständig bedroht, ihre Rechte und ihre Bürgerschaft zu verlieren. Die Gefahren dieser neuerlichen Konfrontation reichen von militanten Auseinandersetzungen bis zu separatistischen Bestrebungen der Tamilen, die letztlich auch ein Eingreifen Indiens, in dem etwa 34 Mio. Tamilen leben, als möglich erscheinen lassen.

Innerhalb der Regierungskoalition selbst kam es zu einer Krise mit den prosovjetschen Kommunisten – in deren Verlauf drei der sechs KP-Abgeordneten suspendiert wurden, weil sie nicht für einen Gesetzentwurf gestimmt hatten, der sich gegen „Revolutionäre“ und Devisenschmuggler richtete (NZZ 14. 5. 72). Kurz zuvor war ein Mißtrauensantrag der oppositionellen UNP (United National Party) mit einer Mehrheit von 94 Stimmen abgewiesen worden (am 4. 5. 1972, SWBFE 3982). In dem Mißtrauensantrag war der Regierung vorgeworfen worden, vor allem ihre wirtschaftlichen Wahlversprechen nicht eingehalten und das Volk „verraten“ zu haben. In mehreren Reden nahm Frau Bandaranaike zu diesen Punkten Stellung, wobei sie die Erfolge ihrer Regierung herausstellte (vgl.

u. a. SWBFE 3982, 3990). In bezug auf den Ausnahmezustand erklärte sie, daß mit der Normalisierung des öffentlichen Lebens auch der Notstand wieder aufgehoben würde (am 2. 5. SWBFE 3980).

Am 22. Mai wurde die „Souveräne Republik Sri Lanka“ proklamiert und die neue Verfassung von der verfassungsgebenden Versammlung gebilligt. Ceylon gab damit seinen bisherigen Status als Dominion im britischen Commonwealth auf, bleibt aber dessen Mitglied. Der bisherige Repräsentant der englischen Königin, William Gopallawa, wird zum ersten Präsident der neuen Republik. Die Exekutivgewalt konzentriert sich nunmehr in den Händen des Premierministers, das bisherige Unterhaus (nunmehr „Nationalversammlung“) bleibt sechs Jahre, also bis 1978 im Amt, was eine Regierungszeit der derzeitigen Koalition von insgesamt acht Jahren bedeutet (das Oberhaus wurde einige Wochen zuvor aufgelöst).

Einschneidende Veränderungen in der neuen Verfassung betreffen die Rechtsprechung, nach der der Präsident für die Parlamentsperiode einen Sondergerichtshof ernennen kann, was bedeutet, daß die Interpretation der Grundrechte von der jeweiligen Zusammensetzung der Nationalversammlung abhängig ist. Außerdem wird das individuelle Recht auf Eigentum nicht mehr als Grundrecht definiert, womit eine Forderung der Sozialisten erfüllt wird (vgl. u. a. NZZ 23. 5. 1972, MD 23. 5. 1972, SWBFE 3997).

b) Wirtschaftspolitik

Die seit langem unbefriedigende Wirtschaftslage Ceylons konnte auch nach dem Abschluß der Budgetdebatte für 1972 (vgl. TST 27. 11. 1971) und dem vorgelegten Fünf-Jahres-Plan für 1972–1976 (SCMP 1. 12. 1971) nicht gebessert werden, woran auch die auf Ceylons Wirtschaft positiven Auswirkungen des indisch-pakistanischen Krieges (SCMP 27. 12. 1971) nichts veränderten. Daß es der Regierung bisher nicht gelang, mit der Beseitigung der Arbeitslosigkeit und der Beendigung der Inflation ihre Wahlversprechungen zu erfüllen, wurde von der Regierung dem Aufstand des letzten Jahres zugeschrieben, doch liegen die wahren Ursachen eher in einer unrealistischen Wirtschaftsplanung und einer Überbetonung des Militärbudgets. Die Versuche, die Wirtschaft durch Verstaatlichungen zu kontrollieren – durch bisher etwa 40 staatliche Gesellschaften (TASS 17. 4. 1972) – blieben ohne den gewünschten Erfolg. Am 1. Februar wurde die Verstaatlichung des Reis-Großhandels bekanntgegeben (ADN 1. 2. 1972), der Ende des Monats die Verstaatlichung der British-Ceylonesischen Gesellschaft, des größten Kopra-Abnehmers und Kokosnuß-Ölherstellers folgte (JAT 28. 2. 1972). Entscheidende Preiserhöhungen für Lebensmittel wie Reis, Mehl und Zucker mußten auf Proteste hin wieder rückgängig gemacht werden (NZZ 9. 2. 1972). Andere demonstrative regierungsamtliche Maßnahmen, wie die Begrenzung des Eigentums an Grundstücken und die Beschränkung des persönlichen Einkommens auf 2000 Rupien monatlich haben eher demonstrativen Charakter, wenn man berücksichtigt, daß von den 12,7 Millionen Einwohnern nur etwa 175 000 mehr als 400 Rupien im Monat verdienen (NZZ 1. 5. 1972, JAT 2. 3. 1972).

Im Januar besuchte Weltbankpräsident McNamara Colombo, wobei die finanziellen Schwierigkeiten erörtert und eine Hilfe in Aussicht gestellt wurde (JAT 24. 1. 1972).

c) Außenpolitik

Allgemein. Anfang Dezember 1971 schlug Ceylon der UNO-Vollversammlung vor, das Gebiet des Indischen Ozeans zur „Friedenszone“ zu erklären. Japan und die Sowjetunion stimmten grundsätzlich zu, bezeichnen jedoch eine genaue Überprüfung als notwendig (Radio Japan, IS 2. 12. 1971).

Ebenfalls im Dezember wurde vom ceylonesischen Kulturministerium der Beschluß gefaßt, die buddhistische missionarische Tätigkeit unter Einbeziehung der Bundesrepublik, Kanadas und Australiens auszuweiten. Bisher wurden bereits jährlich 50 000 Rupien für den Unterhalt entsprechender Missionen in den USA, Großbritannien und Indien bereitgestellt (Radio Colombo, IS 2. 12. 1972). Im Mai fand eine internationale Buddhistenkonferenz in Colombo statt, bei deren Schlußsitzung am 26. 5. eine „Weltgemeinschaft buddhistischer Jugend“ gegründet wurde (JAT 28. 5. 1972).

Asien. Die Beziehungen zu Pakistan erfuhren besonders in wirtschaftspolitischer Hinsicht eine starke Intensivierung. Am 6. März wurde ein neues Luftfahrtabkommen unter-

zeichnet (Dawn 6. 3. 1972), dem kurze Zeit später ein Handelsvertrag folgte, in dessen Rahmen Ceylon 1,5 Mio. Pfund Tee exportieren und 50 000 t Grobkornreis importieren will (Dawn 1. 3. 1972). Darüber hinaus wurden Gespräche über eine Kooperation auf dem Gebiet der Schifffahrt geführt, reiste eine Delegation zur Ausweitung des Handels im April nach Karatschi (Dawn 11. 4. 1972), als deren Ergebnis Anfang Mai ein Tauschhandelsabkommen abgeschlossen wurde, das einen jährlichen Warenaustausch im Wert von 45 Mio. Rupien (etwa 3 Mio. engl. Pfund) vorsieht (Dawn 4. 5. 1972).

Demgegenüber ist das Verhältnis zu **I n d i e n** auch als Folge der Auseinandersetzung um Bangla Desh relativ formal, zumal Ceylon in bezug auf den eigenen Staat ein „zweites Bangla Desh“ fürchtet – ein Gedanke, den Indira Gandhi energisch zurückgewiesen hat; entsprechende Befürchtungen wurden auch von dem Generalsekretär der prochinesischen KP Ceylons, Sanomogathasam, geäußert (SWBFE 3973). Die Handelsgespräche zwischen beiden Staaten wurden hingegen erfolgreich abgeschlossen. Indien soll sich bereit erklärt haben, Waren von 40 Mio. Rupien im Laufe des Jahres 1972 aus Ceylon zu importieren (SWBFE 3973).

Mit **J a p a n** wurde am 17. Februar ein Wirtschaftsabkommen unterzeichnet, das Ceylon einen Kredit in Höhe von 3,5 Mio. Yen zum Ankauf von Kunstdünger und Stahlprodukten gewährt (JAT 18. 2. 1972). Mit **Malaysia** wurde am 17. März ein Luftfahrtabkommen unterzeichnet, das Flugrechte über Kuala Lumpur nach Singapore, Djakarta und Sydney einräumt (JAT 22. 3. 1972).

Sozialistische Staaten. Mit der **S o w j e t u n i o n** wurde Mitte Januar ein Luftfahrtabkommen unterzeichnet (TASS 17. 1. 1972) und im Laufe des April reiste eine Anzahl ceylonischer Studenten als Stipendiaten nach Moskau (SWBFE 3968). Am 29. April traf der Kommandeur der sowjetischen Pazifikflotte, Admiral Smirnov, zu einem sechstägigen Freundschaftsbesuch auf Ceylon ein (JAT 1. 5. 1972). Die Proklamation zur Republik wurde vom Moskauer Parteiorgan „Prawda“ in einem ausführlichen Artikel begrüßt (Pr 23. 5. 1972). Die freundliche Haltung Moskaus gegenüber den Vorgängen in Ceylon ist dabei vor allem im Zuge der Zurückdrängung des wachsenden chinesischen Einflusses zu sehen, das sich seit dem Krieg mit Ostpakistan wesentlich verstärkt hat und Ausdruck der Sorge Ceylons vor Indien ist (vgl. VR China/Außenpolitik). Anfang März wurde mit **U n g a r n** ein Abkommen über technische und wissenschaftliche Zusammenarbeit abgeschlossen, außerdem fanden Verhandlungen über die Errichtung eines Aluminiumwerkes sowie anderer Fabriken in Ceylon statt (Nep 18. 3. 1972), während sich im April eine Delegation der KP Ceylons in Budapest aufhielt.

Sonstige. Eine Intensivierung der Beziehungen ist zu **Ä g y p t e n** zu verzeichnen; nachdem im Dezember 1971 der stellvertretende Ministerpräsident Senanayke Kairo zu Gesprächen über politische und wirtschaftliche Fragen besucht hatte, entsandte Ägypten Anfang Januar Erdöltechniker, die andere ausländische Erdölexperten ersetzen sollen (EG 5. 1. 1972). Am 7. März wurde in Colombo zwischen beiden Staaten ein Handelsvertrag unterzeichnet, nach dem Ägypten 1972 Waren im Wert von 7 Mio. £ importieren will (JAT 9. 3. 1972). Die **U S A**, die Ceylon in den letzten zwanzig Jahren mit einer Entwicklungshilfe in Höhe von insgesamt 200 Mio. US-Dollar unterstützten (JAT 7. 12. 1972), setzten diese Hilfe auch 1972 fort. Im Januar wurden Traktoren und sonstige landwirtschaftliche Maschinen an Ceylon geliefert, Anfang April folgten Hubschrauber sowie Hochfrequenzfernmeldegeräte für die Streitkräfte (JAT 10. 4. 1972). Anfang März hielt sich der Kommandeur der US Pazifikflotte, Admiral McCaine, zu einem Freundschaftsbesuch in Colombo auf.

3. Nepal

a) Innenpolitik

Am 31. Januar starb König Mahendra von Nepal; er war seit 1955 Staatsoberhaupt und hatte Nepal erfolgreich die Unabhängigkeit als „Pufferstaat“ zwischen Indien und China bewahrt. In seine Amtszeit fielen auch eine Bodenreform, die Abschaffung des Kastensystems sowie die Industrialisierung des Landes.

Die Nachfolge trat der bisherige Kronprinz, sein 26jähriger Sohn Birenda Bir Bikram an. Mitte April bildete dieser die Regierung um, wobei acht der bisherigen Minister abgesetzt, gleichzeitig die Regierung von 17 auf 22 Mitglieder erhöht wurde.

Der neue Ministerrat setzt sich wie folgt zusammen:

BISTA, Kirti Nidhi	Ministerpräsident; zugleich Minister für Verteidigung, Finanzen und Angelegenheiten des Königshofes
GIRI, Rudra Prasad	Minister ohne Geschäftsbereich
KARKI, Gehendra Bahadur	Minister für Außenpolitik und Erziehung
SINGH, Chaturbuj Prasad	Minister für Industrie, Handel und Verkehr
SHARMA, Rabindranath	Minister für allgemeine Verwaltung, Wasser- und Energiewirtschaft, Justizwesen
SHRESTHA, Jog Menhar	Minister für Inneres, „Panchayat“ und Bodenreform
SINGH, Prayag Raj	Minister für öffentliche Arbeiten, Transport und Gesundheit
BASNET, Hari Bahadur	Minister für Forstwirtschaft, Landwirtschaft und Ernährung

Der Ministerrat umfaßt außerdem neun Staatsminister und fünf beigeordnete Minister; die Vereidigung erfolgte am 16. 4. in Anwesenheit des Königs (nach NCNA 17. 4. 1972).

b) Wirtschaftspolitik

Einer Meldung der sowjetischen Nachrichtenagentur Tass zufolge stieg der Export der staatlichen Handelsgesellschaft Nepals im Finanzjahr 1970/71 um 68 Prozent auf 75 Millionen Rupien, wobei die Sowjetunion den ersten Platz im Exporthandel des Landes einnahm (Tass 11. 4. 72).

c) Außenpolitik

Im Vordergrund der Außenpolitik im Berichtszeitraum steht der 16tägige Besuch des Premierministers Bista in Indien vom 17. April an. In den gemeinsamen Besprechungen stand die indische Wirtschaftshilfe für Nepal im Vordergrund, im Hinblick auf die Außenpolitik erklärte Bista, daß die „Prinzipien der Bündnisfreiheit heute und in Zukunft wichtiger denn je“ seien (Tanjung 19. 4. 1972). Insgesamt hat Indien in den letzten zwanzig Jahren Nepal eine Hilfe in Höhe von 1,230 Milliarden Rupien gewährt, die in erster Linie zum Bau von Deichen, Bewässerungsanlagen, Wasserkraftwerken verwendet wurden (Tass 29. 5. 72). Darüber hinaus leistete Indien auch technische Hilfe, so z. B. lieferte es Mitte März Fernmeldeeinrichtungen im Werte von etwa 7,2 Mio. US\$ zur Errichtung von drei Fernsprechkämmern (JAT 15. 3. 1972). (Vgl. Indien)

Zu drei weiteren Staaten nahm Nepal diplomatische Beziehungen auf: Am 16. Januar anerkannte Nepal Bangla Desh, am 23. Februar Kuweit (Tass 23. 2. 1972) und am 22. Mai folgte Albanien. Mit allen drei Staaten wurde die Aufnahme diplomatischer Beziehungen vereinbart, so daß Nepal nunmehr zu 52 Staaten offizielle Kontakte unterhält (MD 25. 5. 1972).

Vom 25.–28. Januar besuchte der Präsident der Weltbank, Robert S. MacNamara, Kathmandu, wo er Entwicklungshilfeprojekte erörterte (MD 28. 1. 1972).

4. Indien

a) Innenpolitik

Am 1. Januar trat die staatliche Reorganisation Nordostindiens offiziell in Kraft, wobei es im wesentlichen darum ging, den Stämmen der Region größere Möglichkeiten der Selbstregierung zu geben. Dabei erhielten die Stammesterritorien Meghalaya, Tripura und Manipur den Status eines vollberechtigten Gliedstaates. Der bisherige Distrikt „Mizoberge“ wurde das Unionsterritorium „Mizoram“, die bisherige „North East Fronture Agency“ (NEFA) bleibt Unionsterritorium, erhielt aber den Namen „Arunachal Pradesh“ und die Hauptstadt Ziro. Die insgesamt fünf Gliedstaaten Nordindiens und die zwei Unionssterritorien bleiben weiterhin lose durch einen gemeinsamen Gouverneur, ein gemeinsames Oberstes Gericht und durch einen „Rat Nordostindien“ verbunden (NZZ 4. 3. 1972).

Das beherrschende innenpolitische Thema im Berichtszeitraum waren die Wahlen in 16 Staaten und zwei Unionsterritorien, die zwischen dem 5. und dem 11. März stattfanden.

Bei diesen Wahlen galt die Kongreß-Partei Frau Gandhis — nicht zuletzt wegen des Sieges über Pakistan — als favorisiert. Im Gegensatz zu 1971 bildeten die konservativen Parteien keine „Grand Alliance“, statt dessen ging die Kongreßpartei Indira Gandhis ein auf fünf Gliedstaaten beschränktes Bündnis mit den prosovjatischen Kommunisten ein. Sein Ziel lag darin, den Kongreß und die prosovjatischen Kommunisten als die einzige „echte“ sozialistische Gruppe links der Mitte zu präsentieren und alle Oppositionsparteien als „Abweichler“ zu verurteilen. Der heftigste Wahlkampf wurde in Westbengalen geführt (FAZ 10. 3. 1972), wobei es auch zu organisierter Gewaltanwendung zugunsten der Kongreßpartei kam, auf Grund derer der Führer der Marxisten in Westbengalen, Jyoti Basu, von seiner Kandidatur am 11. März zurücktrat. Bei den Auseinandersetzungen zwischen Anhängern der Kongreßpartei, den prochinesisch orientierten Marxisten und Linksradikalen sollen über tausend Personen getötet worden sein (NZZ 14. 3. 1972). Die wichtigsten Punkte des Wahlprogramms von Indira Gandhi waren „ein starkes und wohlhabendes Indien“, die „Ausmerzung religiösen Hasses“, der „große Kampf gegen die Armut“ sowie die Fähigkeit, „Einmischungsversuchen der Großmächte“ zu widerstehen (ebda). Das Endergebnis der Wahl, an der sich 45–50% der Bevölkerung beteiligt hatten, brachte einen eindeutigen Sieg für Indira Gandhi und ihre Partei: Von insgesamt 2724 Mandaten konnte sie 1925 erhalten. Der 1969 von der Partei Frau Gandhis abgesplitterte „Organisationskongreß“ mußte eine empfindliche Einbuße seiner Mandate hinnehmen — von 218 auf 88. Ähnliche Einbußen hatte auch die Jan Sangh zu verzeichnen — ihre Mandate fielen von 183 auf 105.

Die Ergebnisse im einzelnen (nach NZZ 30. 3. 1972):

Gliedstaaten und Unionsterritorien	Total Sitze	Kongreß	Organ.-Kongreß	Jan Sangh	Swatantra	Sozialisten	CPI	CPI-M	An-dere
Andhra Pradesh	287	219 (230)	— (0)	— (3)	2 (10)	— (2)	7 (12)	1 (5)	58
Assam	114	94 (78)	— (0)	— (0)	1 (1)	4 (7)	3 (7)	— (0)	11
Bihar	318	167 (125)	30 (18)	26 (33)	2 (2)	33 (60)	35 (25)	— (2)	25
Gujarat	168	139 (67)	16 (68)	3 (1)	— (11)	— (0)	1 (0)	— (0)	8
Haryana	81	52 (55)	12 (5)	2 (4)	— (0)	— (0)	— (0)	— (0)	15
Himachal Pradesh	65	51 (40)	— (0)	5 (7)	— (0)	— (0)	— (2)	1 (0)	8
Jammu u. Kaschmir	75	56 (60)	— (0)	3 (4)	— (0)	— (0)	— (0)	— (0)	14
Madhya Pradesh	296	220 (192)	— (0)	48 (70)	— (0)	7 (10)	3 (1)	— (0)	18
Maharashtra	270	223 (185)	— (7)	5 (6)	— (0)	3 (11)	2 (0)	1 (0)	36
Manipur	60	17 (11)	1 (11)	— (0)	— (0)	3 (3)	— (1)	— (0)	37
Meghalaya	60	9 (4)	— (0)	— (0)	— (0)	— (0)	— (0)	— (0)	51
Mysore	216	165 (75)	24 (104)	— (3)	— (4)	3 (3)	3 (2)	— (1)	21
Pandschab	104	66 (29)	— (0)	— (7)	— (0)	— (2)	10 (4)	1 (2)	27
Rajasthan	184	145 (112)	1 (1)	8 (17)	11 (26)	4 (6)	4 (1)	— (0)	11
Tripura	60	41 (17)	— (0)	— (0)	— (0)	— (0)	— (1)	16 (3)	2
Westbengalen	280	216 (105)	2 (2)	— (1)	— (0)	— (4)	35 (13)	14 (113)	13
Delhi	56	44 (19)	2 (2)	5 (33)	— (0)	— (0)	3 (1)	— (0)	2
Goa, Daman u. Diu	30	1 (2)	— (0)	— (0)	— (0)	— (0)	— (0)	— (0)	29
Total	2724	1925 (1406)	88 (218)	105 (189)	16 (54)	57 (108)	107 (70)	34 (126)	386

Erfolge konnte die Regierung hinsichtlich des Bandenunwesens verzeichnen. Am 22. Dezember ergab sich der Führer der Naga-Rebellen zusammen mit drei weiteren Anführern den Regierungstruppen. Die Kapitulation der „Dacoit“-Führer Mohar Sing und Madho löste ein weiteres Problem für die Regierung. Die ursprünglich patriotisch motivierten Aktionen der Dacoits, deren Aktionsfeld das Gebiet des Chambal-Flusses war, schlug 1947 ins Kriminelle um und wurde zeitweise zu einer Bedrohung der Ordnung. Nach langen Bemühungen von Jayaprakash Narayan, einem früheren Politiker der Kongreßpartei, konnte dieser die Bandenführer zur Aufgabe überreden (NZZ 30. 4. 1972). Eine neue Gefahr für die innere Ordnung eines Teils Indiens kann die Forderung Tamilnadus (Gliedstaat im Süden Indiens) auf Autonomie bedeuten, die im Mai erhoben — und von Frau Gandhi sofort zurückgewiesen wurde (SWBFE 4001).

Mehrere Tote forderte ein Ausbruchversuch pakistanischer Kriegsgefangener aus einem Gefangenenlager am 7. März. Pakistan protestierte gegen das Vorgehen der indischen Wachen (vgl. Außenpolitik), doch ergab eine Untersuchung durch das Internationale Rote Kreuz, daß das Verhalten der Wachen gerechtfertigt war (AIR 21. 3. 1972).

b) Wirtschaftspolitik

Der Krieg mit Pakistan belastete die indische Wirtschaft erheblich, wobei die Einstellung der Hilfe der USA erschwerend hinzukam. Zwar propagierte Indien in verstärktem Maß den (chinesischen) Slogan vom Verlassen „auf die eigenen Kräfte“ (u. a. AIR 20. 1. 1972), doch konnten Rückschläge in der Wirtschafts- und Industrieproduktion nicht verhindert werden (vgl. US News and World Report v. 28. 2. 1972, S. 74–76). Besonders stark wurde die Stahlproduktion betroffen (AIR 7. 3. 1972), wohingegen für die Nahrungsmittel- und die Baumwollproduktion neue Rekorde gemeldet wurden (AIR 15. 3. 1972).

Am 16. März legte Finanzminister Y. B. Chavan das Budget für 1972/73 vor, dessen Schwerpunkt Maßnahmen waren, durch die insgesamt 1,83 Mia. Rupien zusätzlichen Steueraufkommens gesichert werden sollen. Sie sollen mittels einer 30prozentigen Erhöhung der Grundzölle für Stahlerzeugnisse, einer Zollerhöhung für Heizöl (die den Verbrauch von Öl zur Verringerung der Importabhängigkeit einschränken soll) sowie einer fünfprozentigen Zollerhöhung für Düngemittel beigebracht werden. Dem Trend zur Selbstversorgung entspricht die Reduzierung der Nettoeinnahmen aus Auslandsdarlehen auf 950 Mio. Rupien (alle Angaben AIR 16. 3. 1972). Außerdem wurden am 3. April neue Importbeschränkungen, die 160 Warengattungen betreffen; 90 weiteren werden Beschränkungen auferlegt (AIR 3. 4. 1972, NZZ 30. 3. 1972).

Mit Erfolg wurde die Nationalisierung vorangetrieben. Nach der Verabschiedung der 25. Änderungsvorlage zur Verfassung, mit der Schwierigkeiten beim Erwerb von Eigentum für öffentliche Zwecke überwunden werden sollen (AIR 1. 12. 1971), setzte die Regierung am 15. März eine Studiengruppe zur Prüfung von Vorschlägen über die Festlegung einer Höchstgrenze für städtisches Eigentum ein (AIR 15. 3. 1972). Am 19. April wurde vom Chefminister von Madhya Pradesh, P. C. Sethi, ein Gesetz zur Begrenzung des Eigentums der städtischen Bevölkerung eingebracht, wonach eine Familie bis zu vier Personen Eigentum im Werte von 400 000, darüber bis zu 500 000 Rupien besitzen darf (SWBFE 3969), Finanzminister Chavan schloß in Ergänzung dazu eine Bgrenzung der Einkommen für die Zukunft nicht aus (SWBFE 3999). Darüber, sowie über die Bodenreform kam es zu heftigen Auseinandersetzungen. Die dringend notwendige Bodenreform (über 70% der landwirtschaftlichen Fläche sind Eigentum von 20% der Haushalte) wird außer von den Großgrundbesitzern auch von zahlreichen Landtagsabgeordneten attackiert, die davon betroffen sind. Weitere Nationalisierungsvorhaben beziehen sich auf die Monopole in der Zeitungsindustrie und wurden von Frau Gandhi am 20. Mai angekündigt (SWBFE 3995).

Am 3. Mai begann in Neu Delhi der Gewerkschaftskongreß (SWBFE 3981), und am 21. Mai wurde zwischen den drei größten Gewerkschaften – dem „Indischen Nationalen Handelskongreß“, dem „Gesamtindischen Handelskongreß“ und dem „Hind Mazdoor Sabha“ – vereinbart, einen „Nationalrat der Zentralen Gewerkschaften“ zu errichten (SWBFE 3996).

c) Außenpolitik

Allgemein. Die Außenpolitik Indiens ist nach dem Sieg über Pakistan in zunehmendem Maß realistisch geworden – unter Abkehr von früheren idealistischen Grundzügen, aber auch von jener gewaltlosen Politik, wie sie früher Gandhi und Nehru geübt hatten. Die Grundzüge der gegenwärtigen Außenpolitik lassen sich wie folgt skizzieren:

- Gegen „Unterdrückung durch reiche und große Länder“, Befreiung von Armut und Abhängigkeit (nach einer Rede Frau Gandhis am 3. Januar) (ISI 3. 1. 1972).
- Dialog mit den Großmächten auf der Grundlage der Gleichberechtigung und gegenseitiger Achtung (Swaran Singh am 26. 4. 1972 vor dem Unterhaus) (TST 26. 4. 1972, SWBFE 3975).
- Indien strebt keine Führungsrolle an und hat gegenüber den Nachbarstaaten keine territorialen Ambitionen bzw. geopolitischen Pläne (Frau Gandhi am 11. April bei der Konferenz indischer Botschafter, TST 11. 4. 1972).

– Indien ist gegen Versuche der Einflußnahme der Großmächte im Indischen Ozean (MD 3. 5. 1972), befürwortet eine Neutralisierung Südostasiens und lehnt die militärische Bündnisse wie die SEATO, CENTO ab (AIR 4. 5. 1972).

Asien. Die Beziehungen zu Bangla Desh gestalteten sich entsprechend der Rolle Indiens bei der Gründung dieses Staates sehr intensiv. Am 5. Januar traf der Außenminister Bangla Deshs, Abdus Samad Azad, in Neu Delhi zu Gesprächen über die künftige Gestaltung der bilateralen Beziehungen ein (AIR 5. 12. 1972). Am 6. Februar folgte ihm Ministerpräsident Mujibur Rahman zu einem ersten offiziellen Besuch Indiens (ISI 7. 2. 1972). Bei den gemeinsamen Besprechungen wurde u. a. vereinbart, daß die indischen Truppen bis zum 25. März aus Bangla Desh abgezogen werden sollten. Tatsächlich wurde dieser Termin unterschritten – die letzten Einheiten (8000 von ursprünglich 100 000 Mann) verließen am 13. März Dacca und wurden von Mujibur Rahman mit herzlichen Worten entlassen – „Ihr scheidet als Freunde“ (NZZ 14. 3. 1972). Vom 17. bis 19. März hielt sich Indira Gandhi als erster ausländischer Regierungschef in Bangla Desh auf und unterzeichnete in Dacca am 19. März einen Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit mit einer Laufzeit von 25 Jahren. In dem Vertrag, der aus einer Präambel und zwölf Artikeln besteht, wird betont, daß beide Länder keinem Militärbündnis beitreten und sich an keinem Bündnis beteiligen, das gegen den anderen gerichtet ist. Beide Länder lassen nicht zu, daß ihre Territorien zu irgendwelchen Aktionen benutzt werden, die eine Bedrohung der Sicherheit des anderen darstellen. Schließlich wird der Glaube an die Politik der Blockfreiheit und der friedlichen Koexistenz als wichtiger „Faktor zur Minderung der Spannungen in der Welt und zur Aufrechterhaltung des Weltfriedens“ bestätigt (AIR 19. 3. 1972, NZZ 20. 3. 1972). Am 28. März wurde ein Handelsabkommen mit einer Laufzeit von einem Jahr unterzeichnet. Außerdem wurde vereinbart, einen 32 km breiten Streifen entlang der gemeinsamen Grenze zum Freihandelsgebiet zu erklären, in dem Waren für den täglichen Bedarf ohne Zoll- und Devisenbeschränkungen gehandelt werden dürfen. Als wichtigste Importe aus Indien werden Fisch, Rohjute, als Exporte Tabak und Zement genannt (AIR 28. 3. 1972). Ein Fernmeldeabkommen war am 27. März abgeschlossen worden (AIR 27. 3. 1972). Vom 2. bis 4. Mai hielt sich der Außenminister Bangla Deshs zu einem weiteren Besuch in Indien auf, wo er u. a. mit Frau Gandhi zusammentraf (Tass 4. 5. 1972). Insgesamt belief sich die Hilfe Indiens bis Mitte Mai auf etwa 156 Mio. Dollar (SWBFE 3990).

Daß die sich so positiv entwickelnden Beziehungen zwischen Indien und Bangla Desh nicht ohne Probleme sind, beweisen Meldungen vom 24. Mai, die von einem ansteigenden Schmuggel zwischen beiden Staaten berichten (SWBFE 3999).

Die Beziehungen zu Nepal wurden durch den Besuch des nepalesischen Premierministers Bista Mitte April weiter gefestigt. Am 18. April wurde Bista von Frau Gandhi empfangen, wobei diese die Bereitschaft, Nepal wirtschaftlich zu unterstützen, betonte (SWBFE 3968). Bei diesem Gespräch wurde auch eine enge Konsultation beider Staaten „in Angelegenheiten, die beide Seiten interessieren“, vereinbart. Vom 8. bis 12. Mai besuchte der indische Stabschef, General Manekshaw, Nepal zu Gesprächen über die gegenseitige Zusammenarbeit (SWBFE 3985). Ein Abkommen über indische Wirtschaftshilfe in Höhe von 550 Mio. Rupien zum Aufbau der Wirtschaft in Ostnepal wurde am 11. Mai unterzeichnet (SWBFE 3988, vgl. Nepal/Außenpolitik).

Gegenüber Ceylon wies Frau Gandhi des öfteren geäußerte Befürchtungen über ein „zweites Bangla Desh“ zurück und bekräftigte, daß Indien „Frieden mit der Insel“ wolle (SWBFE 3954). Am 5. April wurde die zweite Konferenz der gemeinsamen indisch-ceylonesischen Kommission für wirtschaftliche Zusammenarbeit in Neu Delhi eröffnet, wobei Indien sein Interesse an Einfuhren aus Ceylon betonte (AIR 5. 4. 1972). Am 19. Mai trat Außenminister Swaran Singh Presseberichten entgegen, nach denen die ceylonesische Außenpolitik anti-indisch ausgerichtet sei; diese Berichte, führte er aus, verfolgen den Zweck, die Beziehungen zwischen beiden Staaten zu stören (SWBFE 3995) (vgl. Ceylon/Außenpolitik).

Vom 27. bis 30. März hielt sich Staatspräsident Giri zu einem offiziellen Besuch in Thailand auf, bei dem Gespräche über die gegenseitigen Beziehungen und die politische Situation in Süd- und Südostasien im Mittelpunkt standen (SWBFE 3954).

Mit Afghanistan wurde am 22. Februar ein Handelsabkommen für ein Jahr, gültig ab 1. März, unterzeichnet (MD 24. 2. 1972).

Die Beziehungen zu Südvietnam wurden einer mehrfachen Belastung unterworfen. Nach der Vereinbarung mit Hanoi, die diplomatischen Vertretungen auf die Ebene von Botschaften aufzuwerten, ergriff Indien eindeutig für Nordvietnam Partei, was insofern von Bedeutung ist, als Indien Vorsitzender der Internationalen Kontrollkommission (Sitz Saigon) ist und als solcher nach Ansicht Saigons unparteiisch sein sollte. Südvietnam drohte damit, die Aufenthaltsvisa der indischen Mitglieder der Kontrollkommission nicht zu verlängern, während Indien am 17. 4. seine Absicht bekannt gab, den Sitz der Kommission möglicherweise nach Hanoi zu verlegen (SWBFE 3964, 3968). Außenminister Swaran Singh dementierte am 21. April Meldungen, wonach Indien die diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Südvietnam abbrechen werde (SWBFE 3971).

USA. Das Verhältnis zu den USA hatte sich infolge der Parteinahme Nixons für Pakistan und die Einstellung der Wirtschaftshilfe erheblich verschlechtert. Zwar gab Außenminister Singh mehrfach der Hoffnung Ausdruck, daß sich die Beziehungen zu Amerika wieder verbessern würden (SWBFE 3959), was auch aus dem Jahresbericht des indischen Außenministeriums deutlich wurde (AIR 20. 4. 1972), doch erfolgten keine konkreten Schritte in dieser Richtung. Die scharfe Verurteilung der amerikanischen Bombenangriffe auf Nordvietnam (SWBFE 3959) sowie Berichte über eine Tätigkeit der amerikanischen Geheimdienstorganisation CIA in Indien (SWBFE 3959) trugen eher zur Verschlechterung der gespannten Verhältnisse bei.

Sozialistische Staaten. Das Verhältnis zur Sowjetunion hat sich in Folge der sowjetischen Unterstützung für Indien während des Krieges mit Pakistan besonders nach dem Abschluß des sowjetisch-indischen Freundschaftsvertrages vom August 1971 (den Text vgl. EA Nr. 18/1971, S. D. 439–440) zunehmend intensiver gestaltet, und wenn auch von indischer Seite mit Nachdruck wiederholt wird, daß die Hilfe Moskaus bedingungslos gewährt sei, so spricht die verfolgbare Fortentwicklung der gegenseitigen Kontakte eine andere Sprache. Am 23. Februar reiste Stabschef Manekshaw überraschend nach Moskau, ein Besuch, der mit der Aufhebung des Militärembargos der USA gegen Pakistan zusammenfällt (JAT 23. 2. 1972). Der stellvertretende sowjetische Außenminister A. Smirnow traf am 6. März als Leiter zweier Delegationen zu Gesprächen über den kulturellen Austausch und über UNESCO-Angelegenheiten am 6. März in Neu Delhi ein (MD 7. 3. 1972); am 13. März wurde ein Abkommen über den wissenschaftlichen und kulturellen Austausch zwischen beiden Staaten für die Jahre 1972 bis 1974 unterzeichnet (Tass 13. 3. 1972). Vom 3. bis 5. April hielt sich Außenminister Swaran Singh in Moskau zu Gesprächen mit der sowjetischen Führung auf, worüber das aus diesem Anlaß veröffentlichte Komunique neben dem Willen beider Staaten „die Probleme, die auf der Halbinsel Hindustan entstanden sind schnellstens politisch zu regeln“ und eine Übereinstimmung der Meinungen in internationalen Fragen, nur allgemeine Aussagen gemacht wurden (Tass 6. 4. 1972). Am 3. April traf der sowjetische Marinekommandeur Admiral S. G. Gorshkow zu einem zehntägigen Besuch in Indien ein, wo er das Angebot unterbreitete, eine U-Bootwerft in Indien zu errichten (SWBFE 3955, 3957, SZ 8./9. 4. 1972). Gleichzeitig dementierte er die Absicht, eine Militärbasis in Indien zu errichten (SWBFE 3959). Am 10. April wurde in Neu Delhi ein Protokoll über wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Landwirtschaft und Viehzucht unterzeichnet (Tass 10. 4. 1972) und am 18. April folgte ein Abkommen über Zusammenarbeit zwischen der indischen Nachrichtenagentur „United News of India“ und der sowjetischen Agentur „Tass“ (SWBFE 3968). Abkommen für den Handelsaustausch zwischen beiden Staaten wurden am 5. Mai nach vorbereitenden Gesprächen des indischen Außenhandelsministers L. N. Misihra für die Jahre 1971 bis 1975 unterzeichnet (Tass 5. 5. 1972); am 11. Mai wurde ein weiteres Abkommen, über die Zusammenarbeit im Bereich der Weltraumforschung für die nächsten zehn Jahre abgeschlossen (Tass 11. 5. 1972).

Vom 9. bis 17. Januar hielten sich der Außenminister der DDR, Otto Winzer, zu einem offiziellen Besuch in Indien auf, wo er u. a. mit Außenminister Swaran Singh und Frau Gandhi zusammentraf (ADN 10. 1., 17. 1. 1972). Die ostdeutsche Hoffnung auf Aufwertung ihres Generalkonsulates zu einer Botschaft erfüllte sich jedoch vorerst nicht — am 24. März erklärte Außenminister Singh zwar, daß diese Frage von Indien „wohlwollend geprüft werde“ (ISI 24. 3. 1972, MD 27. 3. 1972) doch erklärte der stellvertretende Außenminister

Surendra Pal Sing am 25. Mai, daß eine amtliche Bekanntmachung darüber „zu gegebener Zeit“ erfolgen werde (FAZ 26. 5. 1972).

Aus Jugoslawien besuchten im Berichtszeitraum zwei Delegationen Indien: am 24. Februar begann der zehntägige Besuch einer jugoslawischen Militärdelegation (Tanjung 24. 2. 1972) und vom 27. März bis 8. April war eine Parlamentarierdelegation in Indien (SWBFE 3959). Am 7. Januar wurde mit Ungarn ein Handelsprotokoll für 1972 unterzeichnet, das einen Handelsumsatz in Höhe von etwa 550 Mia. Rupien vorsieht (AIR 17. 1. 1972). Vom 6. bis 15. Januar hielt sich eine Regierungsdelegation aus Polen unter der Leitung von Jan Metrega, dem stellvertretenden Ministerpräsidenten und Minister für Bergbau und Energie, zu einem offiziellen Besuch in Indien auf. Nach dem gemeinsamen Kommuniqué wurde vor allem über die gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen gesprochen, außerdem die „Besorgnis über die Situation in Indochina“ zum Ausdruck gebracht; für die Zukunft wurden umfassende Konsultationen vereinbart (PAP 15. 1. 1972).

Europa. Der Außenminister Großbritanniens, Sir Alec Douglas-Home, hielt sich vom 5. bis 8. Februar zu den jährlichen Konsultationen in Indien auf. Nachdem die von Indien als „realistische Haltung“ verfolgte Politik Londons gegenüber den Ereignissen auf dem Subkontinent zu einer spürbaren Verbesserung der bilateralen Beziehungen geführt hatte, ergab sich für die ehemalige Kolonialmacht die Aufgabe, eine Alternative zu Moskau zu bieten. Unter diesem Vorzeichen ist die britische Wirtschaftshilfe zu sehen, die im laufenden Finanzjahr auf 54,5 Mio. engl. Pfund erhöht wurde; die britischen Exporte verzeichneten ebenfalls eine erhebliche Steigerung – von 72,9 1970 auf 121,2 Mio. Pfund 1971 (NZZ 7. 2. 1972). Darüber hinaus betonte Douglas-Home bei seinen Gesprächen mit Frau Gandhi und Swaran Singh, daß England zu seinen Verteidigungsverpflichtungen in Südostasien und Ozeanien stehen werde, wobei er deutlich machte, daß sich die britische Marine nicht aus dem Indischen Ozean zurückziehen und damit der Forderung Delhis nach einer „Friedenszone“ nicht entsprechen werde, da sie „unrealistisch“ sei (AIR 7. 2. 1972, NZZ 10. 2. 1972). Aus der Bundesrepublik war vom 20. bis 23. Januar eine Delegation unter der Leitung von Staatssekretär Frank zu den dritten deutsch-indischen Konsultationen in Indien, bei denen die Aufnahme diplomatischer Beziehungen der Bundesrepublik zu Bangla Desh und die Anerkennung der DDR durch Indien im Vordergrund standen. Indien scheint sich dabei durch das Argument „langfristige Beziehungen nicht durch kurzfristige Maßnahmen zu belasten“ zu eigen gemacht zu haben. Eine Aufwertung der DDR scheint nicht unmittelbar bevorzustehen. Außerdem wurde deutlich, daß Indien nach wie vor an deutschen Entwicklungskrediten interessiert ist, wenn dafür auch günstigere Bedingungen gefordert werden (MD 13. 1. 1972, NZZ 27. 1. 1972). (vgl. auch Indien/DDR)

Sonstige. Mit dem Irak wurde bei Gesprächen, die am 18. März in Bagdad begannen, eine Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Erdöls vereinbart (MD 21. 3. 1972), am 4. Mai wurde das im letzten September unterzeichnete Handelsabkommen zwischen beiden Staaten ratifiziert (SWBFE 3982). Das Verhältnis zu den arabischen Staaten war als Folge des indisch-pakistanischen Krieges erheblich gestört worden. So kritisierte der Staatschef des Sudan, Numeiri, Indiens Vorgehen gegenüber Pakistan (MD 20. 12. 1971); Kritik kam auch aus Tunesien, während Marokko gegen das Engagement der Sowjetunion in Indien protestierte; schließlich reagierte auch Libyens Staatschef Ghadafi auf die Bitte um Verständnis von Frau Gandhi für das Eingreifen in Ostbengalen negativ. Zwar erklärte Außenminister Swaran Singh am 16. März vor dem Unterhaus, daß „die arabischen Länder sich jetzt in zunehmendem Maß der Realitäten der Lage auf dem indischen Subkontinent bewußt wurden“, doch sind die Beziehungen auch weiterhin gespannt (AIR 16. 3. 1972).

5. Bangla Desh

a) Innenpolitik

Nach Beginn der Guerilla-Aktionen der Mukti Bahini in Ostpakistan am 20. September 1971, der Kriegserklärung Pakistans an Indien am 3. Dezember und schließlich der pakistanischen Kapitulation in Ostpakistan am 17. Dezember, wurde in dem sich kon-

stituierenden Staat „Bangla Desh“ mit Hilfe Indiens mit dem Aufbau eines Staats- und Verwaltungsapparates begonnen (Einzelheiten dazu vgl. „Bangla Desh Chronicle“ 1970 bis 1971 in „China Report“, Neu Delhi, Nr. 6, 1971).

Der Enthusiasmus der ersten Stunde konnte die schwerwiegenden Probleme des jungen Staates nur kurz überdecken. Nach der Loslösung von Pakistan und der einsetzenden außenpolitischen Anerkennung waren die vordringlichsten Aufgaben der Regierung Rahman die Lösung der wirtschaftlichen Fragen zur Vermeidung von Hungersnöten sowie die Beendigung der Tätigkeiten der zahlreichen Guerillaorganisationen. Ein mit beiden Fragen verbundenes Problem ist die durch die Bihari gegebene Bevölkerungsfrage, die praktisch nur mit Pakistan zusammen gelöst werden kann. Nach der Überführung der pakistanischen Kriegsgefangenen an Indien (AIR 17. 1. 1972) und der Repatriierung der etwa 400 000 nach Indien geflohenen Bengalen, für die 237 Durchgangslager errichtet wurden (AIR 18. 1. 1972), war die vordringliche Aufgabe die Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung. Am 17. Januar forderte Mujibur Rahman alle „Freiheitskämpfer“ auf, innerhalb von zehn Tagen ihre Waffen abzuliefern – nicht ohne gleichzeitig ihren „beispielhaften Patriotismus und ihre Tapferkeit“ hervorzuheben (MD nach ISI 18. 1. 1972). Daß diesen Anweisungen nicht Folge geleistet wurde, zeigten Meldungen über Schießereien in Dacca zwischen bengalischen Truppen und Biharis im Stadtteil Mirpur, wobei es zahlreiche Todesopfer gab (FAZ 31. 1. 1972). Am 26. Februar wurde dann ein Gesetz erlassen, das die Auflösung aller Guerillaorganisationen anordnete (Tass 27. 2. 1972), das aber – wie die Ereignisse bewiesen – nicht befolgt wurde. Im Februar kam es zu ersten Massenverhaftungen wegen „Kollaboration“ mit Pakistan (Dawn 11. 2. 1972), die nach japanischen Angaben mehr als 10 000 Personen betrafen (JAT 15. 2. 1972). Die Rückkehr des 80jährigen Maulana Bhashani am 20. Januar aus indischem Exil belebte die innenpolitische Szenerie. Bhashani hatte jahrelang die prochinesische Fraktion der „National Awami Party“ (NAP) geführt, doch kam es in den letzten Monaten zu einer offensichtlichen Verstimmung mit Peking (NZZ 23. 1. 1972). Daneben bekennt sich eine andere Fraktion der NAP, geführt von Mohammed Toaha und Abdul Huk, offen zu Peking. Andere Gruppen nehmen eine unterschiedliche Haltung zu Peking ein, propagieren aber wie die indischen Naxaliten eine „bewaffnete revolutionäre Veränderung der Gesellschaft“. Alle diese Gruppen nahmen mit eigenen Guerillas am Freiheitskampf teil. Am 9. Februar wurde eine zweite Kommunistische Partei gegründet, die nach Angaben ihres Sekretärs Abul Bashar weder nach Moskau noch nach Peking ausgerichtet ist und die konkreten Sozialprogramme der Regierung Rahmans unterstützen will (NZZ 12. 2. 1972). Am 18. Februar wurde die Universität Dacca wieder geöffnet (JAT 8. 2. 1972) und am 5. März wurden die ersten eigenen Banknoten herausgegeben (JAT 6. 3. 1972). Mit dem endgültigen Abzug aller indischen Truppen am 13. März ging die volle Verantwortung für Ruhe und Ordnung im Land auf die Regierung von Bangla Desh über, doch bestätigten indische Quellen bereits am 22. März, daß indische Truppen dem Militär von Bangla Desh bei der Bekämpfung von rebellierenden Angehörigen des Mizo-Stammes auf deren Wunsch hin „beihilflich“ gewesen seien (SCMP 24. 3. 1972) – ein Schritt, der von den kommunistischen Parteien Bangla Deshs kritisiert wurde (Dawn 26. 3. 1972).

Die innen- und bevölkerungspolitischen Probleme stellen für Bangla Desh ein vordringliches, aber kaum mit eigener Kraft zu lösendes Problem dar. Neben dem Bihari-Problem – die Bihari sind eine nach 1947 aus Indien eingewanderte mohammedanische Bevölkerungsgruppe, die vom pakistanischen Staat oft bevorzugt wurde und während der Auseinandersetzungen um Bangla Desh vielfach mit Pakistan zusammengearbeitet haben soll, sich deswegen größter Feindseligkeiten ausgesetzt sieht, der sie sich mit Waffengewalt widersetzt – werden von Mujibur Rahman und anderen führenden Regierungsvertretern in zunehmendem Maß „Verschwörer“ für die noch bestehenden Unzulänglichkeiten im Staat verantwortlich gemacht. So rief Rahman am 21. Februar das Volk auf „in seiner Wachsamkeit gegenüber Verschwörern nicht nachzulassen“ (AIR 22. 2. 1972), die er am 14. März durch eine Forderung, nur die „zweite Phase des Befreiungskrieges“ einzuleiten, bekräftigte (Radio Bangla Desh 14. 3., MD 16. 3. 1972). Er forderte den „totalen Einsatz“ des Volkes beim Aufbau der Nation und beschuldigte „Unruhestifter und Verschwörer in einigen Gebieten Disziplinlosigkeit zu verursachen“. In diesem Zusammenhang wurde das Eindringen von indischen Mizo-Rebellen in Bangla Desh bekannt (Radio Bangla Desh 10. 3. 1972), gleichzeitig kam es am 10. März zu neuerlichen Konfrontationen zwischen

Biharis und Bengalen, wobei es mehrere hunderte Tote gegeben haben soll (AFP 13. 3. 1972). Am 15. März wurde daraufhin ein „Freiwilligenkorps“ der Awami-Liga gegründet (Dawn 18. 3. 1972). Den großen wirtschaftlichen Problemen versuchte die Regierung durch eine Sozialisierung, d.h. Verstaatlichung der wichtigsten Wirtschaftsbetriebe entgegenzutreten (vgl. Wirtschaftspolitik). Entsprechende Maßnahmen führten zu Widerstand in den betroffenen Kreisen, die zu einer Warnung Rahmans an „skrupellose Händler und Geschäftsleute“ führten (SWBFE 3976). Die Dringlichkeit der wirtschaftlichen Problematik spiegelt sich in mehreren Reden Mujiburs und anderer Politiker wider, in denen aufgefördert wird, für die Errichtung einer „sozialistischen Wirtschaft“ einzutreten, ebenfalls verbunden mit deutlichen Warnungen vor einer Ausnutzung der Situation durch Geschäftsleute (SWBFE 3956, 3959, 3960). Erschwerend für die wirtschaftspolitische Situation wirkt sich die mangelhafte Verwaltungsführung der Regierung aus, die im wesentlichen durch lockere Regierungsführung, Korruption und Schmuggel bedingt ist (NZZ 8. 4. 1972).

Am 10. April trat die verfassunggebende Versammlung von Bangla Desh zu ihrer ersten Sitzung zusammen, die jedoch bereits am nächsten Tag vertagt wurde. Ursprünglich sollte sie den Verfassungsentwurf verabschieden, doch erklärte Justizminister Dr. Hussain, daß er auf Grund „neuer Entwicklungen“ umgeschrieben werden müsse. Angeblich mußte er wegen kritisierte „Einschränkungen der persönlichen Freiheit“ geändert werden (Dawn 11. 4. 1972). Sheich Mujib versprach in diesem Zusammenhang der Versammlung eine „Verfassung, die die menschlichen Grundrechte garantieren wird“. Die Versammlung setzte vier Sonderausschüsse ein, von denen eine den Verfassungsentwurf, eine andere Prozedurfragen für die verfassunggebende Versammlung ausarbeiten soll (SWBFE 3961, 3962). Am 12. April wurde das Kabinett um acht Minister auf insgesamt 23 Minister erhöht.

Am 25. und 26. April äußerte Mujibur Rahman über die Kriegsgefangenen- und die Bengalenfrage, daß diese nur zusammen mit Bangla Desh und Pakistan behandelt werden könne (SWBFE 3974) und machte Verhandlungen mit Pakistan von einer Anerkennung Bangla Deshs abhängig (SWBFE 3976). Eine Reorganisation des Rundfunkwesens, das „volksorientiert“ und die „Kultur und Tradition Bengalens widerspiegeln“ soll, wurde vom Informationsminister N. R. Choudhury am 26. April angekündigt (SWBFE 3975, 3984). In einer Botschaft an die Nation zum 1. Mai forderte Rahman die Bevölkerung erneut auf, alle Kräfte für den Aufbau der Wirtschaft einzusetzen, wobei er auf die drohende Ernährungslage hinwies und wiederum vor „Agenten des Imperialismus“ warnte, gegen die die Regierung die „notwendigen Schritte“ ergreifen würde (SWBFE 3979). Die Warnungen vor „Verrätern wurden in den nächsten Tagen und Wochen verstärkt. Sheich Mujibur wurde in einer Ansprache in der Universität Dacca deutlicher, als er die Unruhestifter als „extreme Links- und Rechtskräfte“ bezeichnete, die „die Hand erhoben haben, um die Freundschaft mit Indien und der UdSSR zu stören“ (SWBFE 3983). Am 8. Mai kündigte Innenminister Mannan scharfe Maßnahmen gegen „antisoziale Elemente“ an, die mit „Unterstützung gewisser ausländischer Agenturen“ ihr Unwesen trieben, wozu der gesamte Staatsapparat umorganisiert und verstärkt werden soll (Dawn 9. 5. 1972). Am 10. Mai erklärte Mujibur, daß er keine „ausländische Ideologie auf dem Boden von Bangla Desh“ dulden werde, wobei er die Angriffe gegen „imperialistische Agenten“ bekräftigte (SWBFE 3988). Vom 19. bis 22. Mai fand in Dacca eine nationale Konferenz der Awami-Liga statt. Die Hauptthemen waren die Wirtschaftsprobleme und der Sozialismus, wobei die „antisozialistischen Elemente“ erneut attackiert und für die gegenwärtigen Unzulänglichkeiten verantwortlich gemacht wurden (SWBFE 3994).

Der erste Prozeß gegen „Kollaborateure“ wurde am 20. Mai in Dacca eröffnet. Die vier vor einem Sondergericht angeklagten Beschuldigten sind der ehemalige Vizepräsident des früheren pakistanischen Parlaments, der Schwager des pakistanischen Vizepräsidenten Amin sowie ein Geschäftsmann und ein Anwalt (NZZ 24. 5. 1972).

Die innenpolitischen Signale weisen auf Sturm und es sollte nicht verwundern, wenn aus der unbefriedigenden wirtschaftlichen und innenpolitischen Situation Unruhen entstehen, für die dann „imperialistische Aggressoren“ verantwortlich gemacht werden.

b) Wirtschaftspolitik

Für die Wirtschaft Bangla Deshs stand nach der Beendigung des Krieges nur eine schmale Aufbaubasis zur Verfügung, nachdem schwerste Schäden nicht nur durch die Auseinandersetzung mit Pakistan, sondern auch durch die Naturkatastrophen des Jahres 1970 hervorgerufen worden waren. Der Krieg selbst brachte eine schwere Beeinträchtigung des Verkehrswesens durch Zerstörung von Brücken, Eisenbahnen und Fahrzeugen. Hinzu kam eine Kapitalflucht, bedingt durch den Rückzug der größtenteils westpakistanischen Besitzer von Industriebetrieben. Wurde anfangs vielfach ein unrealistischer Optimismus bezüglich der Wirtschaftsaussichten an den Tag gelegt, so sahen sich Industrie und Handel sehr bald zu schwerwiegenden Vorwürfen an die Regierung veranlaßt. In einem vertraulichen Memorandum von fünf der bedeutendsten Wirtschaftsverbänden werden die Schritte der Regierung zur Konsolidierung der Wirtschaft als „völlig unzulänglich“ bezeichnet. Dieses Memorandum ist ein erstes Symptom der Frontstellung von Industriellen und Kaufleuten gegen die als dilettantisch erfundenen Eingriffe der Regierung und bestätigt zugleich die soziale Unruhe, die in Versuchen der Arbeiter, Forderungen mit Waffengewalt durchzusetzen, Ausdruck gefunden hat (FAZ 7. 2. 1972). Die Versäumnisse der Regierung liegen auf dem Gebiet des Managements, für die Direktoren oder Direktionsassistenten nominiert wurden, die ihren Aufgaben vielfach nicht gerecht werden. Die Summen, die die Regierung vielen Betrieben schuldet, sind ein weiterer Streitpunkt, da die Firmen ihre Tätigkeit vor Bezahlung der Schulden nicht aufnehmen können. Die angestrebte „sozialistische Wirtschaftsordnung“ erfuhr bisher keine exakte Definition, doch dürfte sie sich weitgehend am indischen Beispiel orientieren. Nach einer Bekanntgabe des Industrieministers Syed Nazrul Ilam sollen „Grundstoff-, Schwer- und Schlüsselindustrien“ in absehbarer Zeit verstaatlicht werden, ebenso wie Banken und Versicherungen. Anfang Januar wurde das Management über die Bankguthaben der größten Jute- und Textilfabriken sowie der Teegüter übernommen, doch steht ein endgültiger Entscheid über ihren Status aus (NZZ 13. 2. 1972). Das wirtschaftliche Fundament bilden die drei Gruppen Jute (über 30 Fabriken), Baumwolle (rund 18) und Tee (über 120 Plantagen), die zu den Industrieimperien Westpakistans gehören.

Den Gegebenheiten zufolge bedarf es jahrelanger Wirtschaftshilfe des Auslands, um die Wirtschaft zu sanieren. Indien hat für das laufende Finanzjahr Hilfe im Gegenwert von über 125 Mio. US-Dollar zugesagt, weitere 25 Mio. wurden als Beihilfe für zurückkehrende Flüchtlinge gewährt. Die von der Sowjetunion zugesagte Hilfe hält sich eher in bescheidenen Grenzen. Wie Mujibur bei seinem Besuch in Moskau zugesichert wurde, stehen die 1970 für Ostpakistan freigesetzten Kredite im Wert von 38 Mio. Rubel nunmehr Bangla Desh zur Verfügung, außerdem wurde weitere Hilfe beim Aufbau der Industrie zugesagt, ohne daß feste Zusagen gemacht wurden (NZZ 31. 3. 1972) (vgl. auch Außenpolitik).

Die Bevölkerung leidet vor allem unter sprunghaften Preissteigerungen und an Knappheit der wichtigsten Lebensmittel. Zwar war die letzte Ernte größtenteils zufriedenstellend, doch wurde Reis in großen Mengen wegen der höheren Preise nach Indien geschmuggelt, sehr zum Schaden der eigenen Wirtschaft. Insgesamt werden die Betriebe des Landes in der ersten Hälfte allenfalls 40% ihrer Sollkapazität erreichen, was vor allem durch das Fehlen von Rohstoffen und Ersatzteilen bedingt ist. Erschwerend wirkt sich aus, daß die unbefriedigende Wirtschaftslage ernstzunehmende Wirkungen auf die öffentliche Sicherheit hat, da vielfach das fehlende Geld zum Kauf von Lebensmitteln durch die Waffe in der Hand ersetzt wird (NZZ 4. 5. 1972).

Der Weltkirchenrat stellte Bangla Desh ein 13 Mio US-Dollar-Nothilfeprogramm zur Verfügung (JAT 11. 3. 1972). Die amerikanische Agentur für internationale Entwicklung (USAID) stellte eine Nothilfe von 3,95 Mio. US-Dollar bereit (JAT 12. 3. 1972), außerdem werden 200 000 t Weizen im Rahmen des UNO-Hilfeprogramms geliefert (JAT 19. 3. 1972). Insgesamt wurden diesem Programm bisher 350 Mio. US-Dollar zugesagt (JAT 25. 3. 1972).

Am 28. März wurde ein Gesetz über die Verstaatlichung aller Banken und Versicherungsgesellschaften sowie der Jute-, Zucker- und Textilwerke veröffentlicht (AFP 27. 3. 1972). Um das Ernährungsproblem in den Griff zu bekommen, wurde am 14. Mai eine Rationalisierung der Lebensmittel angekündigt (SWBFE 3990), die nach Ernährungsminister P. B. Mazumder durch Schwarzhandel und Transportprobleme bedingt ist (SWBFE 4001).

c) Außenpolitik

Allgemein. Nach der zögernd einsetzenden internationalen Anerkennung begann auch der Einzug Bangla Deshs in internationale Gremien, was zunächst auf Kosten der Präsenz Pakistans ging. Dies betrifft die Mitgliedschaft in der Afro-Asiatischen Solidaritäts-Organisation, in die Bangla Desh am 27. März aufgenommen wurde, und aus der sich Pakistan zurückgezogen hatte (JAT 30. 3. 1972). Ähnliches gilt für die Mitgliedschaft beim Commonwealth. Nach einem formellen Antrag auf Aufnahme in diese Organisation, erfolgte diese am 17. April (SZ 19. 4. 72) (vgl. Pakistan/Außenpolitik).

Sozialistische Staaten. Die Sowjetunion tritt seit Beginn der Freiheitsbewegung in Ostbengalen für die Unabhängigkeit dieses Gebietes ein. Seit Dezember 1971 betraf diese Unterstützung auch materielle Hilfsleistungen, die sich insgesamt aber in bescheidenem Umfang hielten. Am 12. Januar wurde eine Freundschaftsgesellschaft zwischen beiden Staaten gegründet (Tass 13. 1. 1972). Obwohl häufige und direkte Kontakte mit der UdSSR bestanden, hielt Moskau mit einer offiziellen Anerkennung aus Rücksichtnahme auf Pakistan bis zum 24. Januar zurück (Tass 24. 1. 1972). Am 10. Februar wurde ein Handelsabkommen unterzeichnet, das die Lieferung sowjetischer Ausrüstungen zur Wiederherstellung und Förderung der Wirtschaft gegen den Export „traditioneller“ Ausfuhr Güter vorsieht (Tass 9. 2. 1972). Am 15. Februar traf eine sowjetische Wirtschaftsdelegation unter der Leitung des stellvertretenden Außenhandelsministers in Dacca ein, die das Gesuch der Regierung um wirtschaftliche und industrielle Unterstützung überprüfte und mit sowjetischer Hilfe in Bau befindliche Anlagen besuchte (NZZ 18. 2. 1972). Vom 1. bis 5. März hielt sich Mujibur Rahman in der UdSSR auf, wo er u. a. von Breschnew, Podgorny und Kossygin zu Gesprächen empfangen wurde. Der Besuch, der von beiden Seiten ausführlich gewürdigt wurde, diente der Regelung der wirtschaftlichen Hilfe für Bangla Desh sowie der politischen Unterstützung durch Moskau auch in bezug auf einen erwünschten Bevölkerungsaustausch mit Pakistan. Am 2. März wurde ein Abkommen über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit sowie eines über „dringende Hilfemaßnahmen für die Bevölkerung beim Wiederaufbau der lebenswichtigen Wirtschaftszweige“ unterzeichnet (Tass 2. 3. 1972). Im Rahmen dieses Abkommens ist sowjetische Unterstützung u. a. für die Entwicklung der Schifffahrt, des Eisenbahnwesens und der Binnenluftfahrt vorgesehen. Insgesamt wird die Wirtschaftshilfe eine Höhe von 38 Mio. Rubel (etwa 45 Mio. US-Dollar) betragen, die für die Industrialisierung verwendet werden sollen. Die Kapitalhilfe ist Teil der Abkommen Moskaus mit Pakistan aus den letzten Jahren (JAT 4. 3. 1972). Dem gemeinsamen Kommuniqué zufolge wurden neben den bilateralen Abkommen und Vereinbarungen auch internationale Fragen wie der Nahostkonflikt und die Indochinafrage besprochen, in denen Rahman den sowjetischen Standpunkt bestätigte. Eine Gegeneinladung an Breschnew, Podgorny, Kossygin und Gromyko wurde angenommen (Tass 5. 3. 1972). Am 6. März kamen Vertreter der Gewerkschaften beider Staaten in Moskau überein, in Zukunft intensiv zusammenzuarbeiten (Tass 6. 3. 1972). Am 21. März traf eine Experten-delegation in Dacca ein, die die Bergungsoperationen in den Häfen von Chittagong und Chalna leiten soll (JAT 25. 3. 1972). Am 31. März folgte die Unterzeichnung eines Handelsabkommens in dem die Grundsätze für die Wirtschaftsbeziehungen, insbesondere das Meistbegünstigungsprinzip sowie die Form der Verrechnung der Zahlungen und die Errichtung von Handelsvertretungen vereinbart wurden (Tass 31. 3. 1972). Der Vertrag wurde von Außenhandelsminister Patolitschew und Handelsminister Siddki, der sich mit einer Handelsdelegation in Moskau aufhielt, unterzeichnet. Die ersten der zwanzig sowjetischen Marineschiffe, die die Aufräumarbeiten in den bengalischen Häfen durchführen sollen, trafen am 3. April ein und bedeuten eine wesentliche Verstärkung des politischen Einflusses Moskaus in diesem Raum. Die Genehmigung der Vereinten Nationen zur Gewährung einer Unterstützung für die Bergung traf 30 Stunden nach der Zusage Moskaus ein (JAT 4. 4. 1972).

Am 11. Januar anerkannte Bulgarien Bangla Desh (BTA 11. 1. 1972), und am 3. März wurde ein Handelsabkommen mit einer Laufzeit von zwei Jahren unterzeichnet, das einen Handelsumfang von 4 Mio. US-Dollar vorsieht (Tass 4. 3. 1972). Am 24. Januar folgt die Anerkennung durch die CSSR und am 23. Februar wurde der Botschafter der DDR, Wenzel, in Dacca akkreditiert. Im März besuchte eine Regierungsdelegation die DDR, wo sie am 15. von Außenminister Otto Winzer empfangen wurde. Im April reiste eine Dele-

gation des DDR-Gesundheitsministeriums nach Dacca, am 17. Mai wurde zwischen beiden Staaten ein Abkommen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Rundfunkwesens unterzeichnet (ADN 17. 5. 1972). Am 19. Mai folgte ein Abkommen über die Ausbildung von Bengalen zu Ärzten und Pflegepersonal in der DDR (Radio Bangla Desh 20. 5. 1972). Jugoslawien anerkannte Bangla Desh am 22. Februar; Ende März besuchte eine Regierungsdelegation Dacca, wo sie am 4. April ein Handelsabkommen unterzeichnete (SWBFE 3597). Mit Polen wurde am 15. Februar ein Tauschhandelsvertrag unterzeichnet (Dawn 16. 2. 1972).

Asien. Von den Staaten Südasien s haben neben Indien auch Nepal, Bhutan und Ceylon Bangla Desh anerkannt (zu den Beziehungen Bangla Desh/Indien und Pakistan vgl. Indien bzw. Pakistan). Vom 15. bis 20. April hielt sich der Außenminister von Bhutan, Dawa Tsering, zu einem offiziellen Besuch in Dacca auf (SWBFE 3970). Afghanistan entsandte im April eine Delegation, die über Fragen dort lebender Afghanen verhandelte (Dawn 3. 4. 1972), ohne daß es Bangla Desh bisher anerkannte.

Von den Staaten Südostasiens wurde Dacca bisher von Birma, Indonesien, Malaysia, den Philippinen, Singapur und Laos anerkannt. Mit Birma wurde am 23. März ein Handelsabkommen abgeschlossen, das einen Warenaustausch im Wert von 2,5 Mio. Pfund vorsieht; Birma wird 65 000 t Reis exportieren und Jute sowie Papier importieren (Dawn 25. 3. 1972). Vom 21. bis 24. Mai hielt sich Außenminister Abdus Azad zu einem offiziellen Besuch in Birma auf, wo er über die bilateralen Beziehungen und die Zusammenarbeit entlang der gemeinsamen Grenze verhandelte (Dawn 25. 5. 1972, SWBFE 3969). Außerdem wurde die Installierung einer Telefonverbindung vereinbart (SWBFE 4000).

Von den Staaten Ostasiens haben Nord- und Südkorea sowie Japan Bangla Desh anerkannt. Am 3. März erhob Japan sein Generalkonsulat in Dacca zur Botschaft (JAT 8. 3. 1972) und am 14. März traf eine Delegation japanischer Liberaldemokraten zu einem viertägigen Besuch dort ein. Sie überbrachte eine persönliche Botschaft sowie eine Einladung Premier Satos an Scheich Mujibur (JAT 13. 3. 1972), schloß ein Hilfsabkommen in Höhe von 1 Mio. US-Dollar ab und erörterte die Zusammenarbeit bei der Erschließung von Erdgasvorkommen (JAT 24. 3. 1972).

Europa. Nach der gemeinsamen Anerkennung acht europäischer Länder — darunter auch die Bundesrepublik — am 4. Februar, haben fast sämtliche Staaten Europas diesen Schritt nachvollzogen. Eine Ausnahme davon machten Griechenland, die Türkei und Portugal. Mit Großbritannien wurde am 27. Februar ein Warenkreditabkommen in Höhe von 4,8 Mio. Pfund unterzeichnet (JAT 28. 2. 1972), Frankreich beschloß Anfang Februar die Lieferung von 100 Lkw an Bangla Desh (Dawn 11. 2. 1972). Relativ spät erfolgte am 13. März die Anerkennung durch die Schweiz, die nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Pakistan und Indien die Funktion der Schutzmacht für Pakistan und Indien (und umgekehrt) übernommen hatte. In Ausübung dieser Funktionen wurde sie insbesondere von Indien in ihrem Auftrag behindert, was zu zeitweiligen Spannungen führte (NZZ 28., 29. 1. 1972, 4. 2., 15. 3. 1972).

Afrika. Die islamischen Staaten Afrikas übten scharfe Kritik am Vorgehen Indiens und Pakistans (vgl. Indien/Außenpolitik) und verweigerten bisher größtenteils die Anerkennung. Der ägyptische Präsident Sadat erklärte am 18. Februar, daß die Anerkennung erst dann erfolgen werde, wenn Pakistan diesen Schritt vollzogen habe (MENA 18. 2. 1972). Der Außenminister Algeriens, Bouteflika, verurteilte den Krieg als „Einmischung Indiens in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates“ und äußerte, daß ein Krieg „die Probleme nicht lösen“ könne (Radio Pakistan 9. 2., MD 10. 2. 1972). Infolge der Nichtanerkennung durch die arabischen Staaten beschloß Bangla Desh, zum 31. März das Informationszentrum in Beirut zu schließen (Dawn 28. 3. 1972).

Anders verhielt es sich mit den nichtarabischen Staaten Afrikas. Als erster sprach der Senegal am 1. Februar die Anerkennung aus (Tass 1. 2. 1972), ihm folgte am 26. Februar die Zentralafrikanische Republik (AIR 26. 2. 1972), am 22. März Swaziland (Dawn 23. 3. 1972) und am 23. März Botswana (Tass 23. 3. 1972). Im April folgten dann Madagaskar (14. 4.), Sierra Leone (22. 4.) sowie Liberia (27. 4.).

Sonstige. Die Regierung der USA zögerte mit der Anerkennung wegen ihres Engagements auf seiten Pakistans relativ lange, sandte aber bereits vorher (über die Vereinten Nationen) Hilfssendungen nach Bangla Desh. Am 14. Februar besuchte Edward Kennedy

als Vorsitzender des Senatsausschusses für Flüchtlingsfragen Bangla Desh, wo er auch mit Mujibur Rahman zusammentraf (FAZ 15. 2. 1972). Das amerikanische Generalkonsulat in Dacca war nicht aufgelöst worden, wurde aber am 1. März in „Mission der Vereinigten Staaten von Amerika“ umbenannt (JAT 2. 3. 1972). Am 4. April erfolgte dann die offizielle Anerkennung (USIS 5. 4. 1972) (in Abstimmung mit Pakistan und der VR China); sie wurde von Außenminister Azad als „Sieg der friedliebenden Menschen Amerikas“ begrüßt (AIR 4. 4. 1972). Am 18. Mai wurde die amerikanische Mission zur Botschaft angehoben, am 30. Mai in Dacca ein Abkommen über die Bereitstellung von 19 Mio. US-Dollar abgeschlossen, wofür Lebensmittel importiert und „vorrangige Rehabilitationsprojekte“ durchgeführt werden sollen (Radio Bangla Desh 30. 5., MD 31. 5. 1972).

Von den lateinamerikanischen Staaten wurde Bangla Desh von Chile, Jamaika, Venezuela, Kolumbien und Mexiko sowie Kuba anerkannt.

Australien und Neuseeland gaben am 31. Januar die Anerkennung von Bangla Desh bekannt (NZZ 1. 2. 1972), wobei der australische Außenminister N. Bowen der Hoffnung Ausdruck gab, daß der junge Staat bald den Vereinten Nationen beitreten und auch Mitglied des Commonwealth werde. Die Freundschaft zu Pakistan solle durch diesen Schritt nicht beeinträchtigt werden, Premierminister MacMahon habe Präsident Bhutto eine persönliche Botschaft zukommen lassen, in der er diesen Schritt erklärte (ebd.). Am 29. Mai hielt sich Bowen zu einem 24stündigen Besuch in Dacca auf, wo er mit Außenminister Azad mögliche Wirtschaftshilfe besprach (JAT 30. 5. 1972, Dawn 31. 5. 1972).

6. Pakistan

a) Innenpolitik

Das Erbe, das Zulfikar Ali Bhutto von Yahya Khan übernommen hatte, bestand nicht nur in einem verlorenen Krieg, sondern auch einer desolaten Wirtschaftslage und Autonomiebestrebungen der Nordwestprovinz und der Pathanen. In einem letzten Versuch, die Einheit des Landes zu erhalten, hatte Bhutto — erfolglos — am 17. Januar Mujibur Rahman die Übernahme der Regierungsgewalt angeboten, wenn dafür die Einheit Pakistans wieder hergestellt werden könne (NZZ 19. 1. 1972). Die Versuche Bhuttos, die schwierige Situation zu bewältigen, bestand zum einen in der Umbildung der militärischen Führungsspitze — zum Stabschef der Armee wurde Tikka Khan, zu dem der Luftwaffe M. Z. Chaudhry ernannt (Dawn 4. 3. 1972), eine Maßnahme, an der jede Kritik untersagt war (Radio Pakistan 6. 3. 1972). Außerdem wurde der frühere Chef des Nachrichtendienstes, M. Uma, unter Hausarrest gestellt (JAT 2. 3. 1972). Der sozialen Unrast und der wachsenden Opposition versuchte Bhutto in Anwendung der Sondervollmachten im Rahmen des (seit 26. März 1971 bestehenden) Kriegsrechts zu begegnen. In einigen Städten, namentlich im Industriezentrum Karatschi, kam es in einer Reaktion über die Nichterfüllung von Wahlversprechen zu heftigen Streikwellen (NZZ 16., 29. 2. 1972). In Lahore gab es blutige Auseinandersetzungen zwischen Passanten und protestierenden Polizisten, worauf die gesamte Polizei von Grenzschutztruppen entwapnet wurde (NZZ 29. 2. 1972). Die Opposition, angeführt vom Führer der ‚National Awami Party‘ (NAP), Abdul Wali Khan, richtete sich insbesondere gegen das andauernde Kriegerrecht und auf die Forderung nach mehr Autonomie für die Provinzen. Nach Verhandlungen mit den drei Parteien — der ‚Pakistan People Party‘ Bhuttos, der ‚NAP‘ und der ‚Jamiat-i-Ulema-e-Islami Party‘ kam es am 6. März zu einer Vereinbarung über Zusammenarbeit, nachdem Bhutto zugesagt hatte, den Ausnahmezustand am 14. August aufzuheben (Radio Pakistan 7. 3. 1972). Am 5. März waren der pakistanischen Elite die Pässe zurückgegeben worden, die sie im Dezember hatten abgeben müssen (NZZ 7. 3. 1972). Überraschend kam es am 8. April zum Abbruch der Parteien-Gespräche (SWBFE 3960), doch gelang es Bhutto bei der für den vom 14. bis 17. April einberufenen Nationalversammlung dank geschickter Regie sowohl (mit 101 von 144 Stimmen) das Vertrauen der Nationalversammlung zu erhalten (SWBFE 3964) als auch die Annahme der provisorischen Verfassung gegen Zusicherung der Aufhebung des Kriegszustandes am 21. April zu erlangen. Damit hatte er gleichzeitig der Opposition die Argumente entwunden, sich andererseits aber durch Sondervollmachten einen relativ breiten Spielraum erhalten (SWBFE 3966, 3967, SZ 20. 4. 1972). Da Bhutto gleichzeitig den Pro-

vinzen größere Autonomie zugesagt hatte, war der Opposition von dieser Seite vorerst die Gefahr genommen. Nach dem Eid auf die neue Verfassung (SWBFE 3971) ging Bhutto, nunmehr erster ziviler Präsident Pakistans, an die Neubildung seines Kabinetts, die am 13. Mai abgeschlossen war (vgl. SWBFE 3998).

b) Wirtschaftspolitik

Insgesamt zeigte sich die Wirtschaft Pakistans wesentlich resistenter als erwartet. Dies ist vor allem auf die relativ gefestigte Agrarstruktur des Landes zurückzuführen, die das gesamtwirtschaftliche Gefüge zu stützen vermochte. Die von Präsident Bhutto ergriffenen wirtschaftlichen Maßnahmen waren teilweise überstürzt, doch wurden mittlerweile Reformen eingeleitet, die zusammen mit westlicher Finanzhilfe zur Konsolidierung der Wirtschaft beitragen. Der von Bhutto proklamierte „islamische Sozialismus“ (der mit zu seinem Wahlsieg von 1970 geführt hatte) ist von seiner Realisierung weit entfernt – erschwerend wirkt sich aus, daß die Bevölkerung auf die Erfüllung der Wahlversprechungen drängt, ohne daß Bhutto mehr als demonstrative Maßnahmen ergreifen kann – wie den Entzug der Pässe der vielzitierten „22 reichen Familien“ des Landes, der mittlerweile rückgängig gemacht wurde. Vom 27. bis 29. Januar hielt sich Weltbankpräsident McNamara in Rawalpindi zu Gesprächen über die Aufnahme der Hilfe des IMF an Pakistan auf (Dawn 30. 1. 1972); in den anschließenden Verhandlungen schlug der IMF ein Programm zur Überwindung der Devisenschwierigkeiten und der Schuldenbegleichung vor, das u. a. eine Abwertung der Rupie vorsah (Dawn 24. 2. 1972). Am 9. März beschloß das „Aid to Pakistan“-Konsortium in Washington die Wiederaufnahme der Wirtschaftshilfe (Dawn 10. 3. 1972). Im Zuge der Wirtschaftsreform wurde im Februar eine neue Arbeitspolitik verkündet, deren Ziele eine Produktionssteigerung und das verbriefte Recht der Arbeitnehmer auf Mitbestimmung sind (NZZ 19. 2. 1972). Am 1. März trat eine Landreform in Kraft, die den bisher zulässigen Grundbesitz um bis zu 70 Prozent reduziert. Künftig darf der Grundbesitz rund 61 ha bewässertes bzw. das Doppelte an weniger ertragreichem Land nicht übersteigen. Das dadurch frei werdende Land soll entschädigungslos konfisziert und bisher besitzlosen Bauern kostenlos zugeteilt werden (Radio Pakistan 1. 3. 1972, NZZ 22. 3. 1972). Am 13. März wurde der vierte Fünf-Jahres-Plan annulliert, an seine Stelle trat ein Zwei-Jahres-Notplan (Tass 13. 3. 1972), und am 11. Mai erfolgte die erwartete Abwertung. Durch sie wurde die Parität der Rupie zum US-Dollar von 4,75 auf 11 erhöht, was eine Abwertung von 131 Prozent bedeutet. Damit wurde der Weg für die Finanzhilfe des IMF frei, der für diesen Fall rückwirkend vom 1. Januar 1972 bis zum 30. Juni 1973 Nettobeiträge in Höhe von etwa 500 Mio. US-Dollar in Aussicht gestellt hatte (SWBFE 3988, NZZ 13. 5. 1972). Gleichzeitig verkündete Finanzminister M. Hassan Maßnahmen zur Preiskontrolle und zur besseren Versorgung der Klein- und Mittelindustrie mit Rohstoffimporten (NZZ 13. 5. 1972), der am 19. Mai eine Bankreform zur Verhinderung von Mißwirtschaft und zur besseren Verteilung der Kredite folgte (SWBFE 3995). Präsident Bhutto führte in einer Rede vor Geschäftsleuten am 23. Mai dazu aus, daß die Reformen der Aufrechterhaltung des industriellen Friedens, der Steigerung der Produktion und zur Hebung des Wohlstandes dienen (SWBFE 3999). Auf dem Gebiet des Verkehrswesens wurde am 1. April eine drastische Verkleinerung von Flugnetz und Flugbetrieb der „Pakistan International Airlines“ (PIA) vorgenommen; ein Teil der Maschinen wurde verkauft, ein anderer vermietet, beispielsweise drei Boeing 707 an die jugoslawische Gesellschaft JAP (Radio Pakistan 11. 4. 1972, Dawn 3. 4. 1972).

c) Außenpolitik

Asien. Die Beziehungen zu Indien waren durch anhaltende Auseinandersetzungen an der Grenze in Kashmir und durch die beginnenden Kontakte zwischen beiden Staaten zur Regelung dringender Probleme gekennzeichnet, die dadurch erschwert wurden, daß keine Seite gewillt war, Kompromisse im Hinblick auf ein eventuelles Gipfeltreffen zu machen. Nach Zusammenstößen an der Waffenstillstandslinie in Kaschmir (AFP 4. 1. 1972) legte Pakistan am 18. Januar bei Indien deswegen Protest ein (Radio Pakistan 18. 1. 1972), worauf Verteidigungsminister J. Ram am 2. Februar feststellte, daß die jüngste Auseinandersetzung die Waffenstillstandslinie in Kaschmir beseitigt habe und daß Indien „gern zu einer dauerhaften Regelung mit Pakistan“ komme, die „internationale Grenzen zwischen

den beiden Ländern schafft“ (AIR 2. 2. 1972). Am 16. Januar wiederholte Präsident Bhutto seine Bereitschaft zum Dialog mit Indien (Radio Pakistan 16. 1. 1972), und auch Frau Gandhi erklärte sich am 7. Februar prinzipiell dazu bereit, lehnte es aber ab, über Bangla Desh zu verhandeln (AIR 7. 2. 1972). Der Wunsch Bhuttos nach einem Dreiertreffen mit Frau Gandhi und Scheich Mujibur stieß in Delhi auf Zurückhaltung — zuvor müsse Rawalpindi Dacca anerkennen (NZZ 19. 2. 1972). Am 19. Februar erklärte die indische Regierung, „zu jeder Zeit, auf jeder Ebene und ohne Vorbedingungen“ zu verhandeln (Dawn 20. 2. 1972, SZ 21. 2. 1972), wozu Frau Gandhi am 2. März ergänzte, daß sie einen Nichtangriffspakt anstrebe (Tass 3. 3. 1972). In Reaktion auf das Shanghaier Kommuniqué erklärte Indien, daß es die Waffenstillstandslinie in Kaschmir als nicht mehr bestehend betrachtet, was bislang ohne Auswirkung auf die Verhältnisse an der Grenze blieb (NZZ 5. 3. 1972). Den entscheidenden Anstoß für erste direkte Kontakte — die die bisherige „Interview-Diplomatie“ ersetzen sollte — gab Bhutto, als er erklärte, zunächst auf die Gipfelkonferenz zu verzichten und Botschafter verhandeln zu lassen (NZZ 29. 3. 1972). Die Gespräche der Sonderbotschafter begannen am 26. April in Murree, 50 Kilometer nördlich von Rawalpindi, doch blieb die für Pakistan wichtigste Frage — die Zukunft der über 90 000 Kriegsgefangenen — offiziell ausgeklammert (NZZ 23., 28. 4. 1972). Sie wurden am 1. Mai abgeschlossen und sahen als Ergebnis ein Gespräch zwischen Frau Gandhi und Bhutto für Ende Mai/Anfang Juni vor (NZZ 3. 5. 1972). Nach neuerlichen Zwischenfällen an der Grenze zu Kaschmir Anfang und Mitte Mai (NZZ 7., 8., 16. 5. 1972), bei denen Indien zwei Stellen räumen mußte (NZZ 11. 5. 1972) und Auslandsreisen von Bhutto sowie Frau Gandhi wurde der Termin des Gipfeltreffens auf den 28. Juni verschoben (NZZ 29. 5. 1972). Am 25. Mai wurde eine Vereinbarung über die Beendigung des „Rundfunkkrieges“ getroffen (SWBFE 4001).

Nach Angaben des indischen Verteidigungsministeriums vom 28. April verlor Indien während des Krieges mit Pakistan 3241 Offiziere und Soldaten, 8561 wurden verletzt, 504 von Pakistan gefangen genommen, 303 gelten als vermißt. 91 498 pakistanische Soldaten befinden sich in indischer Gefangenschaft (NZZ 30. 4. 1972).

Mit Bangla Desh kam es nach der Freilassung Mujibur Rahmans durch Bhutto zu keinen offiziellen Kontakten. Zwar wiederholte Bhutto sein Angebot auf Fortsetzung der Gespräche (Radio Pakistan 6. 1. 1972, 12. 1. 1972, JAT 24. 1. 1972), doch machte Dacca Verhandlungen von der — für Pakistan indiskutablen — Anerkennung abhängig (SZ 18. 2. 1972). Pakistan nahm von der ursprünglich praktizierten Hallstein-Doktrin angesichts der Anerkennungswelle Abstand, offerierte Bangla Desh über die UNO 100 000 t Reis (Dawn 1. 3. 1972) und benannte M. M. Dautana zum Verhandlungsführer mit Dacca (Dawn 7. 3. 1972), doch wurden Berichte über geheime Verhandlungen vom Hohen Kommissar Bangla Deshs in Delhi, A. R. Mullick, am 15. Mai dementiert (SWBFE 3983). Am 1. April gab der Vertreter des Internationalen Roten Kreuzes in Dacca bekannt, daß beide Staaten in der Repatriierungsfrage übereingekommen seien, allen Heimkehrwilligen die Ausreise zu erlauben (SWBFE 3962).

Am 11. Januar kam Bhutto zu einem Blitzbesuch nach Afghanistan, um mit König Zahir Shah und Premier Zahir Khan Gespräche zu führen, über die offiziell wenig verlautete, in deren Mittelpunkt aber zweifellos die Paschtunistanfrage stand (AFP 11. 1. 1972, NZZ 14. 1. 1972). Paschtunistan erhob kürzlich Autonomieforderungen; seine Bevölkerung besteht aus etwa 8 Millionen Pathanen, in Afghanistan leben weitere 12 Millionen. Mit Ceylon wurde am 5. März ein Luftfahrtsabkommen unterzeichnet (Dawn 6. 3. 1972), am 10. März folgte ein Handelsvertrag (Dawn 11. 3. 1972).

Sozialistische Staaten. Die Beziehungen zur Sowjetunion entwickelten sich trotz deren Unterstützung für Indien relativ intensiv, was primär aus dem sowjetischen Interesse, seine Position in Pakistan nicht einem anderen Land (China) zu überlassen, aber auch aus dem Wunsch Pakistans, über Moskau eine mögliche Wirkungsmöglichkeit auf Indien zu haben, resultierte. In diesem Sinne sind die Meldungen über die Prüfung des (vier Jahre alten) sowjetischen Vorschlages eines internationalen Sicherheitspaktes auf dem Subkontinent durch Bhutto zu verstehen (JAT 11. 1. 1972). Am 18. Januar nahm die UdSSR die Lieferung von Maschinen nach Pakistan wieder auf (Radio Pakistan 18. 1. 1972), und am 12. Februar wurde Bhutto zu einem Besuch in die Sowjetunion eingeladen (SZ 7. 2. 1972). Vom 16. bis 18. März hielt sich Bhutto in Moskau auf, wo er u. a. Gespräche mit Breschnew

und Kosygin führte. Der Besuch wurde von der sowjetischen Presse ausgesprochen wohlwollend beurteilt, wobei Bhutto unter Hinweis auf „das schwere Erbe des Militärregimes Yahya Khans“ ausdrücklich von den Ereignissen der Vergangenheit entlastet wurde (Isv 16. 3. 1972). Im Kommuniqué zum Abschluß des Besuches sprachen sich beide Seiten für eine Intensivierung der politischen wie wirtschaftlich-technischen Beziehungen aus und vereinbarten weitgehende Zusammenarbeit. Das Auftreten Bhuttos in Moskau war dabei eher das eines Bittstellers. Im Anschluß an den Besuch Bhuttos wurden in Moskau Wirtschaftsverhandlungen geführt, wobei sich die Sowjetunion zur Verlängerung des Abkommens über wirtschaftliche und technische Hilfe bereit erklärte (Dawn 19. 3. 1972). Am 5. Mai wurde ein Warenaustauschabkommen für 1972 unterzeichnet und ein langfristiges Handelsabkommen für die Jahre 1973–1975 vereinbart (Tass 12. 5. 1972). Nach der Anerkennung Bangla Deshs durch mehrere Staaten des Sowjetblocks und Jugoslawiens hatte Pakistan u. a. zu Polen, Bulgarien, Ungarn, der CSSR und Jugoslawien die diplomatischen Beziehungen abgebrochen, sie jedoch angesichts der Anerkennungswelle im Laufe des März wieder aufgenommen. Mit B u l g a r i e n wurde am 29. Januar ein Exportvertrag für Tabak im Werte von 2,7 Mio. Rupien abgeschlossen (Dawn 1. 2. 1972).

Naher Osten. Die Beziehungen Pakistans zu den islamischen Staaten wurden durch den Konflikt mit Indien intensiviert. Am 8. Januar hielt sich der Schah von P e r s i e n zu einem Kurzbesuch in Rawalpindi auf (Radio Teheran 8., 9., 10. 1. 1972), über dessen Ergebnis Bhutto erklärte, daß der Besuch die „brüderlichen Bande und die enge Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern deutlich gemacht“ habe (Radio Pakistan 11. 1. 1972). Auf seiner ersten Reise in den Nahen Osten und nach Afrika besuchte Bhutto am 24. Januar auch Teheran (Radio Pakistan 24. 1. 1972). Am 13. Februar traf der frühere iranische Außenminister des I r a n, Zahedi, zu einem dreitägigen Besuch in Rawalpindi ein (Dawn 14. 2. 1972). Am 19. Mai besuchte Prinzessin Ashraf Pahlavi Pakistan (SWBFE 3966), nachdem Bhutto auf seiner zweiten Nahost- und Afrikareise auch in Teheran kurz Station gemacht hatte. Auch S a u d i - A r a b i e n unterstützt Pakistan gegenüber Indien; an der Islamischen Außenministerkonferenz, die am 29. 2. in Jiddah begann, nahm Außenminister Khalid mit einer Delegation teil (AFP 7. 3. 1972), nachdem zuvor König Feisal Bhutto eine persönliche Botschaft übermittelt hatte (Dawn 7. 2. 1972). Am 14. Januar besuchte Kronprinz Hassan von J o r d a n i e n Pakistan (Dawn 15. 1. 1972). Mit A b u D h a b i wurde am 25. Januar ein Vertrag über die Lieferung von zwei Kanonenbooten unterzeichnet (AFP 25. 1. 1972), und am 8. Mai traf der Präsident der Vereinigten Arabischen Emirate, Sheik Zaid Bin Sultan Al Nahayan zu einem dreitägigen Besuch in Pakistan ein (SWBFE 3986, 3990).

Afrika. Insgesamt zwei große Reisen führten Präsident Bhutto im Berichtszeitraum in verschiedene Staaten Afrikas. Vom 23. bis 28. Januar bereiste er den Iran, die Türkei, Marokko, Tunesien, Algerien, Libyen, Ägypten und Syrien, wo er mit den Staatsoberhäuptern zusammentraf und vorwiegend bilaterale Probleme diskutierte. Aus den gemeinsamen Kommuniqués, die am Ende des Besuches in allen Hauptstädten – mit Ausnahme Kairo – veröffentlicht wurden, ging hervor, daß ihre Führer die Anerkennung Bangla Deshs nicht beabsichtigten. In einer Erklärung aus Kairo vom 28. Januar hieß es, daß Präsident Sadat dem pakistanischen Problem „volles Verständnis entgegenbringe“ (Dawn 29. 1. 1972). Am 29. Mai brach Bhutto zu seiner zweiten Reise, einer zwölf-tägigen Besuchstournee durch vierzehn Staaten des Nahen Ostens und Afrikas auf, die nach Bhutto den Vorbereitungen der Verhandlungen mit Frau Gandhi diente (Tass 29. 5. 1972).

Mit L i b y e n wurde am 2. März in Tripolis ein Kulturabkommen unterzeichnet (Dawn 4./6. 3. 1972), außerdem lieferte es amerikanische Düsenjäger an Pakistan (TST 31. 3. 1972). Der Staatschef S o m a l i a s, Sayed Barre, hielt sich auf seiner Rückreise von Peking am 25. Mai zu einem Kurzbesuch in Karatschi auf (Dawn 26. 5. 1972).

Sonstige. Der Austritt Pakistans aus dem Commonwealth wurde mit der bevorstehenden Anerkennung Bangla Deshs durch Großbritannien, Australien und Neuseeland motiviert, die nach pakistanischer Ansicht „einen Akt unerhörter Aggression eines Commonwealth-Mitglieds gegen ein anderes mit dem Siegel der Anerkennung und Ehrbarkeit versieht“ (Radio Pakistan 30. 1. 1972). Vom 19. bis 21. März war der britische Außenminister Douglas-Home zu einem offiziellen Besuch in Pakistan, bei dem er Bhutto – erfolglos – zu einem Wiedereintritt ins Commonwealth bewegen wollte (NZZ 21. 3. 1972). Zu einer

neuerlichen Verstimmung zwischen beiden Staaten kam es, als England die bisherigen Quotengarantien für die Einfuhr pakistanischer Baumwolltextilien am 1. April annullierte und Einfuhren nur noch auf dem Lizenzierungswege erlaubte (SWBFE 3954, NZZ 8. 4. 1972). Die USA, die Pakistan in seinem Konflikt mit Indien unterstützt hatten, hoben am 19. Februar das Wirtschaftshilfeverbot gegenüber Pakistan auf (Dawn 20. 2. 1972) und schlossen am 18. März mit Pakistan ein Abkommen über eine Nahrungsmittelhilfe ab, das die Lieferung von Lebensmitteln im Gesamtwert von 29,2 Mio. US-Dollar vorsieht (Dawn 19. 3. 1972).

B. Südostasien

1. Indonesien

a) Innenpolitik

Die Innenpolitik war im Berichtszeitraum durch Studentenunruhen und anhaltende Aktivitäten kommunistischer Guerillas gekennzeichnet. Die Opposition der Studenten richtet sich primär gegen das sogenannte „Miniatur-Indonesien-Projekt“, ein Vorhaben der Ehefrau von Präsident Suharto, südlich der Hauptstadt eine Stätte zu errichten, in der „die Eigenheit der verschiedenen Provinzen wie auch die allindonesische Verbundenheit sichtbar demonstriert“ werden. Die Argumente der Studenten betreffen Zeitpunkt und Art der Durchführung des Vorhabens, wobei vermutet wird, daß staatliche Mittel zur Finanzierung dieses Projektes, das „den Prestige-Projekten (des früheren Staatschefs) Sukarnos ähnlich“ sei, verwendet werden. Diese seit längerem bestehende Auseinandersetzung gewann durch eine Rede Suhartos am 6. Januar neue Bedeutung; er erklärte dabei, daß er jene Kreise, die seiner Ansicht nach „offen oder versteckt“ die nationale Sicherheit unterminieren, „beseitigen ... werde, wie ich mit der kommunistischen Bewegung vom 30. September (1965) verfahren bin“ (Antara 6. 1. 1972). Offensichtlich richten sich diese Drohungen auch gegen die radikalen Kreise der islamischen Parteien sowie gegen enttäuschte Offiziere, die in Opposition zu Suharto stehen (vgl. auch NZZ 19. 1. 1972). Die Demonstrationen gegen das Projekt hielten auch in den nächsten Monaten an und führten zu offiziellen Warnungen an die Studenten (Antara 18. 2. 1972), aber auch zur Verhaftung sympathisierender Parlamentsmitglieder (Antara 25. 1. 1972) und zu einem öffentlichen Hearing am 24. Februar (Antara 24. 2. 1972). Neben der auf dieses Projekt bezogenen Opposition ist auch eine „Jugendrebellion“ im Gange, die primär für die Bürgerrechte eintritt, dabei gegen Rechtsbrüche, Amtsmissbrauch und Korruption vorgeht (NZZ 2. 4. 1972). Eine Bedrohung der inneren Ordnung geht außerdem von zahlreichen kriminellen jugendlichen Banden aus, gegen die die Regierung ankündigte, auch Streitkräfte einsetzen zu wollen (Antara 19. 1. 1972). Zu den Maßnahmen der Regierung gehört neben der Überwachung und Auflösung von Jugendklubs auch die Forderung Suhartos vom 2. Februar, daß alle Studenten sechs Monate auf dem Lande verbringen sollten (Antara 2. 2. 1972). In diesem Zusammenhang wurde die Presse öffentlich vor „undemokratischen Veröffentlichungen“ gewarnt (TST 13. 1. 1972); die Beschränkung der Arbeitsmöglichkeiten ausländischer Presseagenturen vom 3. April – nach ihr dürfen ausländischen Nachrichtenagenturen nur über nationale Agenturen geleitet bzw. verkauft werden – ist eine konkrete Maßnahme, unerwünschte Berichte fernzuhalten. Suharto forderte außerdem auf einer Konferenz des indonesischen Presserates die Journalisten zur „Zurückhaltung und Selbstkontrolle“ auf: „die Feder ist schärfer als das Beil“ (TST 6. 4. 1972, Antara 3. 4. 1972).

Die Auswirkungen des Putsches der KP Indonesiens vom September 1965 sind offenbar noch nicht überwunden. Zwar gab General Sumitro am 18. Januar bekannt, daß alle Gefangenen der „C-Kategorie“ freigelassen seien, sich von 146 000 (verhafteten) Mitgliedern der KP nur noch 29 152 in Gefängnissen befänden (Antara 18. 1. 1972), doch erklärte Sumitro in anderem Zusammenhang auch, daß die Situation in Indonesien „noch anfällig für Unterwanderungen und ausländische Infiltration sei“ (Antara 25. 1. 1972). Suharto selbst sah sich am 28. Januar veranlaßt, die Militärbefehlshaber vor einem Versuch der Wiederbelebung der KPI zu warnen (TST 29. 2. 1972). Am 11. März wurde der ehemalige zweite Mann des früheren KPI-Sonderbüros, S. Marsudidjojo, von einem Militärgericht „wegen

Rebellion“ zum Tode verurteilt (JAT 13. 3. 1972). Eine kommunistische Bedrohung besteht auch entlang der indonesisch-malaysischen Grenze durch Guerillaeinheiten. In Westborneo wurden 1971 62 Terroristen getötet, 66 gefangengenommen (TST 20. 3. 1972). Am 23., 26. und 27. März kam es in Ampera (Djakarta) zu Unruhen, bei denen 177 Personen verhaftet, mehrere verletzt und eine getötet wurden (Antara 28. 3. 1972); offiziellen Angaben zufolge ist diese Auseinandersetzung auf „kommunistische Subversion“ zurückzuführen (SWBFE 3954). Die kommunistischen Aktivitäten wurden vom Militärkommandeur Djakartas, Generalmajor Poniman, am 18. April bestätigt; er führte aus, daß „jeder soziale Streit oder jede soziale Spannung von kommunistischen Handlangern ausgenutzt wird“ (Antara 18. 4. 1972). Mitte April kam es in Surabaya (Ostjava) zu Zusammenstößen mit Kommunisten (TST 16. 4. 1972) sowie zu einem Aufstand auf der Gefangeneninsel Buru (TST 14. 4. 1972). Daß der Kommunismus auch nach sieben Jahren Verfolgungen in Indonesien noch aktiv ist, meldet ein Artikel in der Wochenzeitung „Chas“, die über einen Plan, eine neue KPI mit ausländischer Hilfe bis 1975 aufzubauen, veröffentlichte (SWBFE 4001).

Am 19. Januar kamen die fünf islamischen Parteien — Parmusi, Nahdatul Ulama, PSII, Perti — überein, eine Einheitspartei zu bilden, um damit die Chance zu haben, sich an der Regierung zu beteiligen (Antara 19. 1. 1972). Dieser Schritt wurde am 10. April vollzogen, die neue Vereinigung nennt sich „Kelompok Persatuan Pembangunan“, ihr Generalsekretär ist H. Anwar Tjokroaminoto (SWBFE 3963, 3969). Am 26. April wurde die vierte Sitzung des Parlaments eröffnet, das am 6. Mai mit der Diskussion des Budgets für 1972/73 begann (SWBFE 3984).

In bezug auf die Streitkräfte wurde wiederholt mit Nachdruck deren Doppelfunktion — eine Verbindung von militärischem Können mit sozialwissenschaftlichen Kenntnissen — hervorgehoben. Wie Suharto auf einer Kommandeurskonferenz Ende Februar ausführte, ist diese Doppelfunktion „der konkrete Beitrag der Streitkräfte zum weiteren Wachstum und zur weiteren Entwicklung des Staates“ (Antara 28. 2. 1972). Auf einer Arbeitskonferenz der Teilstreitkräfte gab Verteidigungsminister General Panggabean eine zahlenmäßige Reduzierung der Streitkräfte bekannt, die jedoch die Verteidigungsfähigkeit und die Schlagkraft der Streitkräfte nicht beeinflusse (Antara 22. 3. 1972).

b) Wirtschaftspolitik

Im Januar beriet das Parlament über das Budget des am 1. April beginnenden Haushaltsjahres, das mit einem Volumen von 751,6 Mia. Rupiah (1 US-Dollar = 415 Rh) um 28% größer als das des laufenden Jahres ist und von indonesischen Fachleuten mit Hilfe ausländischer Berater ausgearbeitet wurde. Den Routineausgaben von 437,5 Mia. (32 Mia. für die Rückzahlung von Auslandsschulden) 314,1 Mia. Entwicklungsausgaben gegenüber. Davon ist die hohe Zuwendung von 55,7 Mia. an Provinzen, Distrikte und Dörfer im Vergleich zu den Ausgaben für Industrie und Bergbau von 4,7 Mia. erstaunlich hoch. Dabei bleibt das Problem des stetig wachsenden Bedarfs neuer Arbeitsplätze und der Industrialisierung vorerst ungelöst. Die Inflationsrate betrug 1971 2,47%, die Spareinlagen stiegen um 66% auf etwa 99 Mia. Rupiah. Die Außenhandelsbilanz hat sich trotz der ungünstigen Entwicklung des Welthandels weiter positiv entwickelt (alle Angaben NZZ 26. 1. 1972). Von den Auslandsschulden in Höhe von 1,7 Mia. US-Dollar wurden laut Staatsminister E. Salim 1971 154 Mio. US-Dollar zurückbezahlt (TST 8. 2. 1972). Produktionssteigerungen wurden Anfang des Jahres sowohl für die Zuckerproduktion (JAT 25. 1. 1972), die Stahl- und Öl-Produktion (TST 9. 2. 1972) gemeldet.

Am 6. März wurde für die Pertamina-Ölgesellschaft ein staatlicher Aufsichtsrat eingesetzt, der von Suharto damit gerechtfertigt wurde, daß das Unternehmen „lebenswichtig für die Erdgas- und Erdölproduktion Indonesiens“ sei (Antara 6. 3. 1972).

Während Suharto sowohl am 9. Februar die ausländischen Investitionen in Indonesien würdigte und eine internationale Zusammenarbeit begrüßte (Antara 9. 2. 1972) und (am 16. März) erklärte, daß Indonesien wieder zur Annahme ausländischer Kredite bereit sei (langfristig und zu niedrigem Zinssatz) (TST 16. 3. 1972), gab er am 28. März bekannt, daß die Regierung beabsichtige 50% der Anteile aller nichtindonesischen Firmen aufzukaufen, um sie an einheimische Geschäftsleute zu verkaufen (JAT 29. 3. 1972). Diese Ankündigung erregte vor allem in den betroffenen chinesischen Kreisen Aufsehen und Unruhe und

wurde von Staatssekretär Sudharmono relativiert, der erklärte, daß es sich dabei nur um Vorschläge handle, die durch Gesetze und nicht durch Willkür verwirklicht werden müßten (NZZ 29. 4. 1972).

c) Außenpolitik

Asien. Die Diskussion um die Straße von Malacca wurde im März durch die Bekräftigung des bereits im letzten Jahr bekannt gegebenen Anspruchs Indonesiens und Malaysias, daß die Malacca-Straße kein internationales Gewässer sei und ihre Benutzung von einem Prüfungsrecht beider Staaten abhängen, neu belebt. Im wesentlichen geht es dabei darum, daß beide Staaten nach Ausdehnung ihrer Hoheitsgewässer auf zwölf Meilen den Wasserweg als sog. „Inlandgewässer“ bezeichnen, womit die Schifffahrt in dem etwa 5000 km langen und 2000 km breiten indonesischen Archipel der Souveränität Indonesiens und Malaysias unterliegen würde. Inlandgewässer dürfen, im Gegensatz zu Territorialgewässern, grundsätzlich nicht von ausländischen Schiffen benutzt werden, sondern sind genehmigungspflichtig. Wie beide Regierungen erklärten, betrifft dies insbesondere Tanker über 200 000 BRT sowie Kriegsschiffe. Die primär von dieser Maßnahme betroffenen Staaten sind Japan, dessen Wirtschaft durch Benutzung eines anderen Wasserweges erhebliche Kosten entstehen würde und die UdSSR, die in ihrer militärstrategischen Bewegungsfreiheit eingeschränkt würde. Beide Staaten forderten denn auch eine „Internationalisierung“ des Wasserweges, die sowohl von Malaysia als auch Indonesien und der VR China — die „die beide Supermächte das Recht mittlerer und kleinerer Staaten mißachten“ sieht — abgelehnt wurde. Am 10. März kam Indonesien mit Malaysia überein, „die Verantwortung über die Straße von Malacca zu übernehmen“ (TST 10. 3. 1972) ohne daß, wie Außenminister Malik der UdSSR, Japan und Singapur am 19. März versicherte, die Schließung des Wasserweges beabsichtigt sei (TST 20. 3. 1972). Am 29. März wurde das Abkommen zwischen Indonesien und Malaysia sowie Thailand über den Verlauf der Grenze im nördlichen Teil der Malacca-Straße mit Wirkung vom 11. März von Indonesien ratifiziert (Antara 29. 3. 1972). Ein weiteres Abkommen wurde mit Singapur und Malaysia am 3. April abgeschlossen und sieht die Abhaltungen regelmäßiger Konsultationen bezüglich der Malacca-Straße vor (Antara 3. 4. 1972). Am 17. April betonte Malik, daß er im Falle der Durchfahrt sowjetischer oder chinesischer Kriegsschiffe mit einer vorherigen Meldung rechne, wie es die USA bereits praktiziert hätten (TST 18. 4. 1972).

Der Besuch des Außenministers von Malaysia, Ismail (vgl. Malaysia/Außenpolitik), wurde vom 3. bis 6. April von Verteidigungsminister, Genral Panggabean, erwidert (SWBFE 3954). Er erörterte vor allem Sicherheitsmaßnahmen im Grenzgebiet von Sarawak-Kalimantan (SWBFE 3596) und unterzeichnete am 6. April ein Sicherheitsabkommen, das eine militärische Zusammenarbeit in den Grenzgebieten vorsieht (TST 7. 4. 1972). Am 10. März wurde ein Luftfahrtabkommen zwischen beiden Staaten unterzeichnet (TST 11. 3. 1972). Mit Singapur wurde am 10. Februar ein Abkommen über einheitliche Frachtgebühren der Schifffahrtslinien beider Staaten abgeschlossen (TST 11. 2. 1972); am 30. März wurden außerdem regelmäßige Gespräche über die Sicherheit der Schifffahrt und die Verschmutzung in der Malacca-Straße geführt (TST 31. 3. 1972). Vom 5. bis 8. April war Verteidigungsminister Panggabean zu einem offiziellen Besuch in Singapur zu Gesprächen über die Festigung der Freundschaft und der Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten mit ihren Streitkräften (SWBFE 3958). Vom 13. bis 15. Februar hielt sich Präsident Suharto zu einem Staatsbesuch auf den Philippinen auf, wo er mit Präsident Marcos eine engere Zusammenarbeit beider Staaten auf dem Verteidigungssektor ankündigte (Antara 15. 2. 1972, NZZ 17. 2. 1972). Am 24. März wurde ein Luftfahrtabkommen zwischen beiden Staaten unterzeichnet (JAT 25. 3. 1972).

Die Beziehungen zu Pakistan wurden — nach Unstimmigkeiten wegen Bangla Desh — durch den Besuch Maliks vom 27. bis 29. Mai zu Gesprächen über wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit wieder intensiviert. Dabei wurde auch eine Ausweitung der Zusammenarbeit auf dem Sicherheitssektor sowie in technischer und kultureller Hinsicht für 1972/73 vereinbart (SWBFE 4001, 4002). Bangla Desh wurde am 25. Februar anerkannt, am 15. Mai folgte der Beschluß, die Vertretung in Dacca auf Botschaftsebene anzuheben (SWBFE 3992). Vom 27. bis 31. März hielt sich der Außenminister Birmas, Oberst Hla Han in Djakarta auf, als dessen Ergebnis nach Außenminister Malik beide

Staaten den Freundschaftsvertrag von 1953 wieder aufleben lassen wollen (TST 1. 4. 1972). Die Beziehungen zu Südvietnam sollen nach Ansicht des stellv. Parlamentspräsidenten J. Nare „baldmöglichst“ wieder aufgenommen werden (Antara 24. 3. 1972). Indonesien hatte den Acht-Punkte-Plan Nixons für Vietnam begrüßt und auch die amerikanische Blockade über Nordvietnam unterstützt (SWBFE 3986).

Vom 9. bis 14. Mai hielt sich Präsident Suharto mit einer Delegation, der u. a. Außenminister Malik, Planungsminister Nitisastro und Staatssekretär Sudharmono angehörten, in Japan auf (SWBFE 3985). In Gesprächen mit Premier Sato und Außenminister Fukuda wurde laut einem Kommuniké die „engere Zusammenarbeit beider Länder im Hinblick auf die Erhaltung des Friedens und der Stabilität in Indochina“ ausgedrückt, eine Vereinbarung über die Lieferung indonesischen Öls nach Japan und eine japanische Anleihe in Höhe von 62 Mia. getroffen (SWBFE 3960, JAT 15. 5. 1972). Im März hielt sich eine Delegation Nordkoreas unter der Leitung des stellvertretenden Außenministers Kim Ryon-taek in Indonesien auf, ohne daß dabei konkrete Abmachungen getroffen wurden (Antara 20. 3. 1972, NZZ 19. 3. 1972). Vom 20. bis 22. 3. war der Außenminister Südkoreas, Kim Yong-sik, in Indonesien und vereinbarte einen Austausch von Handelsmissionen (Antara 21. 3. 1972). Nach dem Australien-Besuch Präsident Suhartos besuchte Verteidigungsminister N. D. Fairbairn vom 18. bis 20. März Indonesien, wo er unter anderem die Lieferung von 16 Sabre-Jets an Indonesien vereinbarte (JAT 19. 3. 1972). Australien erklärte sich auch zur Ausbildung der Piloten und des Bodenpersonals bereit.

Sozialistische Staaten. Die Beziehungen zur Sowjetunion sind seit dem kommunistischen Putsch von 1965 gestört. Die negative sowjetische Berichterstattung über die wirtschaftlichen Verhältnisse oder die Behandlung politischer Gefangener in Indonesien wurde von Djakarta aufmerksam verfolgt und tragen eher zu einer Verschlechterung der Atmosphäre bei (vgl. u. a. Radio Moskau 11. 2. 1972). Am 20. März führte Außenminister Malik mit dem auf einer Rundreise befindlichen Botschafter L. I. Mendelevitsch einen Meinungsaustausch, insbesondere über die Straße von Malacca und über den sowjetischen Plan eines kollektiven Sicherheitssystems für Asien, ohne daß Ergebnisse bekannt wurden (Antara 20. 3. 1972, TST 21. 3. 1972). Mit Funktionären aus Jugoslawien fanden am 29. Mai Verhandlungen über die Begleichung der Schulden, die sich insgesamt auf 120 Mio. US-Dollar belaufen, statt (Antara 30. 5. 1972). Auch mit Bulgarien wurden entsprechende Verhandlungen geführt, die nach Suharto nach den Bestimmungen der „Pariser Gespräche“ geregelt wurden. Danach wird Indonesien den Grundbetrag seiner Schulden – 2,1 Mio. US-Dollar – in einem Zeitraum von 30 Jahren in gleichbleibenden Raten abzahlen (Antara 22. 5. 1972).

Europa. Mit der Bundesrepublik unterzeichnete Indonesien am 7. Januar ein Wirtschaftsabkommen, in dessen Rahmen eine finanzielle Hilfe in Höhe von insgesamt 135 Mio. DM geleistet wird. Im Januar hielt sich Staatssekretär (BMZ) Karl Heinz Sohn in Westsumatra auf, um sich über die Resultate der deutschen Hilfe in diesem Gebiet zu informieren; am 1. Februar überreichte der deutsche Botschafter Richard Balken einen Scheck über 7,5 Mio. Rh zur Milderung der Schäden der Flutkatastrophe in West- und Zentraljava. Am 19. Februar besuchte Prof. Dahrendorf in seiner Eigenschaft als Beauftragter der EWG für Auswärtige Beziehungen Indonesien, wobei er von Suharto und Malik empfangen wurde. Am 4. April wurde in Djakarta ein weiteres Abkommen über die deutsche Finanzhilfe für das Jahr 1972/73 in Höhe von insgesamt 145 Mio. DM unterzeichnet; am 12. April vereinbarten die indonesische Nachrichtenagentur Antara und dpa, künftig zusammenzuarbeiten (Antara 14. 4. 1972). Am 6. März tagte in Djakarta eine Konferenz französischer Botschafter in Asien unter der Leitung des Staatssekretärs Lipowski, der auch mit Außenminister Malik zusammentraf und Wirtschaftsfragen besprach (Antara 7. 3. 1972).

Amerika. Der amerikanische Unterstaatssekretär Marshall Green hielt sich vom 11. bis 12. März zu einem Besuch in Djakarta auf, wo er die Regierung über die Ergebnisse des Besuches Präsident Nixons unterrichtete (JAT 13. 3. 1972). Für das Finanzjahr 1971/72 wurde Indonesien von den USA ein Auslandshilfekredit in Höhe von 45 Mio. US-Dollar mit 40jähriger Rückzahlungsfrist zugesagt (Antara 10. 3. 1972). Marshall Green übermittelte Suharto die Zusicherung Präsident Nixons, daß die amerikanischen Verpflichtungen gegenüber Indonesien durch den Chinabesuch Nixons „nicht berührt“ würden (TST 13. 3. 1972). Wie Außenminister Malik am 10. April zum Ausdruck brachte, sind jedoch die Be-

denken bezüglich der Chinareise Nixons nicht ausgeräumt. Er führte aus, daß es „auf indonesische Erfahrung zurückgeht“, daß er „kein volles Vertrauen in das Shanghai-Kommuniqué“ habe (Antara 11. 4. 1972). K a n a d a gewährte Indonesien im März eine Anleihe in Höhe von 1,3 Mio. kan. Dollar für den Ankauf von zwei Flugzeugen (SCMP 14. 3. 1972).

2. Malaysia

a) Innenpolitik

Hauptthema der Innenpolitik war auch weiterhin die Bekämpfung der kommunistischen Infiltration und Subversion, besonders in Sarawak. Trotz regierungsamtlicher Erfolgsmeldungen scheinen die Kommunisten noch immer gut organisiert und verfügen über einen eigenen, recht aktiven Sender — „Stimme der Malaysischen Revolution“. Die Terroristen nehmen für sich in Anspruch, Anhänger Mao Tse-tungs zu sein und werden offenbar von China unterstützt, was die Beziehungen zwischen beiden Staaten belastet.

Im Dezember 1971 war es im Parlament über die Frage weiterer Kontakte mit dem Kommunistenführer Chin Peng zu Auseinandersetzungen gekommen (TST 11. und 15. 12. 1972). Die Lage in Sarawak selbst ist unklar, wie beispielsweise eine amtliche Erklärung vom 28. Januar, daß die Terroristen „aktionsunfähig gemacht“ worden sind (TST 29. 1. 1972), und die Meldung über die Niederbrennung eines Regierungsgebäudes in der Nähe von Kuching (TST 28. 1. 1972) demonstrieren. Anfang Februar veröffentlichte die Regierung eine zwanzigseitige Informationsschrift über die Aktivität der auf 600 geschätzten Guerillas, nach der „große Erfolge“ im Kampf gegen die Terroristen erzielt wurden (NZZ 16. 2. 1972). Nach Auskunft von Siem Kiem Pheng, der sich im Dezember mit fast 50 weiteren Kommunisten der Regierung ergab, sind die Kommunisten durch Machtkämpfe untereinander gespalten (Antara 28. 2. 1972, TST 29. 2. 1972). Die am 1. März verfügte Verstärkung der Streitkräfte, „um der zunehmenden kommunistischen Bedrohung zu begegnen“ (TST 2. 3. 1972) läßt auf eine unsichere Situation schließen. In die gleiche Richtung weist ein zwölfstündiges Ausgeheverbot für das Gebiet Kuching von Anfang Februar (JAT 6. 3. 1972) während das bisher 24stündige Ausgeheverbot in den Gebieten von Balding, Bandar, Kulim und Selama um vier Stunden verkürzt wurde (TST 13. 3. 1972). Im gleichen Monat wurde die Bevölkerung der entlegenen Gebiete Sarawaks zur „Verteidigung und zum Kampf gegen die Kommunisten“ mit Waffen ausgerüstet (TST 27. 3. 1972). In der Folgezeit kam es zu schweren Auseinandersetzungen mit Kommunisten, die „Stimme der Malaysischen Revolution“ rief wiederholt zum bewaffneten Kampf auf (SWBFE 3954, 3956, 3957). Angesichts dieser Situation kündigte Abdul Razak einen „psychologischen Kampf gegen die Kommunisten“ an, forderte die Bevölkerung zur Kooperation auf und stellte Wirtschaftspunkte für dieses Gebiet vor (SWBFE 3957). Am 30. April beging die KP Malaysias ihren 42. Jahrestag ihrer Gründung, den die „Stimme der Malaysischen Revolution“ mit einem Beitrag über die Erfolge des revolutionären Kampfes in Malaysia beging (SWBFE 3981). Personalpolitisch ergaben sich im Dezember mit der Schaffung von insgesamt vier neuen Ministerien, darunter eines für „nationale Einheit“, das zur Lösung der Rassenprobleme beitragen soll, Veränderungen (SCMP 22. 12. 1971). Am 10. April wurde Tam Sri Ghazali zum Minister für Information mit besonderem Aufgabenbereich ernannt (SWBFE 3963); der Premierminister von Malakka, Abdul Thalib Karim, erklärte zum 1. Juni seinen Rücktritt (SWBFE 3991).

b) Wirtschaftspolitik

Im Dezember 1971 wurde das Budget für 1972 abgeschlossen, das mit 4,029 Mio. Dollar einen Anstieg um 10% gegenüber 1971 bedeutet. Der größte Anteil davon (1,1 Mio.) wird für Sozialleistungen, etwa 8,75 Mio. für Verteidigung und Sicherheit, 5,7 Mio. für Handel und Verkehr und fast 400 Mio. für die Erschließung von Bodenschätzen aufgewendet (TST 8. 12. 1971). Nach den Ergebnissen des Wirtschaftsjahres 1971 wurde der ehrgeizige Fünf-Jahres-Plan erheblich von der internationalen Weltwährungskrise betroffen. Das Bruttosozialprodukt wuchs nur um 5% gegenüber 1971 (6,3% im Vorjahr). Das Defizit von etwa 270 Mio. US-Dollar kann von Malaysia selbst finanziert werden (JAT 23. 2. 1972). In Erkenntnis der Notwendigkeit der Industrialisierung sollen die Holzindustrie weiter aus-

gebaut (TST 1. 3. 1972), die Einrichtung exportorientierter Industrien ausländischer Firmen bevorzugt werden (JAT 14. 3. 1972). Ab 1. März wurde eine 5%ige Verbrauchssteuer in Kraft gesetzt (TST 1. 3. 1972), außerdem rief Premier Razak die jüngere Generation zur Intensivierung der Mitarbeit auf, um das „Überleben der Nation zu gewährleisten“ (TST 16. 5. 1972).

Veränderungen zeichnen sich für das Luftfahrtwesen ab, nachdem mit Singapur vereinbart wurde, die seit 1966 bestehende Luftfahrtgesellschaft MSA (Malaysia-Singapur-Airlines) aufzulösen, wird eine eigene Fluglinie zu schaffen sein. Die Gründe hierfür liegen im politischen Bereich, der Gegensatz der geschäftstüchtigen Chinesen Singapurs zu den Malayen spielt ebenfalls mit (NZZ 12. 4. 1972). Der neuen malaysischen Luftfahrtgesellschaft MAS (Malayan Air System) bewilligte die Regierung eine Anleihe in Höhe von 112 Mio. malaisische Dollar für den Ankauf von 18 Boeing Typ 737–200 (JAT 20. 3. 1972). (Vgl. Singapur)

c) Außenpolitik

Allgemein. Während der 5. Ministerratstagung der ASEAN Mitte April in Singapur forderte der stellvertretende Premierminister Tun Ismail „größere Anstrengungen, um die zahlreichen Empfehlungen, die angenommen worden waren, auszufüllen“. Er betonte die große Bedeutung der ASEAN besonders für Malaysia, da die regionale Kooperation zu einem „Teil des Lebens der Völker“ in diesem Gebiet geworden sei (SWBFE 3965). Premierminister Abdul Razak trat mehrmals für eine Koordination von Wirtschaft und Politik in Südostasien ein, so bei der Eröffnung der 7. Konferenz der Gouverneure der Zentralbanken (TST 8. 2. 1972) und bei der des ersten Ministertreffens über die Entwicklung von Transport- und Kommunikationswesen Südasiens in Kuala Lumpur (SWBFE 3997). Diese Politik steht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Neutralisierungsplan Malaysias für Südostasien.

Asien. Die Beziehungen zu Indonesien entwickelten sich ausgesprochen intensiv. Vom 8. bis 15. März hielt sich der stellvertretende Premier Ismail zu Gesprächen über die Verbesserung der Beziehungen und der wirtschaftlichen Kontakte in Indonesien auf (TST 3. 3. 1972). Am 10. März wurde in Kuala Lumpur ein Luftfahrtabkommen (TST 11. 3. 1972), am 6. April ein Sicherheitsabkommen zwischen beiden Staaten unterzeichnet. Letzteres sieht eine militärische Zusammenarbeit in den Grenzgebieten auf Regierungsebene vor, zusätzlich soll ein Grenzkomitee unter der Leitung von Ismail und dem indonesischen Verteidigungsminister Panggabean eingerichtet werden (TST 7. 4. 1972, SWBFE 3957). Anlässlich des Besuches des malaysischen Informationsministers Tan Sri Sardon wurde am 28. April ein Abkommen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Informationswesens vereinbart (SWBFE 3977). Im Mai war außerdem Abdul Razak zu einem inoffiziellen Besuch (als Gast Präsident Suhartos) in Indonesien, und Ende des Monats unterzeichnete der malaysische Erziehungsminister in Indonesien ein Abkommen über Schreibe-weise und jeweilige Grammatik der Sprachen beider Staaten (SWBFE 3997, 3999).

In der Diskussion um die Straße von Malacca trat Premier Abdul Razak sowohl sowjetischen als auch amerikanischen Argumenten bezüglich der Forderung nach freier Durchfahrt entgegen (SWBFE 3961). Malaysia und Indonesien fordern eine Kontrolle über den Verkehr in der Malaccastraße, der der Genehmigungspflicht unterliege, wovon auch chinesische U-Boote betroffen seien (TST 18. 4. 1972). Die Errichtung einer Aufsichtsbehörde mit dem Recht zur Erhebung von Gebühren wurde angekündigt (TST 8. 5. 1972). Am 12. Mai gab Premier Razak dem Parlament den Abschluß eines Abkommens über die Straße von Malacca bekannt; danach mußten alle Kriegsschiffe vor der Durchfahrt die malaysische Regierung informieren und versichern, daß „ihre Durchfahrt guten und friedlichen Absichten diene“ (JAT 13. 5. 1972, SWBFE 3989). (Vgl. Indonesien)

Singapurs Premier Lee Kuan Yew besuchte im März Malaysia und verhandelte dabei über „Angelegenheiten von beiderseitigem Interesse“. Dem veröffentlichten Communiqué zufolge wurden Fragen der Verteilung des Vermögens des Malaya-Britisch-Borneo-Währungsbundes und die erwähnte Auflösung der gemeinsamen Fluglinie diskutiert (TST 25. 3. 1972).

Die Beziehungen zu Thailand waren durch die Tätigkeit kommunistischer Terroristen im Grenzgebiet beider Staaten bestimmt. Der am 26. Mai in Bangkok tagende gemeinsame Grenzausschuß erörterte u. a. die Frage von Aktionen gegen etwa 1200 Guerillas in

diesen Gebieten (MD 2. 6. 1972). Im März besuchte eine Regierungsdelegation B a n g l a D e s h, die der Regierung in Dacca eine Hilfe in Höhe von 500 000 US-Dollar zusicherte (TST 15. 3. 1972).

Australien gab am 28. Januar bekannt, daß es seine Streitkräfte 1973 weder aus Malaysia noch aus Singapur abziehen werde (TST 29. 1. 1972). Im März besuchte der australische Verteidigungsminister David Fairbairn Malaysia (SWBFE 3959), und Ende April erwiderte der Kommandeur der Marine-Streitkräfte, General Ibrahim, diesen Besuch in Sydney; anschließend reiste er nach Neuseeland (SWBFE 3971). Am 27. Februar vergab Malaysia an Australien einen Auftrag für die Lieferung von Fernmeldeausstattungen in Höhe von 1,25 Mio. mal. Dollar (TB 28. 2. 1972).

Sonstige. Mit G r o ß b r i t a n n i e n wurde am 14. Dezember ein Abkommen über eine Anleihe in Höhe von 10 Mio. engl. Pfund unterzeichnet, die der Förderung von Projekten im Rahmen des zweiten Fünf-Jahres-Planes (1971—75) dient (JAT 5. 12. 1971). Am 6. März traf Königin Elisabeth an Bord ihrer Yacht in Malaysia zu einem kurzen Besuch ein (NZZ 8. 3. 1972). Eine Anleihe in Höhe von 200 bis 300 Mio. US-Dollar erhielt Malaysia am 14. Dezember auch von den U S A. Ein entsprechendes Abkommen wurde von Finanzminister Tun Tan Siew Sing während seines Aufenthaltes in den USA unterzeichnet (TST 10. 12. 1971). Am 19. April reiste eine malaysische Industrie-Delegation in die USA; ihr Hauptziel war die Anregung amerikanischer Investitionen (TST 20. 4. 1972).

3. Singapur

b) Wirtschaftspolitik

Die Wachstumsrate Singapurs ging 1971 von 17,4% im Jahre 1970 auf knapp 10% zurück, was von Finanzminister Hon Sui Sen auf den geringeren Anstieg der Einzelhandelsgewinne und den leichten Rückgang des Indexes der industriellen Produktion zurückgeführt wurde (TST 15. 1. 1972). Am 7. Februar wurde die Errichtung einer nationalen Tarifkommission bekanntgegeben, die gegenüber der Regierung (als beratende Körperschaft) folgende Aufgaben hat: 1. Mitarbeit bei der Formulierung von Richtlinien in der Lohnpolitik; 2. Empfehlungen über Angleichungen der Lohnstruktur im Hinblick auf einheitliche Entwicklung des Lohnsystems; 3. Beratung über Systeme zur Förderung der Leistungsfähigkeit und Produktivität (TST 8. 2. 1972). Zum Ausbau der Universität Singapurs bewilligte die Weltbank eine Anleihe in Höhe von 9,5 Mio. US-Dollar (TST 15. 2. 1972); gleichzeitig schrieb die Regierung für Studenten aus ASEAN-Mitgliedsländern Stipendien für 1972/73 aus (TST 1. 3. 1972). Das Budget für 1972/73 wurde am 7. März bekannt; es sieht mit 750,7 Mio. US-Dollar einen Anstieg um 115 Mio. vor (ausführlicher Bericht TST 8. 3. 1972). Für die ersten beiden Monate des Jahres 1972 erreichte der Gesamthandel mit 2261,5 Mio. Dollar (221,6 Mio. mehr als 1971) eine neue Rekordhöhe (TST 27. 4. 1972). Am 9. Mai traf der stellvertretende Direktor der Weltbank, Navaratnam, zur Erörterung langfristiger Anleihen für Entwicklungsprojekte in Höhe von etwa 60 Mio. Dollar in Singapur ein (TST 10. 5. 1972).

c) Außenpolitik

Asien. I n d o n e s i e n ist nach Japan der zweitgrößte Handelspartner: bis November 1971 stiegen die direkten Investitionen in Indonesien auf 170 Mio. Dollar, die indirekten betrugen 600 Mio. (TST 5. 5. 1972). Vom 7. bis 10. Februar fand in Singapur eine gemeinsame Konferenz über die Frachttarife statt, die eine Einigung über die Gebühren der Schifffahrtslinien beider Staaten brachte (TST 11. 2. 1972). Vom 22. bis 23. März hielt sich M a l a y s i a s Premier Abdul Razak zum ersten Male seit der Trennung der beiden Staaten (1965) zu einem offiziellen Besuch in Singapur auf. Dem Abschlußkommuniqué zufolge wurden dabei Fragen der Verteilung des Vermögens beim Malaya-British-Borneo-Export geklärt, wonach von den verfügbaren 246 Mio. Dollar Malaysia 180 Mio., Singapur 45 Mio. und Brunei 19 Mio. erhalten werden. Bezüglich der „Malaysia-Singapur-Airlines“ wurde vereinbart, daß die Luftfahrtgesellschaft Singapurs diese Bezeichnung nur nach einer Zahlung von 72 675 Dollar an Malaysia führen darf. Darüber hinaus wurden gegenseitige

Garantien für Neuinvestitionen und eine enge Zusammenarbeit in internationalen Währungsfragen vereinbart (TST 25. 3. 1972) (vgl. auch Malaysia). Bezüglich der Diskussion um die Straße von Malacca erklärte Außenminister S. Rajaratnam am 17. 3. vor dem Parlament, daß Singapur diese als internationalen Wasserweg betrachte (JAT 19. 3. 1972) — ein Standpunkt, der auch von der Handelskammer unterstützt wird (TST 6. 5. 1972). Verteidigungsminister Dr. Goh King Swee hielt sich 12. bis 15. Januar zu einem Besuch in Thailand auf (TST 13. 1. 1972) und vom 10. bis 11. Mai besuchte eine thailändische Militärdelegation Singapur, die mit Dr. Goh zusammentraf und militärische Anlagen besichtigte (TST 11. 5. 1972). Am 16. Februar wurde Bangladesh anerkannt (TST 17. 2. 1972), nachdem vorher der Schiffsverkehr mit Chittagong aufgenommen worden war (TST 2. 2. 1972). Vom 22. bis 25. März hielt sich Ceylons Minister für Industrie und Wissenschaft, T. B. Subasinghe, in Singapur auf (TST 23. 3. 1972). Mit Japan unterzeichnete Singapur am 15. März ein Anleiheabkommen in Höhe von 7,5 Mio. US-Dollar für die Satellitenstation in Sentisa (TST 16. 3. 1972).

Sonstige. Vom 21. bis 23. Februar hielt sich eine Delegation des Obersten Sowjets mit Mitgliedern des Komitees für Transport und Verkehr in Singapur zu einem offiziellen Besuch auf (TST 25. 2. 1972). Am 22. März traf Sonderbotschafter L. I. Mendelwitsch zu einem kurzen Besuch in Singapur ein (TST 23. 3. 1972). Mit Jugoslawien wurde am 10. Dezember ein Luftfahrtabkommen unterzeichnet (TST 11. 12. 1971). Am 14. Mai traf eine Handelsdelegation aus Bulgarien zu Gesprächen über bessere Handels- und Wirtschaftsbeziehungen ein (TST 15. 5. 1972). Königin Elisabeth II. hielt sich vom 18. bis 20. Februar auf ihrer Südostasienreise in Singapur auf, wo sie von Präsident Lee Kuan Yew begrüßt wurde (NZZ 19. 2. 1972).

C. Indochina

Das komplexe, vielfach unüberschaubare Geschehen auf dem indo-chinesischen Kriegsschauplatz erlaubt es nicht, die Kampfhandlungen im Detail aufzuführen. Aus diesem Grunde soll in dieser Rubrik versucht werden, lediglich die innen-, außen- und wirtschaftspolitische Entwicklung der einzelnen Staaten aufzuzeigen.

1. Nordvietnam

a) Innenpolitik

Schwierigkeiten mit der eigenen Bevölkerung wurden durch eine Rede des Ministers für öffentliche Sicherheit Pham Kiet am 3. März deutlich, in der er von „einheimischen Reaktionären, die der Reform feindlich gegenüberstehen“ sprach, die „die revolutionäre Sache unseres Volkes untergraben“ (Radio Hanoi 3. 3. 1972). Unzulänglichkeiten zeigten sich bei der Aufnahme von Parteimitgliedern — sowohl einzelne Personen als auch Distrikt- und Parteikomitees wurden beschuldigt, falsche Berichte bzw. unzulängliche Prüfungen durchgeführt zu haben. Die Quote der Parteimitglieder, die den Erfordernissen „nicht ganz entsprechen“, betrug in den einzelnen Gebieten 7,8%, 16,6% aber auch 20% (Radio Hanoi 5. 3. 1972). Am 28. März wurde die zweite Sitzung der Nationalversammlung (der 4. Legislaturperiode) eröffnet, auf der Berichte über die wirtschaftliche, militärische und diplomatische Situation diskutiert wurden (SWBFE 3954). Die amerikanischen Bombenangriffe lösten Durchhalteappelle aus, die die Bevölkerung aufforderten, mit allen Mitteln gegen die amerikanische Aggression und für die nationale Einheit einzutreten (SWBFE 3966). Der Slogan dabei war „je näher der Sieg desto höher die Anforderungen“ (SWBFE 3967). Gleichzeitig wurden Anstrengungen unternommen, die Rekrutierungen für die Armee zu erhöhen, wozu das Zentralkomitee der KP am 16. April aufforderte (SWBFE 3979). Auf die Ankündigung der Blockade durch die USA (am 14. Mai) erklärte ein Sprecher des Außenministeriums u. a., daß dies eine „Herausforderung für die öffentliche Meinung in den USA und den Rest der Welt“ sei, die den „brutalen und aggressiven Charakter der Nixon-Verwaltung“ darlegt (VNA 15. 5. 1972, SWBFE 3991). Der 82. Geburtstag von Ho

Chi Minh wurde am 19. Mai mit großem Aufwand begangen (VNA 19. 5. 1972, SWBFE 3995). Ein Artikel in der Parteizeitung „Nhan Dan“ vom 19. Mai verurteilte die amerikanische Politik ein weiteres Mal – ebenso wie die englische wegen ihrer Unterstützung für die USA – und wies den Vorschlag auf Vermittlung der Vereinten Nationen zurück (SWBFE 3994). Der Leitartikel der „Nhan Dan“ vom 26. Mai hatte die Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit im Land zum Thema, wobei gefordert wurde, daß „jeder Warenhäuser und sozialistisches Eigentum zu beschützen“ habe (SWBFE 4000).

b) Wirtschaftspolitik

Über die nordvietnamesische Wirtschaftslage sind nur wenig konkrete Daten bekannt. Insgesamt hat sich die wirtschaftliche Situation dank großer Anstrengungen Hanois nach den Zerstörungen der Bombardierungen von 1965 bis 1968 einigermaßen erholt. Dies trifft auch für den Lebensstandard zu, der sich in den letzten drei Jahren etwas gebessert hat, obwohl Reis (20 kg jährlich) und Bekleidung (3 m jährlich) noch immer rationiert sind. Auf der zweiten Sitzung der Nationalversammlung gab der Vorsitzende der staatlichen Planungskommission Nguyen Con den Bericht über die Entwicklung der Wirtschaft 1971 und den Staatsplan für 1972 ab. Auch diesem Bericht fehlten konkrete Angaben; die Reisproduktion erreichte das höchste bisher überhaupt erzielte Ergebnis, auch für Tee, Tabak usw. wurden Produktionssteigerungen vermeldet, ebenso für die Industrieproduktion, die den Plan übererfüllt hat. Die Produktion von Elektrizität hat sich um 33%, die von Kohle um 23%, von Zement um 38%, von Kunstdünger um 23%, von Textilien um 17,5% und von Papier um 22% gegenüber dem Vorjahr erhöht. Kritik wurde an der ungenügenden Organisation und der mangelhaften Verteilung sowie dem schlechten Management geübt. Der Wirtschaftsplan für 1972 sieht eine weitere Steigerung der Produktion in allen Bereichen vor (alle Angaben aus der Rede Nguyen Cons vom 28. 3. nach SWBFE 3954).

Dem Außenhandel kommt keine große Bedeutung zu. Einer der Hauptabnehmer ist Japan, das rund 500 000 t Kohle jährlich bezieht und in jüngster Zeit Interesse zeigte, die Wirtschaftsbeziehungen mit Hanoi auszubauen. Die Wirtschafts- und Militärhilfe aus China und der UdSSR ist von essentieller Bedeutung für Nordvietnam – ohne sie könnten die erwählten Leistungen nicht erbracht werden. Genaue Angaben über den Umfang fehlen auch hier – die Schätzungen schwanken zwischen 700 Mio. bis 1200 Mio. Dollar jährlich. Aus der Sowjetunion kommen vor allem die schweren Waffen, während aus China leichte Waffen, Nahrungsmittel, Baumaterialien und Konsumgüter geliefert werden (NZZ 2. 6. 1972).

Die Maßnahmen für das Management der Wirtschaft aus der Rede Nguyen Cons wurden am 17. Mai im Parteiorgan „Nhan Dan“ wiedergegeben, wobei der Beachtung aller Vorschriften und Pläne für die Leitung der Wirtschaft sowie der Disziplin, dem Verfahren der Berichterstattung und der Einholung von Anweisungen in höheren Ebenen besondere Bedeutung zugemessen wurde (Nhan Dan 17. 5. 1972, SWBFE 3993).

Angaben über die Auswirkungen der jüngsten Bombardierungen auf die einzelnen Wirtschaftszweige liegen nicht vor, doch läßt sich unschwer absehen, daß die pausenlosen Bombardierungen beträchtliche Schäden angerichtet haben bzw. noch anrichten werden.

c) Außenpolitik

Die angebliche Abhängigkeit Nordvietnams von der Sowjetunion und China – fast schon zur Mär geworden – betrifft die Wirtschafts- und Militärhilfe dieser Staaten, weniger jedoch den politischen Bereich. Die eigenständige Komponente des „vietnamesischen Kommunismus“ hat in der letzten Zeit eine recht deutliche Ausprägung gefunden und wurde in den Kommentaren zur Zeit der Besuche Nixons in Peking und Moskau deutlich, als jegliche „ausländische Einmischung“ abgelehnt wurde (FAZ 11. 3. 1972).

Sozialistische Staaten. In den Monaten Februar/März besuchten mehrere Delegationen aus der UdSSR fast gleichzeitig Nordvietnam. Am 22. Februar besuchten der Kulturminister J. Furtsewa (Tass 22. 2. 1972), am 24. Februar eine Handelsschiffsdelegation unter Minister T. Guschenko (Tass 24. 2. 1976), am 10. März eine Verkehrsdelegation unter dem Verkehrsminister N. Psurtsev (zur Unterzeichnung eines Abkommens über Zusammenarbeit auf dem Verkehrssektor) Hanoi (JAT 12. 3. 1972). Am 18. März war ein neues Ab-

kommen über Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe unterzeichnet worden, ohne daß Einzelheiten bekannt wurden (SZ 20. 3. 1972). Nach amerikanischen Angaben betrug die sowjetische Militärhilfe in der Zeit von 1965 bis 1971 etwa 1,650 Mia. Dollar, die Wirtschaftshilfe etwa 1,6 Mia., während die chinesische Militärhilfe eine Höhe von 665 Mio., die Wirtschaftshilfe einen Wert von 550 Mio. Dollar betragen haben soll (USIS 11. 4. 1972). Vom 26. bis 29. April 1972 hielt sich eine sowjetische Delegation zu einem „nichtoffiziellen Freundschaftsbesuch“ in Hanoi auf, die aus dem Sekretär des ZK, K. F. Katschew, dem stellvertretenden Außenminister N. P. Firyubin und I. A. Ognetov bestand (VNA 25. 4. 1972). Offiziellen Angaben zufolge wurden bei dem Besuch die bilateralen Kontakte und andere, „beide Seiten interessierende Fragen“, diskutiert. Es gilt als sicher, daß dieser Besuch mit der Eskalation des Krieges unmittelbar zu tun hat. Kurz vor dem Besuch Nixons in Moskau erschien (am 19. Mai) in der „Nhan Dan“ ein offiziöser Artikel, in dem deutlich der Anspruch Hanois den Vietnamkrieg „allein mit den USA bei den Pariser Konferenzen zu lösen“ erhoben wird (JAT 21. 5. 1972). Bedingt durch die Blockade und die Verminderung der Häfen mußten die Hilfslieferungen Moskaus für Vietnam größtenteils per Bahn durch China transportiert werden, während Schiffe anderer Ostblockländer zum Teil in Hongkong festmachten, um das Ende der Blockade abzuwarten (SZ 21./22. 5. 1972). Mit der D D R wurden am 9. Dezember die Abkommen über Wirtschafts- und Militärhilfe für 1972 unterzeichnet (VNA 9. 12. 1972, MD 10. 12. 1972). Nach ostdeutschen Angaben wurden in den ersten drei Monaten des Jahres 1972 „Solidaritätsgüter“ im Wert von über 4,5 Mio. Mark an Hanoi geliefert, wobei es sich vor allem um Medikamente, medizinisch-technische Geräte und Konsumgüter handelt (ADN 28. 3. 1972). Am 17. April wurde ein Postabkommen zwischen beiden Staaten unterzeichnet (VNA 17. 4. 1972, SWBFE 3972). Vom 7. bis 15. Januar hielt sich eine Delegation aus der C S S R in Vietnam auf, wo sie am 15. ein Handels- und Zahlungsabkommen für 1972 unterzeichnete (CTK 16. 1. 1972). Aus U n g a r n besuchte ebenfalls eine Regierungsdelegation Hanoi (vom 31. 1. bis 9. 2. 1972), die unter der Leitung des Vorsitzenden des Ministerrates Jenö Fock stand (MTI 31. 1. 1972, Tass 9. 2. 1972). Ein Abkommen über Wirtschafts- und Militärhilfe wurde am 17. März mit einer Delegation aus R u m ä n i e n unterzeichnet, die unter Leitung von G. Radulescu stand (NCNA 17., 18. 3. 1972). Aus K u b a hält sich derzeit eine Brigade freiwilliger medizinischer Arbeiter in Nordvietnam auf (SWBFE 3987), nachdem am 10. März in Hanoi ein Arbeitsplan über die Zusammenarbeit auf medizinischem Gebiet für die Jahre 1972/73 vereinbart worden war (Pr. Lat. 11. 3. 1972).

Sonstige. Von besonderer Bedeutung für die Außenpolitik Hanois war die Anhebung der Beziehungen zu Indien auf Botschaftsebene (vgl. Indien) sowie die intensivierten Beziehungen zu Japan (vgl. Japan). Beide Schritte weisen auf eine Vorbereitung Hanois für eine Veränderung der internationalen Politik auf ein multipolares Zusammenspiel hin. Die Handelsbilanz mit J a p a n zeigte für 1971 einen Anstieg um 30,8%, bei einer Gesamtsumme von 5,35 Mia.Yen (etwa 17 Mio. \$), wovon 4,8 Mia. (13 Mia. \$) auf Exporte und 1,27 (etwa 4 Mio. \$) auf Importe entfielen (JAT 25. 3. 1972). Vom 20. März bis 18. April hielt sich eine vierzehnköpfige nordvietnamesische Wirtschaftsdelegation zu Verhandlungen in Japan auf (JAT 22. 3., 19. 4. 1972). Prinz Sihanouk, der frühere Regierungschef Kambodschas, besuchte Hanoi vom 12. Februar bis 5. März — also genau in der Zeit, in der Nixon in Peking war (VNA 5. 3. 1972, MD 7. 3. 1972).

Eine Delegation der KP der USA unter der Leitung ihres Sekretärs Gus Hall besuchte vom 16. bis 22. April Vietnam, und wurde dort auch vom Ersten Sekretär des ZK, Le Duan, empfangen (SWBFE 3967, 3968, 3974). Nachdem bereits im Januar von der Provisorischen Revolutionsregierung Südvietnams in Santiago de Chile ein Informationsbüro eröffnet worden war (Pr. Lat. 26. 1. 1972) wurden mit Wirkung vom 1. Juni zwischen Nordvietnam und Chile diplomatische Beziehungen aufgenommen (NZZ 3. 6. 1972).

Am 26. Februar wurden zwischen der Provisorischen Revolutionsregierung Südvietnams und der Regierung von M a l i die Aufnahme diplomatischer Beziehungen auf Botschaftsebene vereinbart (Tass 26. 2. 1972).

2. Südvietnam

a) Innenpolitik

Beherrschendes Thema war die durch die Offensive des Nordens hervorgerufene Bedrohung und die damit verbundenen Maßnahmen der Regierung. Im Zuge dessen kam es am 22. März und am 3. April zur Beschlagnahme mehrerer Zeitungen, die regierungsfeindliche bzw. nicht zensierte Berichte veröffentlicht hatten (JAT 23. 3., 5. 4. 1972). Der Direktor des nationalen Pressezeentrums Vu Khanh erklärte dazu am 3. April, daß „falsche Nachrichten unter diesen Umständen zu Verwirrungen ... führen“ könnten und sie deshalb konfisziert werden müßten — er empfahl, nur Berichte der staatlichen Agenturen zu verwenden (SWBFE 3956). In mehreren Aufrufen an die Nation, so am 5., 30. April und 9. Mai, forderte Präsident Thieu das Volk zu geschlossener Haltung auf und äußerte sich über den Ausgang des Krieges zuversichtlich (SWBFE 3957, 3979). Die Ansprache vom 9. Mai ist dabei insofern von Bedeutung, als er darin Volk wie Nationalversammlung aufforderte, ihm Sondervollmachten zu übertragen. Er erklärte dazu, daß er „keine politischen Ambitionen“ habe, „weil ich kein Politiker bin“. Gleichzeitig versprach er, einen Monat vor der Abhaltung freier Wahlen zurückzutreten, wenn diese Wahlen „Frieden bringen und Sicherheit und Freiheit garantieren“ (SWBFE 3986). Ein entsprechendes Gesetz, eingebracht von über hundert Senatoren verschiedener Parteien, ermächtigte den Präsidenten, durch Erlaß die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen — mit Ausnahme der Ratifizierung von Verträgen und der Erklärung des Kriegszustandes (SWBFE 3987).

Am 10. Mai verhängte Thieu durch Erlaß 271-TT/SL mit Wirkung vom 11. Mai null Uhr das Kriegsrecht über Südvietnam, das mit der „gefährlichen Situation“ begründet wurde (SWBFE 3987, NZZ 12. 5. 1972). Am 14. Mai wurde der Gesetzentwurf für die Sondervollmachten mit 82 zu 59 Stimmen gebilligt (NZZ 15. 5. 1972). Als ergänzende Maßnahme wurden mit Wirkung vom 17. Mai alle öffentlichen und privaten Universitäten und Hochschulen „zeitweise“ geschlossen, alle Studenten aufgefordert, sich für eine hintere Verteidigungsorganisation ausbilden zu lassen (SWBFE 3989). Die Verhängung des Kriegsrechtes wurde von Nordvietnam als „faschistische Maßnahme“ gewertet (SWBFE 3990).

Umbesetzungen ergaben sich bei der südvietnamesischen Armee: Am 1. April reichte Verteidigungsminister Nguyen Van Vy ein Gesuch um Dispensierung wegen Korruptionsvorwürfen bis zum Abschluß der Untersuchung darüber ein. Für ihn wurde Tran Thien Khiem zum amtierenden Verteidigungsminister berufen (SWBFE 3955). Nach einer Inspektion der Truppen durch Premier und Verteidigungsminister sowie die Generalstabschefs beschloß Präsident Thieu am 3. Mai, die Kommandierenden des 1. Korps und der 1. Militärregion, der 3. Infanteriedivision, des 4. Korps und der 4. Militärregion sowie der 21. Infanteriedivision zu ersetzen (SWBFE 3981). Das nordvietnamesische Parteiorgan „Nhan Dan“ bezeichnete diese Umbesetzung als offensichtliche Niederlage der „Vietnamisierung“ (SWBFE 3982). Am 10. Mai wurden außerdem der Kommandeur des 2. Korps und der 2. Militärregion sowie der der 5. Infanteriedivision abgelöst (SWBFE 3987).

b) Wirtschaftspolitik

Die Wirtschaft Südvietnams hängt im höchsten Maße von der amerikanischen Wirtschaftshilfe ab. 1971 hatten die USA 640 Mio. \$ an direkter Wirtschaftshilfe, für 1972 565 Mio. \$ zugesagt. Nach der Entscheidung des amerikanischen Senats vom 29. Oktober, das Wirtschaftshilfeprogramm einzustellen (die revidiert wurde), entschloß sich Präsident Thieu zu einem umfassenden Reformprogramm, das die Wirtschaft des Landes bis 1975 auf eine existenzfähige Grundlage stellen und die Abhängigkeit von den USA beenden soll. Die im März 1970 begonnene Landreform, die bis 1973 etwa 2,5 Mio. Ar den bisherigen Pächtern übereignen soll, gab den Bauern psychologischen Auftrieb, der sich auch in einer Produktionssteigerung abzeichnete. Der Anfang Dezember 1971 veröffentlichte Fünfjahresplan hat das Schwergewicht auf der Errichtung lokaler Landwirtschaftsbanken und eines Genossenschaftswesens, womit bis 1975 die Verdoppelung der landwirtschaftlichen Produktion erhofft wird. Die eigentliche Problematik liegt aber im industriellen Bereich, da selbst die grundlegendsten Waren importiert werden müssen. Mit seinem Wirtschaftsprogramm stößt Thieu insbesondere auf den Widerstand der meisten Kongreß- und

Senatsmitglieder, die als wohlhabende Geschäftsleute an Krieg und Inflation „mitverdienen“.

Große Probleme bringt der Abzug der US-Truppen mit sich, da damit etwa 100 000 Vietnamesen gut bezahlte Arbeitsplätze verlieren. Dafür muß Ersatz geschaffen werden. Außerdem ist der Rückgang der Hauptdevisenquelle zu bewältigen – jährlich flossen etwa 350 Mio. \$ als Entgelt für Dienstleistungen an die USA nach Saigon. 1971 waren es knapp 310 Mio., doch dürften diese Einnahmen 1972 weiter stark absinken. Als Ausgleich wurde von den USA ein „Economic Support Fund“ von 150 Mio. \$ in ihre Wirtschaftshilfe eingebaut, doch sind dies lediglich Übergangslösungen. Die Steuern stiegen gegenüber dem Vorjahr um 38%, brachten aber mit 37 Mia. Piaster nicht genügend ein, um den Unterhalt der Streitkräfte zu decken; eine Reform des Steuerwesens wurde von Thieu angekündigt (vgl. FAZ 20. 12. 1971).

c. Außenpolitik

Das chinesisch-amerikanische Kommuniqué wurde von Außenminister Tran Van Lam offiziell begrüßt (JAT 3. 3. 1972). Am 6. März empfing Präsident Thieu Marschall Green, der ihn über die Chinareise Nixons informierte (AFP 6. 3. 1972). Am 19. April wurde mit den USA ein neues Ernährungshilfeabkommen in Höhe von 33,6 Mio. \$ unterzeichnet, in dessen Rahmen vor allem landwirtschaftliche Produkte geliefert werden sollen. Die Rückzahlung erfolgt in südvietnamesischer Währung, 80% werden an die Regierung in Saigon für „gemeinsame Verteidigungsvorhaben“ zurückfließen (JAT 21. 4. 1972). Offiziell begrüßt wurde die Blockade und die Verminung der nordvietnamesischen Häfen (SWBFE 3987). Mit Japan wurde am 26. Februar in Saigon eine Zwei-Mia.-Yen-Anleihe unterzeichnet, womit sich die japanischen Anleihen insgesamt auf 17,75 Mia. Yen erhöhen (JAT 24. 2. 1972). Anfang Februar besuchte erstmalig ein hoher japanischer Offizier, General Kinugasa, auf dem Rückweg einer Konferenz der SDF Militär-Attaches an den japanischen Botschaften Saigon (JAT 10. 3. 1972). Am 16. Mai wurden zwei Korrespondenten der japanischen Nachrichtenagentur Kyodo aus „Sicherheitsgründen“ des Landes verwiesen (JAT 18. 5. 1972). Mit Indien kam es zur Auseinandersetzung wegen der Aufwertung der indisch-nordvietnamesischen Beziehungen auf Botschaftsebene (vgl. Indien). Der Außenminister Frankreichs, Maurice Schuman, wurde vom südvietnamesischen Außenminister Tran Van Lam wegen seines Berichtes vor der französischen Nationalversammlung heftig kritisiert, wobei besonders die von Schuman entwickelte Theorie der Neutralität attackiert wurde (SWBFE 3995). Am 18. Januar wurde das von der BRD und dem Malteser-Orden finanzierte Krankenhaus „German Malteser“ eingeweiht, das am 20. Januar abgezogene Hospitalschiff „Helgoland“ ersetzt. Die 3100 BRT große Helgoland hat sich in fünf Jahren und vier Monaten einhellig das Urteil verdient, das beste Krankenhaus im Land zu sein. Auf dem Schiff wurden seit September 1966 mehr als 170 000 kranke und verwundete vietnamesische Zivilisten behandelt (FAZ 21. 1. 1972).

3. Burma

a) Innenpolitik

Eine Bedrohung der innenpolitischen Sicherheit stellt die kommunistische Insurrektion in vielen Teilen des Landes sowie die Opposition birmanischer Emigranten unter dem ehemaligen Ministerpräsidenten U Nu dar, die sich mit verschiedenen Stämmen verbündet haben. Gab diese Organisation, die sich „Union von Burma“ nennt, im Januar und Februar „offizielle Bekanntmachungen“ heraus, die der Bevölkerung die Grundrechte und die Rückkehr zur Privatwirtschaft versprach und die Regierungstruppen zum überlaufen veranlassen wollte (MD 22. 2., 2. 3. 1972), die beide von U Nu unterzeichnet waren, so wurde im April bekannt, daß U Nu bereits am 12. Januar wegen Unstimmigkeiten in der Frage des Selbstbestimmungsrechtes der Nationalitäten von seinem Posten zurückgetreten war (MD 17. 4. 1972, SWBFE 3958). Daß die tatsächliche innenpolitische Situation verhältnismäßig sicher ist, beweist eine Reise von Staatschef General Ne Win am 24. März wegen einer ärztlichen Behandlung ins Ausland (JAT 26. 3. 1972).

Am 16. März gab die Regierung die Einführung eines neuen Verwaltungssystems bekannt, wonach die Zahl der Ministerien von 25 auf 20 verringert wird (JAT 17. 3. 1972). Am 20. April wurde eine Regierungsumbildung vorgenommen, gleichzeitig trat General Ne Win zusammen mit anderen Militärs aus dem Kabinett aus der Armee aus, womit die gegenwärtige Regierung als „Zivilregierung“ bezeichnet wurde. Sie setzt sich wie folgt zusammen:

Premierminister	U Ne Win
stellvertretender Premier und Verteidigungsminister	Gen. San Yu
Minister für Bauwesen	U Sein Win
Minister für Land- und Forstwirtschaft	U Thaug Kyi
Minister für Industrie und Arbeit	U Shwe
Außenminister	U Kyaw Soe
Transportminister	U Than Sein
Erziehungs- und Gesundheitsminister	Hla Han
Informations-, Sozial- und Kulturminister	Thaug Dan
Handelsminister	Maung Lwin
Bergbauminister	Thaug Tin
Justizminister	Maung Maung
Genossenschaftsminister	U Ba Nyein
Minister für religiöse Angelegenheiten	U Sein Mya
Planungs- und Finanzminister	U Lwin

(nach SWBFE 3970).

Am 22. April wurde der Entwurf einer neuen „sozialistischen Verfassung“ veröffentlicht, die u. a. die Einführung der Glaubensfreiheit, der Gleichberechtigung der Rassen, Religion und Geschlechter und die Wehrpflicht vorsieht (JAT 24. 4. 1972). Der Verfassungsentwurf wurde am 13. Mai in verschiedenen Teilen des Landes der Bevölkerung zur Diskussion vorgelegt (SWBFE 3990).

b) Wirtschaftspolitik

Die Abwertung des Kyat (der Landeswährung) am 27. Dezember 1971 um 16,1% gegenüber dem Dollar (Tass 27. 12. 1971) sowie die Verstaatlichung von 69 Industriebetrieben mit Wirkung vom 1. Januar (Tass 2. 1. 1972) konnte bisher nicht zur Besserung der Wirtschaftslage beitragen. Seit der Machtübernahme durch das Militärregime Ne Win im März 1962 sank die Regierung jedes Jahr tiefer in die roten Zahlen — 1971/72 betrug das Haushaltsdefizit 4,2 Mio. Pfund (JAT 13. 2. 1972). Positive Auswirkungen verspricht man sich von der Auswertung des Ölpotentials durch Japan, wofür Tokio einen Kredit in Höhe von 10 Mio. US-Dollar gewährte. Im März wurden im Golf von Martaban Versuchsbohrungen durchgeführt, von denen über 80 erfolgreich waren. In Zusammenarbeit mit einer amerikanischen Firma wurde dafür mit dem Bau einer Raffinerie begonnen (JAT 14. 3. 1972). In Zusammenhang mit der Ausarbeitung der neuen Verfassung warnte General Ne Win auf einer Sitzung des Kontrollausschusses der Sozialistischen Partei vor einer Vernachlässigung der wirtschaftlichen Probleme und forderte den Wirtschaftsausschuß auf, Vorschläge aus der Bevölkerung zur Verbesserung der Wirtschaft zu berücksichtigen (TST 18. 3. 1972).

c) Außenpolitik

Vom 16. bis 18. Februar hielt sich der Ministerpräsident Malaysia's Razak zu einem offiziellen Besuch in Rangun auf, wo er mit Ne Win vor allem den malaysischen Plan einer Neutralisierung Südostasiens besprach (AFP 16. 2. 1972). Der Besuch wurde am 31. März von Außenminister Hla Han erwidert (JAT 27. 3. 1972, SWBFE 3957). Hla Han hatte zuvor (vom 25. März an) Indonesien besucht (SWBFE 3954).

Mit J a p a n wurden am 10. März in Rangun die Dokumente über die japanische Wirtschaftshilfe in Höhe von 4,62 Mia. Yen ausgetauscht. Der Kredit hat eine Laufzeit von 25 Jahren, Zinssatz 3% (JAT 11. 3. 1972). Mit B a n g l a D e s h, das bereits im Januar anerkannt wurde, wurde am 23. März ein Handelsabkommen, das einen Warenaustausch in Höhe von 2,5 Mio. Pfund vorsieht, abgeschlossen (Dawn 25. 3. 1972). Vom 23. bis 25. Mai besuchte Außenminister A. S. Azad Rangun (vgl. Bangla Desh). Die Botschaft in L a o s wurde nach offiziellen Angaben Mitte Januar aus „wirtschaftlichen Erwägungen“ geschlossen, doch

bedeutet diese Maßnahme nicht den Abbruch der diplomatischen Beziehungen; der Aufgabenbereich wird vom Botschafter in Kambodscha mit übernommen (JAT 26. 1. 1972). Anlässlich des burmesischen Nationalfeiertages am 14. Januar wurde die neutrale Politik des Landes von der Presse der Sowjetunion lobend hervorgehoben. Vom 23. bis 24. stattete Kulturminister Frau J. Furtseva Rangun einen offiziellen Besuch ab. Die Eröffnung eines Generalkonsulats in der DDR „in Kürze“ wurde am 27. Februar bekanntgegeben (ND 27. 2. 1972). Die dadurch gegebene Aufwertung der Beziehungen ist Zeichen für die intensiven Kontakte zwischen beiden Staaten. Im März besuchte eine ostdeutsche Rot-Kreuz-Delegation Rangun (SWBFE 28. 3. 1972), am 26. April folgte eine Rundfunkdelegation unter der Leitung des Intendanten von Radio DDR, Rolf Schmidt (MD 8. 5. 1972), die am 5. Mai von Minister U Ba Nyein empfangen wurde und am 9. Mai das Land verließ (ADN 11. 5. 1972).

4. Kambodscha

a) Innenpolitik

Am 10. März übernahm Ministerpräsident Lon Nol, der seit einer Herzattacke im vergangenen Jahr halbseitig gelähmt ist, das Amt des Staatspräsidenten – offiziellen Verlautbarungen zufolge „um der inneren und äußeren Schwierigkeiten Herr zu werden“. Am selben Tag auch wurde das Parlament aufgelöst, das am Wochenende über eine neue republikanische Verfassung für das Königreich entscheiden sollte. Mit den Regierungsgeschäften wurde Sirik Matak betraut, ein Verwandter des früheren Staatschefs Sihanouk, der bereits vor dem Putsch vom 18. März 1970 als graue Eminenz galt (FAZ 14. 3. 1972, MD 14. 3. 1972). Die überraschende Umformung der Regierung führte zu Protesten seitens der Studenten, mit denen sich die politisch orientierten Buddhisten solidarisch erklärten. Am 16. März beugte sich Sirik Matak der Kritik und trat zurück. In einer Botschaft an die Nation erklärte Lon Nol am 21. 3. zur Innenpolitik, daß die Regierung danach „strebe, die Armee zu verbessern . . ., um unsere Blutsbrüder und das Gebiet, das noch in fremder Hand ist, zurückzugewinnen“. Er verpflichtete sich zur Förderung des Nationalismus, der Verbesserung des Volkswohles in Übereinstimmung mit dem „reinen Khmer-Ideal“. Bezüglich der Außenpolitik bestätigte er, auch künftig die Prinzipien der Souveränität, der Neutralität und der territorialen Integrität aufrecht zu erhalten (MD 22. 3. 1972). In bemerkenswerter Zeit, am 8. April, wurde ein neuer Verfassungsentwurf vorgelegt, in dem die Befugnisse des Präsidenten außerordentlich extrem definiert wurden und eine ganze Anzahl von Übergangsbestimmungen für die Dauer des Krieges der Exekutive eine absolute Vorrangstellung sicherten (den Text vgl. SWBFE 3962). Am 30. April entschied die Bevölkerung in einem Referendum über die Verfassung mit 97,4% für die Annahme, die laut Lon Nol am 12. Mai in Kraft tritt (AFP 10. 5. 1972). Am 10. Mai wurde Sirik Matak durch Regierungskdekret zum „besonderen Berater“ des Präsidenten berufen, in Ausübung dieser Funktion er die Privilegien eines Premiers besitzt (SWBFE 3992). Außerdem wurde am 19. Mai mit Erlaß 235/72–PRK ein nationaler Sicherheitsrat gebildet (SWBFE 3997).

b) Wirtschaftspolitik

Die Wirtschaft des Landes entwickelte sich durch die Einbeziehung in den Vietnamkrieg dank der massiven Wirtschaftshilfe der USA zu einer Scheinblüte, die für das Finanzjahr 1972 ein Rekordbudget von 24 Mia. Riel (etwa 200 Mio. Dollar) führte. Das Budget für 1971 betrug 18,7 Mia. Riel, doch kann trotz dieser Steigerung das riesige Defizit, bedingt durch Rüstungs- und Militärausgaben, nicht ausgeglichen werden. Aus diesem Grunde wurde am 1. März ein Sonderfond zur Stützung des Außenhandels von Australien, Großbritannien, Japan, Malaysia, Neuseeland, Thailand und den USA gegründet (JAT 2. 3. 1972).

c) Außenpolitik

Am 9. Februar beschloß der Ministerrat in einer außerordentlichen Sitzung u. a. darüber, daß Kambodscha an der am 27. 11. 1971 in Kuala Lumpur abgefaßten Neutralisierungs-erklärung Südostasiens festhalten wird, und faßte Beschlüsse hinsichtlich der Politik

gegenüber den Staaten Afrikas, Mittel- und Osteuropas und Lateinamerikas. Als dringend wurde die Errichtung von Botschaften in Zaire, Kenia, der Elfenbeinküste, Marokko und Tunesien bezeichnet; außerdem ist die Normalisierung der Beziehungen zu Österreich, Spanien, Italien und der Schweiz geplant (AFP 10. 2. 1972).

Im Zuge der Involvierung Kambodschas in den Vietnamkrieg, was wiederholt zu Aktivitäten und zur Stationierung südvietnamesischer Truppen in Kambodscha führte, waren am 29. März etwa 10 000 Soldaten nach Angaben des Oberkommandos in Saigon nach Süd vietnam zurückgekehrt (NZZ 31. 3. 1972). Im gleichen Zusammenhang bemühte sich die Regierung um eine Aufnahme von Kontakten zu Nordvietnam, um die Möglichkeit eines Waffenstillstandsabkommens zu erörtern. Die Geheimverhandlungen führten zu einem – von Hanoi dementierten – Friedensangebot Nordvietnams, wonach im Austausch für die Errichtung eines logistischen Korridors entlang der südvietnamesischen Grenze ein Waffenstillstandsangebot wurde. Nach Angaben aus Saigon wurde das Angebot von Kambodscha zurückgewiesen, da es eine „Invasion des Vietcong“ zur Folge gehabt hätte (TST 1. 4. 1972).

Mit Thailand wurde am 19. Januar ein Grenzsicherungsabkommen unterzeichnet (vgl. Thailand).

Am 28. Januar besuchte General Westmoreland zu einem siebenstündigen Besuch überraschend Pnom Penh, ohne daß über die Gespräche Einzelheiten verlauteten (JAT 29. 1. 1972); am 7. März traf Marschall Green auf seiner Informationstour auch in Pnom Penh ein (AFP 7. 3. 1972).

Am 18. Mai wurden vom Informationsminister offiziell Berichte über Geheimkontakte mit der Sowjetunion dementiert, die von der Pariser Zeitung „La Nation“ publiziert worden waren (SWBFE 4000).

5. Laos

Am 31. Januar schickte der Führer der kommunistischen Neo-Lao-Haksat, Souvannou Vong, an Premier Souvanna Phouma ein Telegramm, in dem er forderte, daß die Laos-Frage von den betroffenen Parteien auf der Basis der Genfer Laos-Abkommen von 1962 und „im Einklang mit der gegenwärtigen Lage“ gelöst werden solle (MD 31. 1. 1972). Die innenpolitische Situation in Laos ist durch die Einbeziehung in den Vietnamkrieg gekennzeichnet und wird von den sich widersprechenden Meldungen der beiden kämpfenden Parteien beleuchtet. König Sri Savang Vatthana hat keine effektive politische Macht, wird aber von Laoten jeder politischen Färbung als Symbol der nationalen Einheit anerkannt. Die Bevölkerung selbst hat kaum noch Vertrauen in die Regierung der Kaste adeliger Politiker und Generale.

Das chinesisch-amerikanische Kommuniqué wurde von Souvanna Phouma als „Stärkung der fünf Prinzipien von Bandung“ bezeichnet, nachdem er zuvor behauptete, daß die China-reise Nixons für die schwerste nordvietnamesische Offensive in Laos seit Jahren verantwortlich gewesen sei (AFP 2. 3. 1972). Nach einer Unterredung mit Marschall Green auf dessen Informationsreise drückte Souvanna Phouma die Hoffnung aus, „daß die Begegnung von Peking die Kommunisten und Progressisten Indochinas veranlassen wird, ihre naive Definition von Imperialismus zu revidieren. Green seinerseits bestätigte, daß die USA „auch künftig die neutrale Regierung des Ministerpräsidenten Prinz Souvanna Phouma in der Verteidigung von Laos gegen eine auswärtige Invasion unterstützen“ (JAT 8. 3. 1972).

Der Führer des „befreiten“ Laos, Souvannou Vong, verfügt über relativ gute Beziehungen zur DDR. Vom 28. Februar bis zum 5. März besuchte eine Delegation des ZK der SED unter Leitung von Hans Albrecht die „befreiten Gebiete von Laos“ (ADN 14. 3. 1972). Am 17. März wurde im „Neuen Deutschland“ ein Interview mit Souvannou Vong publiziert, in dem dieser die Lösung der Laos-Frage auf der Grundlage des politischen Fünf-Punkte-Programms der patriotischen Front vom 6. März 1970 forderte und andererseits den „Kampf der DDR gegen den Imperialismus für den Schutz ihrer Unabhängigkeit“ unterstützte (ND 17. 3. 1972).

6. Thailand

a) Innenpolitik

Die Rebellentätigkeit vor allem im Norden und Nordwesten des Landes hat an Ausmaß zugenommen. Daß auch im Süden die Lage unsicher ist, zeigte ein Attentatsversuch auf Ministerpräsident Kittikachorn am 20. Januar auf einer Inspektionsreise in den südlichen Provinzen (TST, AFP 21. 1. 1972). Am 7. Februar begann eine Großoffensive gegen die Guerillas im Nordosten, die „größte Offensive während der Trockensaison seit zehn Jahren“; der Kern des Kampfgebietes war das Hin-Long-Khla-Plateau (NZZ 9. 2. 1972). Am 9. März wurde der Ausnahmezustand für den Großraum Bangkok verhängt, was im Zusammenhang mit der Verhaftung von drei Abgeordneten des Parlaments, die der konspirativen Tätigkeit beschuldigt wurden, gesehen werden muß (Daily News 10. 3. 1972, MD 15. 3. 1972). Der Ausnahmezustand wurde am 17. März aufgehoben (TST 18. 3. 1972). In einer Pressekonferenz am 24. April führte Kittikachorn zur innenpolitischen Lage aus, daß die Aktionen gegen Terroristen im Süden erfolgreich waren und daß die Kommunisten im Norden – in den Gebieten Surat Thanis und Phatthalung – nachweisbar Verbindung mit chinesischen Kommunisten in Malaysia haben (SWBFE 3974). Schwierigkeiten gab es auch an der Grenze zu Laos, wo nach Aussagen des Gouverneurs der Nordprovinz Chiang Ray, Nimuan, annähernd 10 000 Stammesangehörige mit kommunistischen Guerillas subversiv tätig sind (TST 28. 4. 1972, SWBFE 3976).

Am 8. Mai gab das Oberkommando der Armee bekannt, daß im Hinblick auf die zunehmende Rebellentätigkeit das Verteidigungsbudget für die nächsten zwei Jahre erhöht werde, wofür die USA einen Beitrag in der Höhe von etwa 5,5 Mio. engl. Pfund zu leisten bereit seien (JAT 10. 5. 1972).

Der Direktor des Amtes für öffentliche Angelegenheiten, Sunthornsarathun, gab am 19. Mai eine Ausweitung des Rundfunk- und Fernsehwesens bekannt, die außer zur besseren Information auch auf dem Bereich des Erziehungswesens genutzt werden soll (SWBFE 3995, 3996).

b) Wirtschaftspolitik

Am 1. Oktober 1971 lief der dritte Fünf-Jahres-Plan an, der Ausgaben in Höhe von 96 Mia. Baht (etwa 4800 Mio. US-Dollar) vorsieht, etwa 1000 Mio. Dollar hofft man in Form von Darlehen aus dem Ausland zu erhalten. Das Schwergewicht des Planes liegt auf der Verbesserung des bäuerlichen Einkommens und der Exportsteigerung, Sicherheit und Erziehungswesen wurden ebenfalls stark berücksichtigt; im zweiten Fünf-Jahres-Plan hatten noch Infrastrukturvorhaben im Vordergrund gestanden, die praktisch weggefallen sind (vgl. NZZ 22. 12. 1971). Nach dem Jahresbericht der größten Privatbank, der Bangkok Bank, war 1971 das schlechteste Jahr seit Anlaufen des Wirtschafts- und Entwicklungsplanes vor mehr als zehn Jahren. Mit Ursache dafür ist, daß der Reispreis 1970/71 um 30% fiel, weshalb sich die Lage der 20 Millionen Reisbauern als „Rückgrat der Wirtschaft“ verschlechterte. Außerdem begannen 1971 die Lasten der (ab Mitte 1970) wachsenden Steuern und Importzölle bei drastischer Reduzierung der US-Hilfe spürbar zu werden; die verzögerte Verabschiedung des Budgets für die nächsten drei Jahre trugen zu einer weiteren Drosselung der Wirtschaft bei (JAT 13. 4. 1972). Das Defizit der Handelsbilanz für 1971 betrug umgerechnet 495 Mio. US-Dollar, 113,5 Mio. weniger als im Vorjahr (JAT 19. 1. 1972).

Trotz starker Opposition seitens der einheimischen Geschäftsleute und Intellektuellen wollte die Regierung noch im Mai ein neues Gesetz verabschieden, das ausländischen Investoren weitergehende Rechte als bisher zusichert und gleichzeitig ausländischen Arbeitern größere Restriktionen auferlegt. Primär sollen Ausländer angeregt werden, dringend benötigte Arbeitsplätze zu finanzieren (NZZ 10. 5. 1972).

c) Außenpolitik

Am 19. Januar wurde mit K a m b o d s c h a ein Grenzsicherungsabkommen unterzeichnet, das die Aufstellung eines „Grenzkomitees“ vorsieht. Gleichzeitig wurde ein Vertragsentwurf über das Fischereiwesen unterzeichnet (AFP 19. 1. 1972). Mit M a l a y s i a war ein ähnliches Abkommen getroffen worden; das auf dieser Grundlage gebildete „Thailändisch-

Malaysische Kommando“ wurde am 20. Januar von Kittikachorn in der Provinz Songkhla eingesetzt (TST 22. 1. 1972). Mit Laos wurden ebenfalls Gespräche über die Grenzverteidigung geführt, wozu am 18. März eine Delegation Vientiane besuchte (Radio Vientiane 18. 3., MD 27. 3. 1972).

Die Beziehungen zu Japan sind primär wirtschaftlicher Art. Für das mit 400 Mio. Dollar vorveranschlagte Projekt eines petrochemischen Werkes wurden Tokio verschiedene Privilegien gewährt, wofür sich Japan verpflichten mußte, die Inbetriebnahme des Werkes bis zum 30. 6. 1976 zu garantieren (JAT 26. 2. 1972).

Mit Pakistan wurde am 22. April ein bilaterales Luftfahrtabkommen unterzeichnet, das Thailand eine direkte Flugverbindung nach Lahore via Katmandu ermöglicht (Dawn 23. 4. 1972). Am 27. März traf Indiens Staatspräsident Giri zu einem Staatsbesuch — dem ersten eines indischen Staatsoberhauptes — in Thailand ein, bei dem er die friedlichen Absichten der indischen Außenpolitik erläuterte — „Indien hat keinerlei Herrschaftsansprüche“ (AIR 27. 3. 1972).

Mit den USA kam es zu einer Kontroverse über Rauschgiftexporte, die von den USA im Zusammenhang mit einem Bericht vom 3. März, nach dem amerikanische Rauschgifthändler „zufrieden“ über die Zusammenarbeit mit Thailand seien, kritisiert wurden (JAT 4. 3. 1972). Thailand legte wegen amerikanischer Beschuldigungen, daß es die Türkei als Rauschgiftzentrum ersetzt habe, am 3. Mai bei den USA Protest ein (SWBFE 3983). Am 7. März traf Marschall Green zu einem zweitägigen Besuch in Bangkok ein, wo er Kittikachorn über die Ergebnisse der China-Reise Nixons informierte (NZZ 9. 3., JAT 8. 3. 1972). Am 16. März wurde ein Textilabkommen mit den USA unterzeichnet, wonach Thailand jährlich 15 Mio. Yard Textilien in die USA exportiert (JAT 17. 3. 1972). Im Hinblick auf die US-Truppen in Thailand wurde am 26. Januar bekannt, daß diese auch nach dem Abzug der USA aus Vietnam dort stationiert bleiben (FAZ 27. 1. 1972). Kittikachorn erklärte dazu am 19. Mai, daß die USA um zeitweilige Stationierung von Flugzeugen und Soldaten (weniger als 3000) ersucht und er dieser Bitte entsprochen habe. Gleichzeitig dementierte er Berichte, nach denen die USA 25 thailändische Bataillone in Laos finanzierten. Bezüglich des Einsatzes thailändischer Truppen in Vietnam erklärte er, daß nicht beabsichtigt sei, nochmals Truppen zu entsenden, da die Lage in Thailand selbst „ernst“ sei und den Einsatz aller Truppen erfordere (Radio Bangkok 9. 5. 1972, SWBFE 3988).

D. Ostasien

1. Mongolische Volksrepublik

Mit der Sowjetunion politisch, wirtschaftlich wie militärisch eng verbunden, ergeben sich für die Führung der Mongolischen VR keinerlei Alternativen in diesen Bereichen. Seinem Nachbar China, dem es jahrhundertlang zugehörte, ist die MVR durch Parteinahme auf Seiten Moskaus im Streit mit Peking willkürlich entfremdet. Die Kommunistische Partei unter Führung Y. Zedenbals verfolgt linientreu die Politik Moskaus, die Wirtschaft wird von sowjetischen Experten maßgeblich geleitet, und an der Grenze zur Volksrepublik China stehen sowjetische Einheiten; auch das Erziehungs- und das Bildungswesen sind sowjetisch geprägt.

Am 21. Mai starb Jamsarangiyn Sambuu, Mitglied des Politbüros des ZK und Vorsitzender des großen Volkshurals (Tass 21. 5. 1972). Aus allen sozialistischen Staaten — einschließlich der VR China — gingen hierzu Kondolenztelegramme ein, die Sowjetunion, Rumänien, Nordkorea und Nordvietnam entsandten Delegationen nach Ulan Bator (SWBFE 3998). Am 15. Mai starb Generaloberst S. Ravdan, Mitglied des Zentralkomitees und Chef der Zivilverteidigung (Montsame 16. 5. 1972).

Der Präsident der Mongolischen Akademie der Wissenschaften, B. Sherendev, wurde am 13. Mai zum Mitglied des Politbüros ernannt (Montsame 13. 5. 1972).

Die außenpolitischen Beziehungen der Mongolei sind auf Kontakte zu sozialistischen Staaten, vordringlich auf diese des sogenannten Sowjetblocks, begrenzt. Sehr gut sind die Beziehungen zu Bulgarien und zur DDR, wohingegen zu Rumänien ein gespanntes Verhältnis besteht. Wirtschaftliche und diplomatische Kontakte werden auch zu China, Nord-

vietnam, Nordkorea und Kuba unterhalten. Die wenigen Verbindungen zu nichtkommunistischen Staaten betreffen Burma und Indien, von den westlichen hat allein Schweden eine Handelsmission in Ulan Bator.

Im Mai fand in Ulan Bator der 5. Kongreß der mongolisch-sowjetischen Freundschaftsgesellschaft statt, bei dem auch Parteichef Zedenbal die sowjetische Politik würdigte (SWBFE 3997, 3999). Dabei wurde bekannt, daß diese Gesellschaft mehr als 210 000 Mitglieder hat. Ebenfalls im Mai fand in Ulan Bator das „9. Treffen der Vorsitzenden der Schriftstellerorganisationen sozialistischer Staaten“ statt, an der Delegationen aus Bulgarien, Ungarn, der DDR, Nordvietnam, Kuba, Polen, Rumänien, der UdSSR, der Tschechoslowakei und Jugoslawien teilnahmen (SWBFE 4001, 4002).

Mit mehreren Staaten des Sowjetblocks wurden Abkommen unterzeichnet: mit **Ungarn** ein Arbeitsplan über die Zusammenarbeit auf kulturellem und wissenschaftlichem Gebiet (am 22. 1.) sowie eines über die Zusammenarbeit der Journalistenverbände für die Jahre 1972/73 am 23. Mai (MTI 22. 5. 1972); mit der **DDR** am 24. April über die Zusammenarbeit der Ministerien für Gesundheitswesen (ADN 24. 4. 1972); mit **Bulgarien** ebenfalls ein Plan für kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit (RD 16. 1. 1972); schließlich wurde mit der **CSSR** am 13. Mai ein Protokoll über kulturelle Zusammenarbeit unterzeichnet (Radio Prag 13. 5. 1972) sowie eines mit **Kuba** für die Jahre 1972/73 am 28. März (Montsame 28. 3. 1972). Die **VR China** dagegen war, wie so oft, Ziel polemischer Angriffe, sowohl was den Kampf Zedenbals gegen „Verfälschungen des Marxismus-Leninismus“ (Radio Moskau 7. 2. 1972) als auch Berichte über Säuberungen in der chinesischen VBA betraf (SWBFE 3954). Von besonderer Bedeutung ist die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Mongolei und den **Niederlanden** Anfang März auf Botschafterebene (Tass 6. 3. 1972) sowie mit Japan am 19. Februar (vgl. Japan).

2. Nordkorea

a) Innenpolitik

Der 60. Geburtstag von Staats- und Parteichef Kim Il-sung (am 1. April) wurde mit großem Aufwand begangen. So wurde eine nationale Konferenz der Sozialwissenschaftler (am 3. April) abgehalten, die die Aufgabe dieser Wissenschaft in Verteidigung der „Großen revolutionären Ideen des Genossen Kim Il-sung“ diskutierte (KCNA 4. 4. 1972). Auch eine Ausstellung, die die insgesamt 250 Schriften Kim Il-sungs verherrlichte, wurde eröffnet (KCNA 6. 4. 1972).

Einen Höhepunkt stellten auch die Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der Gründung der „Koreanischen Revolutionären Volksarmee“ dar, die mit großem Aufwand am 24. April durchgeführt wurden. Aus diesem Anlaß kamen zahlreiche Delegationen aus dem Ausland nach Nordkorea, unter anderem aus der VR China, der Sowjetunion, der CSSR, der Mongolischen VR, aus Tansania, Ägypten, Guinea und Pakistan (vgl. u. a. SWBFE 3972, 3978, 3974, 3975).

Zur Frage der Wiedervereinigung äußerte sich Kim Il-sung am 27. Januar gegenüber japanischen Presseleuten, daß sie „der stärkste Wunsch des koreanischen Volkes“ sei. Nach seinen Worten ist er bereit, sofort Gespräche mit dem Süden über die Wiedervereinigung abzuhalten (Kyodo 28. 4. 1972, SWBFE 3976). Im gleichen Zusammenhang äußerte er zum sino-amerikanischen Verhältnis, daß die Anerkennung der sogenannten fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz durch die USA ein „sehr wichtiger Faktor“ ist (ebd.).

Vom 29. bis 30. April fand die 6. Tagung des vierten Obersten Volkskongresses statt, auf der unter anderem der Haushalt des Jahres 1971 verabschiedet und das Budget für 1972 gebilligt wurde. Danach ergibt sich für 1971 eine Steigerung der Steuereinnahmen um 13% auf 6 357 350 000 Wen und eine 24%ige Steigerung der Ausgaben auf 6 301 680 000 Wen. Das Budget für 1972 ist auf einen Umfang von 7 374 800 000 Wen veranschlagt, wobei die Steuereinnahmen um 16% gegenüber dem Vorjahr ansteigen sollen, während für die Staatsausgaben eine Erhöhung von 17% vorgesehen ist (KCNA 29. 4. 1972, SWBFE 3980, 3981).

b) Wirtschaftspolitik

Zwei Jahre nach dem Beginn des Sechs-Jahres-Planes meldet Korea die Erfüllung und Übererfüllung seines Programms (vgl. im einzelnen SWBFE 3974). Auf dem Volkskongreß wurde bekanntgegeben, daß die Produktion von Traktoren um 70%, die von Kühlschränken um 60% im Vergleich zum Vorjahr gestiegen ist. Das Budget für 1972 sieht erhebliche Steigerung der Ausgaben für die nationale Wirtschaft vor, wobei die Etatserhöhungen für die Hüttenindustrie 70%, für die Bergwerksindustrie 90%, für die chemische Industrie 100%, für die Kohleindustrie 50% und für die Leichtindustrie 60% gegenüber 1971 betragen. Die Verteidigungsausgaben betrugen 1971 31,1%, 1972 lediglich 17% des Gesamtbudgets (weitere Einzelheiten KCNA 2. 5. 1972, SWBFE 3984).

c) Außenpolitik

Sozialistische Staaten. Außenminister Ho Tam hielt sich im Februar mit einer Regierungsdelegation zu einem offiziellen Besuch in der Sowjetunion auf, wo er am 22. mit Außenminister Gromyko zusammentraf, der Korea „wirksame Unterstützung für den Kampf des koreanischen Volkes für eine friedliche Vereinigung auf demokratischer Grundlage“ zusagte (Tass 22. 2. 1972). Am 14. März wurde ein Handelsabkommen für 1972 unterzeichnet, in dessen Rahmen vor allem Roheisen und Feinstahl in die Sowjetunion exportiert, Maschinen und petrochemische Produkte importiert werden (JAT 15. 3. 1972). Mit Bulgarien wurde am 1. Dezember 1971 ein Protokoll über die Zusammenarbeit auf technisch-wissenschaftlichem Gebiet unterzeichnet (RD 2. 12. 1971), darüber hinaus reisten mehrere Delegationen nach Sofia, so eine Abordnung unter der Leitung des stellvertretenden Premierministers Chong Nun Taek im März (KCNA 8. 3. 1972), eine Jugenddelegation im Mai und eine Landwirtschaftsdelegation ebenfalls im Mai. Vom 15. bis 18. Februar hielt sich Außenminister Ho Tam zu einem offiziellen Besuch in der C S S R auf (CTK 15. 2. 1972), am 22. Mai wurde für 1972/73 in Pyongyang ein Abkommen über Kulturaustausch unterzeichnet (KCNA 24. 5. 1972). Die Regierungsdelegation unter Ho Tam reiste anschließend in die D D R, wo sie am 21. 2. Erich Honecker empfing und u. a. auch die Deutschlandfrage diskutierte (ADN 21. 2. 1972). Eine weitere Delegation kam zur Leipziger Frühjahrsmesse vom 8. bis 28. März in die DDR (KCNA 28. 3. 1972). Auf einer Europareise besuchte Ho Tam auch Jugoslawien, wo er sich vom 26. bis 29. Februar aufhielt. Im Abschlußkommunique unterstützte Jugoslawien die „konstruktiven Initiativen“ Nordkoreas hinsichtlich der „Wiedervereinigung auf demokratischer Grundlage und ohne Einmischung von außen“; außerdem wurde die Bedeutung der bilateralen Beziehungen hervorgehoben (Tanjung 1. 3. 1972). Vom 19. bis 21. April besuchte eine jugoslawische Handelsdelegation Nordkorea (KCNA 20. 4. 1972). Mit Polen wurde am 28. Mai ein Abkommen über kulturelle Zusammenarbeit unterzeichnet (KCNA 29. 5. 1972). Vom 10. bis 15. Februar hielt sich Ho Tam in Rumänien auf (Agerpress 8. 2. 1972); am 16. Mai reisten zwei weitere Delegationen nach Rumänien, von denen die eine unter der Leitung des Ministers für Metallindustrie, Ho Ryong Ik, stand, während die andere vom stellvertretenden Außenhandelsminister Pang Gi Yong geleitet wurde, der in Bukarest ein Protokoll über den zusätzlichen Handelsaustausch für die Jahre 1972 bis 1975 unterzeichnete (SWBFE 3992). Mit Ungarn wurde ebenfalls ein Handelsabkommen für 1972 unterzeichnet, das eine 27%ige Umsatzsteigerung vorsieht. Das Volumen des beiderseitigen Handels erreichte 1971 etwa 5 Mio. Rubel, wobei die Bilanz einen leichten ungarischen Importüberschuß aufweist. Nordkorea exportiert vor allem Chemieprodukte, Werkzeugmaschinen und Textilien, während es technische Instrumente und Chemikalien importiert (Nepszabadsag 20. 2. 1972).

Asien. Prinz Sihanouk hielt sich vom 5. bis 28. April zu einem offiziellen Besuch in Nordkorea auf, wobei er auch durch das Land reiste (SWBFE 3958, 3989). In bezug auf den Vietnamkonflikt veröffentlichte die Regierung am 11. Mai eine Erklärung, in der u. a. ausgedrückt wurde, daß Nordkorea „vorbereitet ist, alle Formen der Hilfe einzusetzen, einschließlich der Entsendung von Freiwilligen zu jeder Zeit, wenn die Regierung der demokratischen Republik Vietnams und das indochinesische Volk es verlangen“ (SWBFE 3988). Auch gegenüber dem Präsidenten Somalias erklärte Kim Il-sung am 18. Mai die Unterstützung für Vietnam und verurteilte dabei die jüngste Entwicklung im Indochinakrieg scharf (SWBFE 3995). Ähnlich drückte sich Kim Il-sung bei dem Bankett in Pyongyang

zum Jahrestag der indochinesischen Konferenz aus (KCNA 27. 4. 1972). Vom 18. bis 21. Februar hielt sich eine Regierungsdelegation in Syrien auf, die unter der Leitung des stellvertretenden Premierministers Chong Jun-taek stand. Wie aus dem Kommuniqué hervorgeht, waren der Austausch von Informationen über die Lage im eigenen Land, die weitere Festigung und Entwicklung der Freundschaft die Hauptgesprächsthemen (KCNA 23. 2. 1972). Die gleiche Delegation hielt sich vom 22. bis 28. Februar im Irak auf (Radio Bagdad 2. 3. 1972, MD 7. 3. 1972). Vom 15. bis 22. Februar besuchte eine koreanische Delegation den Yemen zu Gesprächen über die Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten (Radio Aden 15. 2. 1972, MD 17. 2. 1972). Am 14. Februar wurde ein Kooperationsabkommen zwischen der ANA (Aden News Agency) und der koreanischen Nachrichtenagentur KCNA abgeschlossen (Radio Aden 15. 2. 1972). (Zu den Beziehungen Nordkoreas zu Japan vgl. Japan/Außenpolitik, zu denen zu China, vgl. VR China.)

Afrika. Die Afrikapolitik Nordkoreas war ausgesprochen aktiv. Vom 28. Februar bis 5. März besuchte eine Regierungsdelegation unter der Leitung des stellvertretenden Ministerpräsidenten Ten Diun Thek Ägypten (Tass 9. 3. 1972), außerdem hielt sich zur internationalen Messe in Kairo eine weitere Delegation unter dem Außenhandelsminister Kye Ung-tae bis zum 8. März auf (KCNA 8. 3. 1972). Mit Algerien wurde am 11. April ein Handelsabkommen unterzeichnet, in dessen Rahmen Nordkorea 1000 t Papier importieren wird (EL Moudjahid 12. 4. 1972). Eine Regierungsdelegation aus Burundi unter der Leitung des Außenministers A. Simbananiye besuchte am 14. Januar Nordkorea und wurde am 15. von Ministerpräsident Kim Il-sung empfangen (JAT 17. 1. 1972). Ein Handelsabkommen mit Libyen wurde am 28. Dezember unterzeichnet, nachdem die Vorbereitungen dafür von zwei nordkoreanischen Handelsmissionen getroffen worden waren (JAT 30. 12. 1971). Der Präsident Somalias, Siyad Barre, besuchte vom 18. bis 25. Mai Nordkorea, wo er zufolge dem gemeinsamen Kommuniqué über den Ausbau der gegenseitigen Beziehungen diskutierte, die Wiedervereinigung von Korea unterstützte und sich in bezug auf die Indochinafrage und den Nahostkonflikt dem Standpunkt Koreas anschloß (HNA 29. 5. 1972).

Amerika. Mit dem Besuch des amerikanischen Journalisten Harrison Salisbury am 13. Mai kam der erste amerikanische Journalist nach Nordkorea (SWBFE 3989). Mit Chile wurde am 18. März ein Handelsabkommen unterzeichnet, nachdem Nordkorea gegen Schwermaschinen, Mineralien, Papier und Seefische importieren will. Am 2. Mai gab Chiles Präsident Allende bekannt, daß seine Regierung in Kürze diplomatische Beziehungen zu Nordkorea und Nordvietnam aufnehmen werde (Radio Japan 2. 5. 1972).

3. Südkorea

a) Innenpolitik

Der am 6. Dezember 1971 mit Regierungsbeschluß Nr. 1025 verkündete nationale Notstand beherrschte die koreanische Innenpolitik. Er war damit motiviert worden, daß „die Republik Korea vom Standpunkt der Sicherheit aus gesehen, sich einer Zeit von großer Tragweite gegenüber sieht“ (Radio Seoul 6. 12., MD 6. 12. 1971). Die „grundlegenden Veränderungen in der internationalen Lage, einschließlich des Beitritts Rotchinas zu den Vereinten Nationen“ wurden als maßgebliche Gründe bekanntgegeben. Als unmittelbare Folge verabschiedete das Kabinett Gesetzesvorlagen, die u. a. die Einziehung von Privateigentum für militärische Zwecke neu regeln. Universitäten und Schulen wurden angewiesen, in den Lehrplänen Fragen der internationalen Sicherheit dem Vorrang zu geben, vormilitärische Ausbildungspläne wurden intensiviert, innenpolitische Sicherheitsmaßnahmen verstärkt. Zahlreiche Verhaftungen waren die Folge, unter ihnen die des führenden Mitgliedes der oppositionellen Neuen Demokratischen Partei, Kim Dae Jon, wegen einer Erklärung, in der er eine Anerkennung der Kommunisten als „ersten Schritt auf dem Weg zu politischen Verhandlungen“ bezeichnete (SZ 11./12. 12. 1971). Intensiviert wurde auch die Propaganda gegen den Norden wegen angeblicher Eroberungspläne, mit der die Aufdeckung nordkoreanischer Spionageringe parallel ging. Im Januar wurden 23 Agenten verhaftet, die sieben Spionageringe aufgebaut haben sollen (JAT 30. 1. 1972), im März waren es 21 (FAZ 28. 3. 1972).

b) Wirtschaftspolitik

Am 29. Dezember wurde ein Abkommen mit der Asiatischen Entwicklungsbank unterzeichnet, in dem Südkorea ein Kredit von 22 Mio. Dollar zur Finanzierung eines Dammprojektes gewährt wurde (JAT 30. 12. 1971). 1971 erreichte der Warenexport mit 1352 Mio. Dollar einen neuen Rekord und lag mit 34,7% über dem des Vorjahres (SCMP 3. 1. 1972). Insgesamt wurde im zweiten Jahr des Fünf-Jahres-Planes (1967–1971) ein Wirtschaftswachstum von 11,6% jährlich erzielt (JAT 7. 1. 1972). Der dritte Fünf-Jahres-Plan für die Jahre 1972–1976 sieht Gesamtausgaben in Höhe von 7,74 Mia. Dollar vor, von denen 3,87 durch Auslandskapital aufgebracht werden sollen. Die Landwirtschaft soll stärker berücksichtigt werden, wozu die Regierung beträchtliche Gelder in Entwicklungsprojekte investieren will (NZZ 3. 5. 1972). Ein großes Problem stellt das enorme Außenhandelsdefizit dar, das durch den Zwang, alle Rohstoffe einführen zu müssen, bedingt ist. Zum Ausgleich der Bilanz ist Südkorea auf Kapitalimporte angewiesen, woraus eine außerordentlich hohe Auslandsverschuldung resultiert, die sich auf rd. 3 Mia. Dollar beläuft; im laufenden Jahr sind allein 230 Mio. an Schulden zurückzuzahlen (JAT 28. 2. 1972). Im ersten Quartal 1972 betrug der Kapitalzustrom 68 Mio. US-Dollar (JAT 18. 5. 1972).

c) Außenpolitik

Asien. Das bisher gute Verhältnis zu Japan wird durch die Neuorientierung der japanischen Außenpolitik gegenüber kommunistischen Staaten beeinträchtigt. Im März fand eine dreitägige Konferenz des gemeinsamen Wirtschaftskomitees statt, auf der u. a. ein gemischtes Komitee zur Überprüfung der japanischen Unterstützung für den dritten Fünf-Jahres-Plan aufgestellt wurde, ein Gemeinschaftsunternehmen für Investitionen und Baugeschäfte sowie eine Zusammenarbeit bei der Zurückweisung weiterer Importrestriktionen in den USA und Europa (JAT 5. 3. 1972) vereinbart wurden. Am 8. April und am 1. Mai wurde je ein Kreditabkommen geschlossen, wovon das erste in Höhe von 80 Mio. US-Dollar u. a. für den Bau einer U-Bahn, das zweite in Höhe von etwa 35 Mio. US-Dollar zum Aufbau eines integrierten Stahlwerkes verwendet werden soll (JAT 9. 4., 2. 5. 1972) (vgl. Japan/Außenpolitik).

Vom 16. bis 23. Februar besuchte Außenminister Yong Shik Kim Malaysia, Indonesien und Thailand (JAT 12. 3. 1972). Mit Singapur wurde am 2. Februar ein Luftverkehrsabkommen unterzeichnet (TST 3. 2. 1972). Am 18. Mai erkannte die südkoreanische Regierung Bangla Desh als „souveränen und unabhängigen Staat“ an (JAT 18. 5. 1972).

Mit den USA wurde „nach langwierigen Verhandlungen“ am 5. Januar ein Fünf-Jahres-Abkommen (vom 1. 10. 1971 bis 30. 9. 1976), das den Textilexport Koreas in die USA begrenzt, unterzeichnet (JAT 6. 1. 1972). Die jährliche Steigerungsrate darf danach nur 5% betragen, liegt damit um 15% unter dem Kontingent für 1971 (JAT 9. 1. 1972). Am 14. Februar wurde in Seoul ein Vertrag zur Lieferung von landwirtschaftlichen Produkten unterzeichnet, in dessen Rahmen die USA für 150 Mio. US-Dollar Reis, Weizen, Mais und Rohbaumwolle liefern (JAT 15. 2. 1972). Am 1. und 2. März hielt sich Unterstaatssekretär Marshall Green in Seoul auf, wo er über Nixons Peking-Reise berichtete und in einer mündlichen Botschaft Präsident Nixons die amerikanische Unterstützung weiterhin zusicherte (NZZ 3., 4. 3. 1972). Am 21. Mai traf der amerikanische Staatssekretär für das Heereswesen, Fröhlike, zu einem fünftägigen Besuch in Korea ein, der ein Teil der Besichtigungsreise bei US-Armee-Einrichtungen im Pazifik-Raum ist (JAT 22. 5. 1972). Über die Stationierung koreanischer Soldaten in Südvietnam kam es zu Differenzen mit Washington. Nachdem die Regierung Südvietnams Korea offiziell ersuchte, seine zwei Armeedivisionen (etwa 40 000 Mann) nicht vor 1973 abzuziehen (JAT 19. 1. 1972), sollen zufolge einer UPI-Quelle aus Saigon, die USA „konzentrierten Druck“ auf Südkorea ausüben, seine Truppen wenigstens ein weiteres Jahr in Südvietnam zu belassen, wofür sie zusätzliche Hilfe versprochen hätten (JAT 26. 5. 1972).

Großbritanniens Außenminister Douglas Home begann am 16. Februar einen zweitägigen Besuch, wobei er sich mit seinem Amtskollegen auf ein Abkommen über die Notwendigkeit des Austausches von Handelsmissionen einigte (JAT 17. 2. 1972). Vom 27. bis 28. April fand in der Bundesrepublik (in Bonn) eine Wirtschaftskonferenz beider

Staaten statt, in der Bonn um einen Kredit in Höhe von 22 Mio. Dollar zur Finanzierung von Industrieprojekten gebeten wurde (JAT 29. 4. 1972). Im April besuchte Außenminister Kim auf dem Weg zur UNCTAD-Konferenz Argentinien, wo er die Möglichkeit eines Austausches von Delegationen zur Erweiterung der Handelsbeziehungen erörterte (AFP 17. 4. 1972).

4. Innerkoreanische Beziehungen

Die Waffenstillstandskommission für Korea tagte am 18. Mai in Panmunjon zum 330. Mal, ohne daß es dabei zu irgendwelchen Fortschritten kam. Attackierten die Vertreter Nordkoreas die USA wegen der Verschiebung des Treffens (um acht Tage), so beschuldigten die Vertreter Südkoreas die Nordkoreaner wegen Verletzungen der Waffenstillstandslinie (SWBFE 3980, 3989, 3993).

Parallel dazu verliefen die Gespräche zwischen den Rotkreuz-Organisationen beider Staaten zumindest vorerst ergebnislos. Diese Gespräche, die für Außenstehende überraschend zustande kamen, sind in Zusammenhang mit der „Südpolitik“ Kim Il-sungs zu sehen. Mit ihr will er einen Friedensvertrag mit Südkorea abschließen, dem ein Abzug der US-Truppen und eine beiderseitige Truppenverringerung sowie Verhandlungen über eine friedliche Wiedervereinigung folgen sollen (JAT 22. 1. 1972). Ursache für die Änderung der bis dahin starren Haltung Nordkoreas ist die durch die Aufwertung Chinas geänderte internationale Lage. Am 6. Januar veröffentlichte der Präsident des nordkoreanischen „Komitees für eine friedliche Wiedervereinigung“, Ri Keu-ro, eine Erklärung, in der er für eine „unabhängige und friedliche“ Wiedervereinigung des Landes die Aufgabe der Abhängigkeit Südkoreas von „ausländischen Mächten“ verlangte (ATCC 8. 1. 1972). Bei der 5. Gesprächsrunde der Rotkreuz-Organisation am 19. Januar forderte der Vertreter des Nordens den Süden auf, den in beiden Teilen getrennt lebenden Familien freien Grenzübergang zu gewähren, eine Maßnahme, die nicht nur der Familienzusammenführung, sondern auch der Verständigung dienen solle (SZ 22./23. 1. 1972). Daß beide Seiten trotz Schwierigkeiten bei den Rotkreuz-Verhandlungen an den Gesprächen interessiert sind, beweist die Einsetzung eines Arbeitskomitees zur Lösung dieser Schwierigkeiten (JAT 18. 2. 1972). Trotz Zusammenstoßen an der Demarkationslinie, Differenzen zwischen nord- und südkoreanischen Fischerbooten und Meldungen über die Zerschlagung von Spionageringen wiederholte Nordkorea sein Angebot zu sofortigen Nord-Süd-Gesprächen und forderte, daß „alle politischen Parteien einen Beitrag zur Wiedervereinigung leisten“ sollten (KCNA 23. 2. 1972). Obwohl Südkorea Berichte eines japanischen Abgeordneten über geheime Regierungsgespräche dementierte (JAT 14. 3. 1972), gab es nach Angaben des nordkoreanischen Geschäftsträgers in Belgrad, Kang Man-su, offensichtlich derartige Geheimgespräche doch – angeblich auf dem „level von Arbeitsgruppen“ (SWBFE 3976). Am 30. März nannte Präsident Park Chung-hee seine Bedingungen für eine Diskussion mit dem Norden, wobei er die Aufgabe der „Ambitionen, das Land durch Gewalt zu vereinen“, forderte – ebenso wie einen Abzug aus der demilitarisierten Zone und die Einstellung der Entsendung von bewaffneten Agenten. Außerdem mußten die Vorschläge des südkoreanischen Roten Kreuzes akzeptiert werden (SWBFE 3954).

Was bisher undenkbar war und in Einzelfällen bestraft wurde, wurde am 22. April regierungsamtlich: der Außenminister Südkoreas, Kim Jong-sik, stellte einen Drei-Punkte-Plan zur friedlichen Wiedervereinigung vor. Er sah eine erfolgreiche Beendigung der Rot-Kreuz-Gespräche über Familienzusammenführung vor, woran sich Gespräche über unpolitische Angelegenheiten anschließen sollen; danach könnte eine politische Konferenz über die Wiedervereinigung abgehalten werden (SWBFE 3974). In rascher Folge fand die 9. (am 9. 5.), 10. (am 12. 5.), 11. (am 19. 5.) und die 12. (am 22. 5.) Konferenz der Rot-Kreuz-Gesellschaften statt. Für die letzte Gesprächsrunde wurde von der nordkoreanischen Nachrichtenagentur KCNA eine „Annäherung im großen Ausmaß“ festgestellt (SWBFE 3996).

Trotz dieser überraschenden Lockerung der innerkoreanischen Front hatte die Meldung vom 5. Juni über die Einigung auf die Tagesordnung einer Konferenz über die Wiedervereinigung von Familien fast sensationellen Charakter (AFP 5. 6. 1972).

5. Japan

a) Innenpolitik

Die beherrschenden Themenbereiche des letzten halben Jahres waren die Nachfolgefrage für Ministerpräsident Sato, die Diskussion um das Verteidigungsbudget und die Okinawa-Frage. Eisaku Sato geriet vor allem wegen seiner an den USA orientierten China-Politik in das Kreuzfeuer der Kritik der Opposition. Ende Februar forderten die Sozialistische Partei Japans (SPJ) und die Komei-Partei den Rücktritt Satos und die Wiederherstellung diplomatischer Beziehungen zu China, nachdem ein früherer Mißtrauensantrag gegen die Regierung Ende Dezember mit 283 gegen 178 Stimmen vom Oberhaus abgelehnt wurde (JAT 25. 12. 1971).

Veränderungen im Kabinett ergaben sich durch den Rücktritt des Arbeitsministers wegen Bemerkungen über die Altenheiminsassen; sein Nachfolger wurde Toshio Tsukahara (Kyodo 28. 1. 1972). Ein weiteres innenpolitisches Thema war der zunehmende Radikalismus in Japan, vor dem bereits in einem Weißbuch der National Police Agency gewarnt wurde und der durch Kämpfe japanischer Studenten gegen die Polizei und Morde ultraradikaler Gruppen bestätigt wurde.

Die Veröffentlichung angeblicher Geheimdokumente (vgl. Außenpolitik) führte zu einem handfesten Skandal und zu einer öffentlichen Auseinandersetzung um die Begriffe „Pressefreiheit“ und „Nationalinteresse“. Ursache dafür waren von einer Sekretärin angefertigte Fotokopien und von der Presse veröffentlichte geheime Telegramme. Sie betrafen von den USA im Juni 1971 der Bevölkerung Okinawas zugesagte Entschädigung in Höhe von 4 Mio. Dollar, die den Dokumenten zufolge von Japan zurückerstattet wurden (vgl. SWBFE 3958, NZZ 10. 4. 1972, FAZ 3. 5. 1972). Diese Auseinandersetzung brachte eine Niederlage für Sato sowohl was das Verhalten gegenüber den USA als auch die Behandlung der Affäre betraf. Als eine Folge davon wurde der stellvertretende Außenminister Haruki Mori durch Shensaku Hogen in seinem Amt ersetzt (SWBFE 3977). Premierminister Sato selbst erklärte am 27. April, daß er „einige Zeit nach der Verabschiedung des Budgets für 1972“ zurücktreten wolle (SWBFE 3976).

Okinawa. Am 22. Dezember 1971 wurde das japanisch-amerikanische Abkommen über die Rückgabe Okinawas vom Oberhaus ratifiziert (Radio Japan 23. 12. 1971). Außerdem wurde beschlossen, ein Kontrollsystem gegen radioaktive Strahlung zu errichten (Kyodo 6. 1. 1972). Wegen der Benachteiligung der Einwohner Okinawas durch die Yen-Aufwertung kam es im Februar wiederholt zu kürzeren Streiks auf der Insel (JAT 19. 2. 1972). Die Übergabe Okinawas an Japan erfolgte in einem feierlichen Akt am 15. Mai in Tokio (NZZ 17. 5. 1972). Die Kommunistische Partei Japans und die SPJ boykottierten die Feier, um damit gegen die weitere Präsenz amerikanischer Streitkräfte – sieben von 87 amerikanischen Militärstützpunkten sollen erhalten bleiben – zu demonstrieren; sie wurden von mehreren 1000 linksgerichteten japanischen Studenten bei ihren Protestaktionen unterstützt.

Verteidigungspolitik. Am 1. Dezember wurde in einer offiziellen Verlautbarung des Verteidigungsamtes eine Kürzung des Verteidigungsbudgets für 1972 bekanntgegeben (Radio Japan 2. 12. 1971); die Steigerungsrate im Vergleich zu 1971 beträgt immerhin 19,6%. Ihr Hauptanteil liegt beim starken Anstieg der Personalausgaben (JAT 13. 12. 1971). Die Stärke der Selbstverteidigungsstreitkräfte soll um 3594 auf 180 000 Mann erhöht werden. Der Antrag der Oppositionsparteien, den Etat für 1972 zu revidieren, wurde von der Regierung noch nicht beraten. Im Zusammenhang mit der heftigen Opposition wegen Transporten von Truppen und Ausrüstungen nach Okinawa mußte der stellvertretende Verteidigungsminister Utsumi seinen Abschied nehmen. Sein Nachfolger wurde Yutaka Shimada (JAT 24. 5. 1972).

b) Wirtschaftspolitik

Die seit dem Herbst 1970 herrschende Rezession ist einer Prognose der Regierung zufolge für 1972/73 noch nicht abgeklungen. Das Bruttosozialprodukt wird für 1972/73 auf 90,6 Mio. Yen (12,9% höher als 1970/72) geschätzt, die reale Wachstumsrate erreichte etwa 7,2% (NZZ 21. 1. 1972). Für 1971 verzeichnete Japan den größten Überschuß an Dollareingängen in der Welt, der Gesamtüberschuß für 1971 betrug über 7,6 Mia. US-Dollar, 5,6% mehr als

1970 (Radio Japan 28. 1. 1972). Der Index der Produktion von Bergbau und Industrie stieg 1971 um 4,9% und ist die geringste Zunahme seit 1965. Die Automobilproduktion erreichte 5,81 Mio. Einheiten, 9,9% mehr als 1970, die Zuwachsrates war damit niedriger als 1970 (13,2%). Die Rohstahlproduktion sank 1971 um 5,1% auf 88,56 Mio. t, während die Roh-eisenausbringung gegenüber 1970 um 5,9% auf 72,25 Mio. t stieg (alle Angaben nach NZZ 17. 2. 1972).

Im Januar billigte das Kabinett den Staatsvorschlag für das Finanzjahr 1972/73 (vom April 1972 bis März 1973). Er sieht Ausgaben in Höhe von 11,17 Bio. Yen, 21,8% mehr als im Vorjahr, vor. Gleichzeitig wurde das Investitions- und Darlehensprogramm, mit Ausgaben in Höhe von 5,64 Bio. Yen, 31,6% mehr als 1971/72 gebilligt. Die wichtigsten Posten sind: öffentliche Bauvorhaben 2,15 (Vorjahr 1,67) Bio. Yen, Steuerausgleich mit den Präfekturen 2,19 (2,05) Bio., Sozialleistungen 1,64 (1,34) Bio., Erziehung und Wissenschaft 1,3 (1,8) Bio., Verteidigung 803 (670,9) Mia., Nahrungsmittelsubvention 520,8 (463,5) Mio., Pensionen 372,4 (336) Mio., Außenhandelsförderungen und wirtschaftliche Zusammenarbeit 115,2 (101,1) Mio. Fast ein Fünftel der Ausgabenenerhöhung entfallen auf öffentliche Bauvorhaben, u. a. den Bau von 500 000 Wohnungen (35 000 mehr als 1971) sowie Projekte zur Kontrolle von Hochwasser, Aufforstung usw. Insgesamt liegen die Schwergewichte des Budgets bei Aufwendungen für konjunkturstimulierende Maßnahmen (alle Angaben NZZ 23. 1. 1972).

Die Zahlungsbilanz schloß im Kalenderjahr 1971 mit einem Aktivsaldo von 7,6 Mia. Dollar ab; der Überschuß ist durch die starke Zunahme der Exporte bei Stagnation der Importe und exzessivem Kapitalzustrom bedingt (1970 hatte der Positivsaldo 1,37 Mia. Dollar betragen) (NZZ 24. 2. 1972).

Die Devisenbewirtschaftung war Gegenstand von Auseinandersetzungen zwischen Regierung und dem Unternehmerverband Keidanren. Dessen Forderungen kam die Regierung insofern entgegen, als sie zur Lockerung der Restriktionen mit Wirkung von Anfang März beschloß, Überweisungen von Devisen ins Ausland bis zu einem Wert von 1000 US-Dollar freizugeben (NZZ 24. 2. 1972). Außerdem wurde seit April das Verbot des Privatbesitzes ausländischer Währungen abgebaut (Radio Japan 22. 2. 1972).

Im Zusammenhang mit der Vorlage eines Weißbuches über die japanische Landwirtschaft 1970/71 forderte Landwirtschaftsminister Akagi neue Reformen. Das Einkommen der Bauern hat sich infolge von Aufwertung, Reisüberproduktion und steigenden ausländischen Forderungen nach Liberalisierung erstmals seit dreizehn Jahren verringert (JAT 29. 3. 1972). Im April kam es zu mehreren Streiks, die Regierungssämter, Eisenbahnen, Krankenhäuser und Bereiche der Privatindustrie betrafen. Die Gewerkschaften wollten durch die Streiks, an denen sich etwa 1,3 Mio. Arbeitnehmer beteiligten, höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen erreichen (NZZ 22. 4. 1972).

Wie Finanzminister Mizuta Anfang Mai bekanntgab, scheint sich die Konjunktur trotz der nach wie vor ungünstigen Wirtschaftslage allmählich zu beleben, was vor allem die Branchen, die von der Steigerung der öffentlichen Ausgaben profitierten, betrifft. Im Außenhandel zeichnet sich seit März ebenfalls ein Trend zu einer positiven Bilanz ab (NZZ 10. 5. 1972).

Am 24. Mai wurde ein Sieben-Punkte-Programm zur „Verteidigung des Yen“ vom Kabinett verabschiedet. Die Maßnahmen verbinden handelspolitische mit fiskalischen Aktionen, die den Ausgleich der Zahlungsbilanz durch Förderung der Importe und Dämpfung der Aus-fuhren, Reduktion der Devisenreserven, Senkung der Zinssätze und Expansion der japanischen Direktinvestitionen im Ausland zum Ziel haben. Außerdem wurde die Wirtschafts-hilfe an Entwicklungsländer vergrößert, die dazu von allen Vorbedingungen — wie die Verwendung japanischer Maschinenanlagen — befreit werden soll. (Alle Angaben sowie weitere Einzelheiten n. SWBFE 3997, NZZ 2. 6. 1972.)

c) Außenpolitik

Die Außenpolitik Japans ist primär von den Beziehungen zur Volksrepublik China, zur Sowjetunion und zu den USA geprägt. Durch den Chinabesuch Nixons ohne rechtzeitige Konsultation wurde das Vertrauen in den Bündnispartner Amerika zutiefst erschüttert. Japan ist nun bemüht, seinerseits die Beziehungen zu China zu „normalisieren“, wobei es

kaum umhin kann, die harten chinesischen Bedingungen zu erfüllen. Auch die Position Satos wurde durch die Entwicklung der amerikanisch-chinesischen Beziehungen wesentlich geschwächt, da er gegen den Widerstand der Opposition eine „amerikatreue“ Chinapolitik verfolgte. Die Beziehungen zur Sowjetunion, durch den japanischen Anspruch auf die Kurilen und steigende wirtschaftliche Zusammenarbeit gekennzeichnet, wurden durch den Nixon-Besuch ebenfalls auf eine neue Grundlage gestellt. (Zu den Beziehungen Japans zu China vgl. auch die „Aktuelle Chronik“ in Heft 2/72.)

Das amerikanisch-japanische Gipfeltreffen fand am 6. und 7. Januar auf San Clemente statt; auf Seiten der USA nahmen Außenminister Rogers, Sicherheitsberater Kissinger, Finanzminister Conally und Handelsminister Stans, auf japanischer Außenminister Fukuda, Finanzminister Mizuta und Handelsminister Tanaka teil. Wie aus dem gemeinsamen Abschlußkommuniqué (Text in JAT 10. 2. 1972) hervorgeht, konnten dabei nicht alle Probleme bereinigt werden. Als Positiva können die Rückgabe Okinawas für den 15. Mai, die Einrichtung eines „heißen Drahtes“ zwischen Tokio und Washington sowie die amerikanische Zusicherung enger Konsultationen mit Japan bezüglich ihrer Asienpolitik festgehalten werden. Nicht erzielt werden konnte eine Einigung über die Wirtschaftsprobleme, wobei es im wesentlichen um von den USA geforderte Handelskonzessionen geht. Diese Fragen sollen zwischen dem Sonderbeauftragten Eberle und dem japanischen Botschafter in Washington, Ushiba, einer Lösung näher gebracht werden (NZZ 10. 1. 1972, JAT 10. 2. 1972). Eine volle Einigung in der Chinapolitik konnte ebenfalls nicht erzielt werden, wobei hierfür besonders die Verschiedenartigkeit der Beziehungen beider Staaten zu Peking und Taipeh zu berücksichtigen sind. Das Treffen Nixon-Sato war amerikanischerseits durch die Veröffentlichungen des Kolumnisten Anderson in negativem Sinn „vorbereitet“ worden, wobei dieser aus den sogenannten WSAG-Dokumenten (Washington Special Action Group) Einzelheiten über die Asienpolitik der USA veröffentlichte, woraus u. a. hervorging, daß eine Verlängerung des Sicherheitsvertrages USA-Japan dieses daran hindern solle, eine eigene nukleare Produktion aufzubauen (vgl. den Text in JAT 11., 12. 1. 1972). Von den USA wurde dazu erklärt, daß es sich dabei um die „Ansichten des amerikanischen Botschafters in Tokio“, A. H. Meyer, handele (NZZ 16. 1. 1972).

Die japanischen Bedenken bezüglich der Chinapolitik der USA konnten auch durch den Besuch Marshall Greens, der die Regierung über die Ergebnisse der Nixonreise informierte, nicht beseitigt werden. Man zeigte sich verstimmt, weil nicht Kissinger diese Aufgabe wahrnahm. Unabhängig davon wurden die wirtschaftlichen Gespräche weitergeführt (vgl. die gemeinsame Erklärung darüber in JAT 10. 2. 1972). Am 25. Februar wurde ein neuer Uran-Liefervertrag unterzeichnet, der eine Erhöhung der US-Importe von 161 auf 335 t in den nächsten 26 Jahren vorsieht (JAT 26. 2. 1972). Am 15. März erfolgte der offizielle Austausch der Ratifikationsurkunden über die Rückgabe Okinawas. Die japanische Opposition wandte sich wegen der Stationierung japanischer Truppen entschieden gegen den Vertrag. Am 19. März wurde ein Stahlabkommen zwischen den USA und Japan unterzeichnet, das die Zuwachsrate der Stahlexporte nach den USA auf 2,5 Prozent begrenzt (FAT 20. 2. 1972) und am 6. Mai wurde auf dessen Grundlage ein Dreier-Abkommen mit EWG und USA unterzeichnet (NZZ 8. 5. 1972). Am 1. April konnten die japanisch-amerikanischen Textilvereinbarungen mit neuen Beschränkungen (auf 11 japanische Exportposten) abgeschlossen werden (JAT 2. 4. 1972).

Die Hauptpunkte der Diskussion um die Rückgabe Okinawas in den Monaten April und Mai betrafen die Stationierung amerikanischer Truppen und Einrichtungen über die Rückgabe hinaus, die Übergabebedingungen sowie die Diskussion über den atomaren Status Okinawas. Die Veröffentlichung von angeblichen Geheimdokumenten spielte dabei eine Rolle. Danach soll ein Geheimabkommen über Entschädigungszahlungen für Okinawa, die Japan zurückerstatten sollte, existieren, was von beiden Seiten dementiert wurde (Radio Japan IS 29. 3. 1972).

Zu einer heftigen Kontroverse zwischen Regierung und Opposition kam es über die Frage der Stationierung japanischer Streitkräfte auf Okinawa, worauf bereits nach Okinawa versandte Ausrüstungen zurückgezogen wurden. Am 19. April informierte Japan die USA offiziell darüber, daß bis Ende des Jahres 2900 Soldaten nach Okinawa entsandt werden, die bis Juni 1973 auf 5600 Mann erhöht werden sollen (Radio Japan IS 20. 4. 1972). Am 12. Mai traf US-Vizepräsident Spiro Agnew aus Anlaß der Rückgabe Okinawas zu einem

offiziellen Besuch in Tokio ein (FAZ 13. 5. 1972). Die Rückgabe erfolgte am 15. Mai in Anwesenheit des japanischen Kaiserpaares sowie des japanischen Kabinetts und fast 10 000 geladenen Gästen. Außerdem übergab Außenminister Rogers seinem Amtskollegen Fukuda einen Brief, in dem (auf Wunsch Japans hin) bestätigt wurde, daß die USA alle Atomwaffen aus Okinawa abgezogen haben (Text in SWBFE 3990). Es war Japan weiter versichert worden, daß die USA von Japan aus keine militärischen Aktionen einleiten oder vorbereiten würden, woran sich die Diskussion schloß, ob es den USA erlaubt sei, B 52-Bomber auf Okinawa aufzutanken — da sie evtl. zu Einsätzen über Nordvietnam bestimmt seien (vgl. u. a. SWBFE 3996). Neben diesen Problemen und Schwierigkeiten mit der Bevölkerung von Okinawa brachte die Rückgabe Okinawas auch außenpolitische Komplikationen sowohl mit Taiwan als auch mit der VR China wegen der Senkaku(chin.: Tiaoyü)-Inseln mit sich (vgl. VR China).

Sozialistische Staaten/Sowjetunion. Der Besuch von Außenminister Gromyko bildet einen Höhepunkt im Verlauf der japanisch-sowjetischen Beziehungen seit Ende des Zweiten Weltkrieges. Ihm ging ein Besuch des Präsidenten des Oberhauses des japanischen Parlaments, Kenzo Kono, vom 11. bis 20. Januar in Moskau voraus (Tass 19. 1. 1972). Vom 23. bis 28. Januar hielt sich Gromyko in Tokio auf — womit die ursprünglich jährlichen Konsultationen auf Außenministerebene nach fast fünf Jahren Unterbrechung wieder aufgenommen wurden. Während seines Aufenthaltes traf Gromyko sowohl mit dem Kaiser Hirohito, Ministerpräsident Sato, Außenminister Fukuda und anderen Kabinettsmitgliedern zusammen. Die wichtigsten Themen betrafen die Vereinbarung über Gespräche für den Abschluß eines Friedensvertrages sowie die Intensivierung der wirtschaftlichen Beziehungen. Am 27. Januar erfolgte die Unterzeichnung von Dokumenten über die kulturelle Zusammenarbeit und das Übereinkommen, mindestens einmal jährlich Konsultationen auf Außenministerebene zu führen. (Das gemeinsame Kommuniké vgl. Tass 27. 1. 1972, JAT 28. 1. 1972). Über die Diskussion der Kurilen-Frage verlautbarte offiziell nichts, doch wurde bekannt, daß Gromyko nicht mehr den Standpunkt vertreten habe, daß dieses Problem „ein für alle Mal erledigt“ sei (NZZ 28. 1. 1972). Ausgesprochen positiv wurde dieser Besuch von sowjetischen Presseorganen kommentiert, die von „vielen Möglichkeiten für vorteilhafte Zusammenarbeit“ sprachen (Isvestija 31. 1. 1972, Pr 9. 2. 1972).

Am 21. Februar begann eine viertägige Tagung des japanisch-sowjetischen Wirtschaftskomitees, dessen Hauptpunkte die Erschließung des Ölfeldes Tyumen war (vgl. JAT 21. 2. 1972, Radio Japan 21. 2. 1972). Die Sowjetunion bat Japan um einen Bankkredit von mindestens 1 Mia. Dollar (Radio Japan 22. 2. 1972). Beide Delegationen einigten sich Mitte Mai einen japanischen Ausschuß nach Tyumen zum Studium eines Ölfeuerungsprojektes zu entsenden (Radio Japan 24. 2. 1972). Am 1. März begann in Moskau die Sitzung der sowjetisch-japanischen Kommission für das Fischereiwesen (Tass 1. 3. 1972), die am 22. April abgeschlossen wurden. Im Endergebnis hat Japan dabei erneut an Boden verloren, da die Bemühungen um eine möglichst geringe Reduzierung der Quote den sowjetischen Forderungen nach Erweiterung der Verbotszonen für die Fischerei entgegenstanden (JAT 22. 4. 1972). Am 22. März erklärte sich Japan mit der Erweiterung des sowjetischen Handelsbüros von 50 auf 57 Personen einverstanden (JAT 23. 3. 1972). Am gleichen Tag erklärte Außenminister Fukuda vor dem Parlament, daß zwischen Japan und der Sowjetunion „vorbereitende Gespräche für den Beginn von Verhandlungen über einen Friedensvertrag im Gange“ seien (Reuter 23. 3. 1972).

Die Bereitschaft Moskaus zu einer Diskussion über die Kurilenfrage wurde Anfang April durch Berichte aus Moskau deutlich, wonach sich Moskau angeblich kompromißbereit zeige (SWBFE 3959, SZ 8./9. 4. 1972). Außenminister Fukuda gab am 4. April bekannt, daß er die Sowjetunion „zu passender Zeit“ wegen Verhandlungen über die Kurilen besuchen werde. Nach seinen Worten hat sich die sowjetische Haltung zu dieser Frage „vorsichtig zu ändern“ begonnen (SWBFE 3960). Einen weiteren Hinweis gibt das Kommuniké zum Abschluß des Besuchs einer Delegation der KPdSU in Japan vom 10. April, in dem es heißt, daß „der Abschluß eines japanisch-sowjetischen Friedensvertrages dazu beitragen wird, bilaterale Fragen einschließlich territorialer Ansprüche zu lösen“ (JAT 10. 4. 1972, Pr 10. 4. 1972).

Am 12. April wurde in Tokio zwischen dem Vorsitzenden des Staatskomitees für Fernsehen und Rundfunk, S. G. Lapin und dem Präsidenten der japanischen Rundfunkgesellschaft

„NHK“, I. Maeda, ein Arbeitsprotokoll über Kooperation auf dem Gebiet von Rundfunk und Fernsehen unterzeichnet (Tass 12. 4. 1972). Am 22. April besuchte der Gouverneur von Tokio, R. Minobe, Moskau, wo er u. a. von Podgorny empfangen wurde und den Oberbürgermeister Moskaus, W. Promyslow, zu einem Gegenbesuch einlud (SWBFE 3972, AFP 24. 4. 1972). Am 15. Mai gab Außenminister Fukuda bekannt, daß die ersten Verhandlungen zum Abschluß eines Friedensvertrages Ende des Jahres abgehalten würden (SWBFE 3991). Am 23. Mai sprach sich mit dem japanischen Gesandten in den USA, Ushiba, erstmalig ein Vertreter der Regierung gegen den sowjetischen Vorschlag eines kollektiven Sicherheitssystems für Asien aus (JAT 24. 5. 1972).

Sozialistische Staaten/Sonstige. Vom 22. bis 26. März eine Wirtschaftsabordnung zur Überprüfung der Steigerung der Handelsbeziehungen in Bulgarien (JAT 26. 3. 1972); am 4. April wurde ein gemeinsames Wirtschaftskomitee zur Förderung der gegenseitigen Beziehungen in Tokio gebildet (BTA 5. 4. 1972). An der diesjährigen Leipziger Frühjahrsmesse in der DDR nahm Japan erstmals mit einer Kollektivausstellung teil, an der 90 japanische Handelshäuser und Konzerne beteiligt waren (ADN 15. 2. 1972); nach ostdeutschen Angaben wurde im Verlauf der Messe ein „recht umfangreicher“ Vertrag über Stahllieferungen zwischen der ‚Nippon Steel‘ und der DDR abgeschlossen, der die Lieferung von 45 000 t Stahlprodukten in der ersten Hälfte des Haushalts 1972 vorsieht (JAT 16., 28. 3. 1972). Ein bedeutsames Ereignis stellt der erste Besuch einer Delegation der SED unter Leitung von Hans Modrow in Japan auf Einladung der JSP vom 10. bis 20. Mai dar (SWBFE 3984, ADN 10. 5. 1972). Die vierköpfige Delegation besuchte neben Tokio auch Kyoto und führte u. a. auch Gespräche mit dem Gouverneur von Tokio, Minobe (ADN 17. 5. 1972). Im gemeinsamen Abschlußkommuniqué wurde die „US-Aggression gegen Nordvietnam“ von beiden Parteien verurteilt und ein vollständiger Abzug der US-Truppen gefordert. Außerdem wurde die Anhebung der ostdeutschen Handelsmission in Tokio auf offiziellen Status gefordert (den Text vgl. ND 23. 5. 1972). Vom 15. bis 20. Mai hielt sich der stellvertretende Außenminister Jugoslawiens, Jaska Petrich, zu Gesprächen im Rahmen regelmäßiger Konsultationen in Japan auf. Im Mittelpunkt des Meinungsaustausches stand die internationale Lage und die Förderung der bilateralen Zusammenarbeit (Tanjug 20. 5. 1972, SWBFE 3996). Vom 22. bis 29. Mai besuchte eine Delegation des Sejm Polens unter der Leitung von Marschall Stanislaw Guzwa zu offiziellen Verhandlungen Japan (SWBFE 3997, JAT 23. 5. 1972). Die polnischen Parlamentarier trafen u. a. mit Premier Sato und Außenminister Fukuda zusammen (PAP 23. 5., 29. 5. 1972, SWBFE 4002). Im Laufe seiner Europareise hielt sich der Gouverneur von Tokio, Minobe, auch zu einem viertägigen Besuch (vom 26. bis 29. April) in Rumänien auf, wo er u. a. von Präsident Ceausescu empfangen wurde (Radio Japan 26. 4. 1972). Die für den Mai geplante Besuchsreise Ceausescus nach Tokio wurde mehrmals verschoben und nach der Fixierung auf den 2. bis 8. Juni am 25. Mai endgültig vertagt (SWBFE 4000). Am 15. Mai besuchte eine japanische Wirtschaftsdelegation Rumänien zur Besprechung der Einrichtung eines gemeinsamen Wirtschaftskomitees (SWBFE 3986, JAT 17. 5. 1972), der am 27. Mai in Tokio gegründet wurde (JAT 28. 5. 1972). Dabei forderte Rumänien erhöhte japanische Kredite und äußerte den Wunsch nach Gemeinschaftsunternehmen auf den Sektoren Schiffbau, petrochemische und elektronische Industrie (JAT 23. 5. 1972).

Asien/Ostasien. Nach kurzem, am 15. Februar begonnenen Verhandlungen mit dem Botschafter der Mongolischen VR in Moskau wurden am 19. Februar die diplomatischen Beziehungen zur Mongolischen VR aufgenommen (JAT 28. 2. 1972). Diese erste Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit einem kommunistischen Staat erfolgte auf Anregung von Außenminister Gromyko bei seinem Besuch in Japan (JAT 13. 2. 1972). Am 22. Februar traf eine mongolische Handelsdelegation zu einem dreiwöchigen Besuch in Japan ein, wo Möglichkeiten zur Intensivierung des bisher geringen Handels (1971 8000 US-Dollar) erörtert wurden (JAT 22. 2. 1972). Die Beziehungen zu Nordkorea erfuhren durch einen Austausch mehrerer Delegationen eine Intensivierung. Vom 8. bis 14. Januar hielt sich der Direktor des internationalen Büros der JSP, K. Kawasaki, zu einem Besuch in Pyonyang auf, wo er auch mit Kim Il-sung zusammentraf und übereinkam, den Besuchsaustausch beider Staaten fortzusetzen (JAT 16. 1. 1972). Am 19. Januar besuchte eine parlamentarische Delegation unter der Leitung des Liberaldemokraten C. Kuno Nordkorea. Am 21. Januar wurde ein privates Handelsabkommen für die Zeit bis 1976 in Höhe

von 4 bis 5 Mio. US-Dollar unterzeichnet (JAT 23. 1. 1972). Im Abschlußkommuniqué wurde Japan aufgefordert, seine „unfreundliche Haltung“ gegenüber Nordkorea einzustellen und sich um die friedliche Wiedervereinigung Koreas zu bemühen (JAT 26. 1. 1972). Am 17. April begann ein einwöchiger Besuch einer zwölköpfigen Delegation der JSP in Nordkorea, wo sie Gespräche über die Verbesserung der bilateralen Beziehungen führte (SWBFE 3966); ihr folgte am 19. Mai der Besuch einer Delegation der Komeito, der bis 2. Juni dauerte (SWBFE 3971). Am 19. Mai lehnte Justizminister S. Maeo die Einreise einer Delegation aus Nordkorea, die vom Gouverneur von Tokio, Minobe, eingeladen war, ab, da sich „die internationale Situation noch nicht so weit gebessert habe, daß das Verbot gegen die Einreise nordkoreanischer Führungskräfte gelockert werden könne“ (JAT 20. 5. 1972). Südkorea reagierte besorgt auf die jüngste Entwicklung der Beziehungen zu Nordkorea und reagierte auf das Handelsabkommen mit der Warnung, daß eine Annäherung Japans an Nordkorea „den Geist des japanisch-südkoreanischen Normalisierungsvertrages von 1965 verletzen“ würde (JAT 27. 1. 1972). Gleichzeitig kann bei den großen japanischen Handelsfirmen eine Lockerung der Kontakte zu Südkorea und Taiwan festgestellt werden (JAT 28. 2. 1972). Vom 3. bis 5. März tagte das japanisch-koreanische Wirtschaftskomitee (an dem nur 17 japanische Firmen teilnahmen), wobei ein Ausschuß zur Intensivierung der Kooperation beim dritten koreanischen Fünf-Jahres-Plan beschlossen wurde (JAT 5. 3. 1972). Vom 3. bis 8. April hielt sich der stellvertretende Außenminister Suk Hean Yun zu einem offiziellen Besuch in Tokio auf (JAT 2. 4. 1972). (Vgl. VR China)

Asien/Südostasien. Die Frage der Ratifizierung des bereits 1971 paraphierten Freundschafts-, Handels- und Schiffsverkehrsvertrages mit den Philippinen konnte bisher nicht geklärt werden. Die Einwände aus Manila richten sich vor allem gegen die Bestimmungen über die Fischerei und gegen das Fehlen gesetzlicher Einschränkungen für den Fall, daß sich japanische Geschäftsinteressen für die Philippinen als schädlich erweisen (JAT 14. 1. 1972). Zwar wurden die Verhandlungen darüber am 1. Februar im Auswärtigen Amt fortgesetzt (JAT 2. 2. 1972), wobei sich Präsident Marcos für die Ratifizierung aussprach und dafür eintrat, daß über die strittigen Punkte weiter verhandelt werden sollte (JAT 6. 2. 1972). Am 1. März lehnte der Senatsausschuß für Auswärtige Beziehungen der Philippinen die Ratifizierung mit der Begründung ab, daß „eine Verfügung, die die territorialen Grenzen des Landes festsetzt“, fehle (JAT 2. 3. 1972). Zu Differenzen zwischen beiden Staaten kam es wegen der nach philippinischer Ansicht illegalen Tätigkeit japanischer Geschäftsleute (JAT 9. 1. 1972). Insgesamt war Japan auch 1971 wieder stärkster Außenhandelspartner der Philippinen: mit einer Gesamtsumme von 750 Mio. US-Dollar rangierte es knapp vor den USA mit 743,9 Mio. (JAT 13. 4. 1972). Am 29. März erfolgte der Notenaustausch über einen japanischen Kredit an Malaysia in Höhe von 330 Mio. US-Dollar. Er dient der Finanzierung von Entwicklungsprojekten, dem Ankauf japanischer Waren sowie der Bezahlung von Dienstleistungen (JAT, TST 30. 3. 1972). Am 6. April wurde zwischen beiden Staaten ein Luftfahrtmemorandum unterzeichnet (JAT 8. 4. 1972). Der Außenminister Indonesiens, Malik, kritisierte am 2. Februar in Djakarta die Entwicklungspolitik Japans und verlangte, daß Japan mehr Kapital investieren solle (Antara 2. 2. 1972). Japan will Indonesien mit 230 000 Tonnen Reis im Programm der Kennedy-Runde versorgen (SWBFE 3976), und am 10. Mai gab Japan bekannt, daß es Indonesien eine Anleihe in Höhe von 200 Mio. Dollar für die Förderung von Erdöl zur Verfügung stelle (SWBFE 3987). Anfang Mai hielt sich Präsident Suharto zu einem Arbeitsbesuch in Tokio auf (vgl. Indonesien). Die Intensivierung der Beziehungen zu Nordvietnam wurde durch den Abschluß eines Abkommens über technisch-wirtschaftlichen Austausch durch die japanische Vereinigung von Landwirtschafts- und Einkaufsgenossenschaften (Zenkoren) am 25. Januar eingeleitet (dpa 25. 1. 1972). Vom 20. März bis 18. April besucht eine Wirtschaftsdelegation Nordvietnam zu Gesprächen über den Handel und den technischen Austausch Japan (Radio Japan 20. 3. 1972). Der Handel zwischen beiden Staaten war 1971 um 30,8% auf etwa 17 Mio. US-Dollar gewachsen (JAT 25. 5. 1972). Wie Fukuda am 4. April erklärte, wird die japanische Hilfe für den Wiederaufbau nach der Einstellung der Feindseligkeiten beginnen (JAT 5. 4. 1972). Am 12. April wurde eine Gesellschaft zur Förderung der Beziehungen zu Nordvietnam gegründet, die sich aus Abgeordneten der LDP, JSP, Komeito und der DSP zusammensetzt, während die Kommunisten eine Beteiligung ablehnten (JAT 13. 4. 1972). Thailand übertrug Anfang März der amerikanischen „Continental Oil“ und der japanischen „Mitsui Oil Ex-

ploration“ die Rechte für die Offshore-Öl-Exploration im Golf von Thailand (JAT 6. 3. 1972). Am 4. April wurden die Noten für die Finanzierung eines Mikrowellenverbindungsprojektes zwischen Laos und Thailand in Bangkok unterzeichnet (JAT 5. 4. 1972). In Erweiterung der Kredite für Burma stellt Japan insgesamt Handelskredite in Höhe von 4620 Mio. Yen zur Verfügung, die in 25 Jahren rückzahlbar sind (JAT 11. 3. 1972).

Asien/Südasi. Mit Afghanistan wurde am 16. März ein Abkommen über ärztliche Hilfe unterzeichnet (JAT 17. 3. 1972). Die Gewährung eines Kredites in Höhe von 3,5 Mio. Yen an Ceylon wurde von der Regierung am 4. Februar gebilligt (JAT 5. 2. 1972), während am 17. März ein Konsortium fünfzehn japanischer Banken Ceylon für Aufbauprojekte einen Kredit von 3,500 Mio. Yen zur Verfügung stellte (JAT 18. 2. 1972). Am 2. und 3. März fanden zwischen Indien und Japan Gespräche in Neu Delhi über die bilateralen Beziehungen statt. Am 25. Mai wurde ein Vertrag über die Lieferung von Düngemitteln an Indien im Werte von 1,600 Mio. Yen unterzeichnet (JAT 26. 5. 1972). In den Beziehungen zu Pakistan, in dessen Konflikt mit Indien Japan die Friedensbemühungen der Vereinten Nationen unterstützte und den Rückzug auf das jeweils eigene Territorium forderte (JAT 7. 12. 1972), ergaben sich keine erwähnenswerten Entwicklungen. Wurde die Anerkennung von Bangla Desh durch Indien von Japan Anfang Dezember noch als „Komplizierung der Situation“ bezeichnet, so erfolgte bereits am 11. Januar die erste eigene Kontaktaufnahme zur Regierung Scheich Mujiburs (AIR 12. 1. 1972), der am 10. Februar die offizielle Anerkennung folgte (Radio Japan 10. 2. 1972). Am 13. März besuchte eine japanische Parlamentarierdelegation Dacca, wo sie mit Mujibur Rahman Fragen des wirtschaftlichen Wiederaufbaus des Landes besprach (TST 10. 3. 1972, JAT 22. 3. 1972).

Europa. Das Zustandekommen eines Handelsvertrages mit der EWG ist auch nach der Japan-Reise Professor Dahrendorfs vom 9. bis 12. Mai nicht gesichert (JAT 15. 4. 1972). Hauptstreitpunkt ist nach wie vor die Sicherungs- oder Schutzklausel gegen zu stark anwachsende Einfuhren aus Japan (FAZ 16. 5., NZZ 17. 5. 1972). Mit der Bundesrepublik wurde eine Fluglinie über Sibirien vereinbart. Frankreichs Außenminister Schumann hielt sich vom 13. bis 18. Januar zu einem offiziellen Besuch in Tokio auf und traf dabei u. a. mit Sato und Fukuda zusammen. Schumann bezeichnete die geführten Gespräche über die Situation in Asien und die internationale Währungssituation als „fruchtbar“ (LM 18. 1., NZZ 20. 1. 1972). Der Präsident der Europäischen Kommission, Malfatti, traf am 12. Februar zu einem einwöchigen offiziellen Besuch in Japan ein. Japan drängte auf Einrichtung regelmäßiger Ministerkonsultationen (NZZ 14. 2. 1972, Radio Japan 11. 2. 1972), die Vereinbarung, von Zeit zu Zeit Beratungen zwischen der EWG und Japan zu pflegen, stellt einen Kompromiß dar (NZZ 18. 2. 1972). Mit Norwegen wurde das Handelsabkommen um ein Jahr verlängert und geht nun bis zum 30. September 1972 (JAT 16. 2. 1972). Mit Spanien wurde am 18. März ein Abkommen über Zusammenarbeit in der Forschung und auf dem Transportwesen unterzeichnet; zu den Verhandlungen dazu hielt sich der spanische Minister für Öffentliche Arbeit in Japan auf (JAT 19. 3. 1972). Mit der Schweiz wurde am 25. Januar ein neues Doppelbesteuerungsabkommen unterzeichnet (vgl. NZZ 26. 1. 1972).

Lateinamerika. Am 1. Mai wurde mit Argentinien ein Abkommen über die Zusammenarbeit bei der Herstellung von Eisenbahnausrüstung unterzeichnet (JAT 1. 5. 1972), nachdem Japan die Ausschreibung für das 52,7-Mio.-US-Dollar-Projekt zur Modernisierung der Eisenbahnen gewonnen hatte (JAT 31. 12. 1971). Zur Eröffnung einer Filiale der Bank von Brasilien in Tokio besuchte Finanzminister Netto am 12. Februar Tokio (JAT 13. 2. 1972), wo ihm eine wirtschaftliche Unterstützung zugesagt wurde (La Prensa 26. 2. 1972). Chiles Präsident Allende erklärte am 19. April, daß das enge Verhältnis zu Japan auch künftig verstärkt werden sollte und daß der Pazifische Ozean „als vereinigende Brücke zwischen den zwei Nationen“ stehen sollte (SWBFE 3969). Mexikos Präsident Echeverria war vom 9. bis 14. März mit seiner Frau als Gast Satos in Japan (JAT 28. 2. 1972). Sato sagte dem mexikanischen Präsidenten aktive Unterstützung bei der wirtschaftlichen Entwicklung zu, wofür eine langfristige Anleihe in Höhe von 42 Mio. US-Dollar zur Verfügung gestellt wird (JAT 11. 3. 1972). Der Außenminister Nicaraguas, Lorenzo Guerrero, traf am 3. April zu einem viertägigen Besuch auf Einladung des japanischen Außenministers in Japan ein (SWBFE 3955, 3956). Der Präsident von Paraguay, Stroessner, besuchte vom 14. bis 21. April Japan, wo er am 15. mit Sato zusammentraf und

um verstärkte wirtschaftliche Hilfe für sein Land bat (SWBFE 3965). Nachdem im Dezember 1971 zwischen Japan und Peru der Visazwang aufgehoben wurde (JAT 28. 12. 1971), wurde am 30. März ein Abkommen über eine Yen-Anleihe in Höhe von 4000 Mio. Yen unterzeichnet. Die Laufzeit beträgt bei 5,5% Zinsen 20 Jahre (JAT 31. 3. 1972).

Afrika. Vom 23. bis 26. April hielt sich eine fünfzehnköpfige Delegation der Organisation für die Einheit Afrikas (OAU) unter der Leitung des Präsidenten von Mauretanien, Ould Dadah, in Tokio auf, wo sie in Gesprächen mit Kaiser Hirohito und Premier Sato um Verständnis für den Kampf gegen Rassendiskriminierung und die Freiheitsbewegung der afrikanischen Staaten ersuchte (NZZ 27. 4. 1972). Die Beziehungen Japans zu den einzelnen Staaten Afrikas sind zumeist von wirtschaftlichen, weniger von politischen Prioritäten bestimmt. So arbeitet eine japanische Minengesellschaft bereits seit 1970 erfolgreich bei der Erzaufsuche in Äthiopien, wurde am 9. Mai mit dem Informationsministerium Nigerias ein Vertrag zum Bau eines Koaxialkabelsystems abgeschlossen (JAT 10. 5. 1972), eröffnete die Nippon Yusen Kaka, der größte Schiffseigner der Welt, eine Tochterfirma in Liberia (JAT 6. 4. 1972). In Libyen gewann die Nippon Electric Co. eine Ausschreibung für den Bau eines Kurzwellennetzes (JAT 9. 5. 1972); intensive Handelsbeziehungen bestehen auch zu Uganda und zu Zaire.

Ähnlich ist auch das Verhältnis Japans zu den arabischen Staaten. In Saudiarabien baut eine japanische Gesellschaft eine Ölraffinerie (JAT 10. 1. 1972). Mit dem Iran ist ein gemeinsamer Petrochemiekomplex für den Herbst 1972 geplant, und für Jordanien baute und finanzierte die japanische Firma Itoh & Co. den ersten künstlichen Fernsehsatelliten (JAT 1. 1. 1972). Mit der Union der arabischen Emirate wurde am 4. Mai die Aufnahme diplomatischer Beziehungen vereinbart (SWBFE 3982), am 9. Mai erfolgte die Unterzeichnung eines entsprechenden Protokolls mit Katar (Tass 9. 5. 1972).

Ozeanien. Mit Australien wurde am 22. Februar ein Abkommen über die friedliche Nutzung von Atomenergie unterzeichnet, das den Verkauf australischen Urans an Japan ermöglicht und gleichzeitig eine Kooperation bei gemeinsamen Projekten sicherstellt (Radio Japan 22. 2. 1972); beim Jahrestreffen des japanisch-australischen Komitees im April einigten sich beide Seiten auf die Reduzierung der Fracht- und Flugkosten zwischen den Staaten und der Förderung des Kulturaustausches (JAT 7. 4. 1972).

6. Volksrepublik China

a) Innenpolitik

Die Schwerpunkte der innenpolitischen Thematik waren die Grundsatzfragen der Parteiorganisation, die Bekämpfung von „Revisionismus und Pseudomarxismus“, der Kampf gegen „Opportunisten und Revisionisten“ innerhalb der Partei sowie die Minderheitenpolitik und die wachsende Bedeutung der Frau (vgl. u. a. SWBFE 3954, 3956, 3963, 3964). Im Hinblick auf die Kulturpolitik wurde im Zusammenhang mit dem 30. Jahrestag der Gespräche Mao Tse-tung in Yenan zur Schaffung einer „sozialistischen Kunst und Literatur“ aufgerufen, die „wie hundert Blumen erblühen sollen“ (vgl. u. a. NZZ 25. 5. 1972). In bezug auf Verwaltung und Organisation sind weitere Zentralisierungstendenzen in Regierung und Polizeiwesen feststellbar (SWBFE 3978, FAZ 15. 3. 1972). Am 26. März starb der ehemalige Sicherheitsminister Hsieh Fu-chih (Reuter 30. 3. 1972), am 6. 4. der ehemalige Minister für Bauwesen, Chen Cheng-jen (AFP 13. 4. 1972). Am 15. Mai wurde die Ernennung von fünf neuen stellvertretenden Außenministern bekanntgegeben; es handelt sich um Chung Hsi-tung, Fu Hao, Ho Yeng, Ma Wen-po und Yu Chan (NCNA 15. 5. 1972).

b) Wirtschaftspolitik

Vom 15. April bis 15. Mai fand in Kanton die Frühjahrsexportwarenmesse 1972 statt, die nach chinesischen Angaben von 21 000 Personen aus mehr als 90 Staaten besucht wurde. Erstmals nahmen zwei große japanische Firmen (Sumitomo und C. Itoh) sowie vierzig amerikanische Kaufleute teil. Durch mehrere offizielle Handelsdelegationen (u. a. aus Großbritannien und Italien) sowie Staatsgäste aus aller Welt erhielt die Messe einen „politischen“ Anstrich, der auch durch die Anwesenheit des stellvertretenden Ministerpräsi-

denten Li Hsien-nien unterstrichen wurde (NCNA 15. 5. 1972, NZZ 31. 5. 1972). Außerdem fanden Gespräche mit Vertretern der Boeing-Flugzeugfirma statt, die in Peking fortgesetzt wurden. Nach japanischen Angaben stieg der chinesische Außenhandel 1971 auf die Rekordhöhe von 4,466 Mio. US-Dollar, 7% mehr als 1970. Die Handelsbilanz verzeichnete einen Überschuß von 170 Mio. US-Dollar gegenüber einem Defizit von 68 Mio. im Vorjahr (SCMP 13. 4., NZZ 14. 4. 1972). Eine Zunahme der Industrieproduktion ging aus zahlreichen in der chinesischen Presse veröffentlichten Berichten hervor. Insgesamt nahm die Produktion in den kleinen und mittleren Betrieben 1971 gegenüber 1970 um etwa 40% zu, über 90% der Kreise besitzen eine oder mehrere Fabriken für landwirtschaftliche Maschinen. Hohe Steigerungen wurden auf dem Gebiet der Leichtindustrie gemeldet, vor allem in der Produktion von Armbanduhren, Fahrrädern, Nähmaschinen und Textilien. Auf dem Gebiet der pharmazeutischen Industrie war das Angebot 1971 50% größer als 1966. In den ersten drei Monaten des Jahres 1972 wies die Industrieproduktion Zuwachsraten von 15,6% für Stahl, 19% für Walzstahl, 18,5% für Eisen und 13,5% für Eisenerze auf. In Shanghai lagen Eisen- und Stahlproduktion um 12,5% über den Resultaten des Vorjahres (alle Angaben NZZ 4. 6. 1972). Produktionserfolge wurden auch auf dem Gebiet der Radiotechnik gemeldet, wonach die Jahresproduktion 1971 das Vierfache der von 1965 betrug; im ersten Quartal 1972 lag die Produktion um 78% höher als in der gleichen Zeit des Vorjahres (Radio Peking 16. 5. 1972).

Sowjetblock. Am 20. März traf der Leiter der sowjetischen Regierungsdelegation bei den Grenzverhandlungen, der stellvertretende Außenminister L. Iljitschow, in Peking ein (TASS 20. 3. 1972). Die Gespräche hatten am 20. Oktober 1969 begonnen und waren seit Dezember 1971 unterbrochen. Die sowjetische Delegation bereiste auf Einladung Chinas eine Reihe von Städten und Provinzen im Laufe des April (TASS 30. 4. 1972). Die 17. Tagung der gemeinsamen chinesisch-sowjetischen Kommission für Navigation auf Grenzflüssen tagte vom 6. Dezember 1971 bis 21. März 1972 und konnte über „die erörterten Fragen keine Einigung erzielen“ (NCNA 21. 3. 1972). Zeit und Ort für die 18. Tagung sind noch nicht festgelegt. Die Polemik zwischen China und der Sowjetunion wurde in Fortsetzung der bisherigen Praxis weitgehend von sowjetischen Stellungnahmen geprägt, wobei seit der Chinareise Nixons ein quantitativer Rückgang festzustellen ist. Zum Themenbereich gehörten in diesem Zusammenhang sowjetische Angaben über einen Handelsvertrag zwischen Rhodesien und China, die von Peking dementiert wurden (NZZ 5. 3. 1972), Angriffe gegen die sowjetische Minderheitenpolitik (Literaturnaja Gaseta, nach 21. 3. 1972) sowie auf die innen- und wirtschaftspolitischen Verhältnisse (TASS 30. 3. 1972, Prawda 18. 4. 1972); darüber hinaus wurde eine antichinesische Broschüre mit dem Titel „Was verschweigt man in Peking“ veröffentlicht, in dem Zitate chinesischer Führer der „tatsächlichen Politik“ gegenübergestellt werden (TASS 19. 4. 1972). Der chinesische Atomversuch vom 18. März war Gegenstand eines Protestes der Sowjetunion — des ersten in diesem Zusammenhang —, in dem die Explosion als „völkerrechtswidrig“ bezeichnet wurde (Isv 22. 3. 1972). Die Vorwürfe Chinas an die UdSSR bezogen sich auf das „sowjetisch-japanische Komplott um die Malacca-Straße“ (vgl. Indonesien) und auf angebliche Kontakte zwischen Moskau und Taipeh (NCNA 26. 3. 1972). Zu heftigen Auseinandersetzungen kam es auf der 3. Welt-handelskonferenz (UNCTAD) in Chile, auf der die Sowjetunion wegen ihrer Politik gegenüber den Ländern der Dritten Welt angegriffen wurde und Moskau u. a. behauptete, daß Peking den Entwicklungsländern „nicht helfen wolle“ (Radio Peking und Moskau, MD 11. 4., 8. 5. 1972). In einem Leitartikel zur sowjetischen Außenpolitik vom 21. Mai wurde in bezug auf China erklärt, daß ein „aktives Gegenwirken gegen die spalterische ... Politik der chinesischen Führer ... und gleichzeitig die Bereitschaft zur Normalisierung der Beziehungen mit der VR China“ dem außenpolitischen Kurs des 24. Parteitages entspreche (Pr 21. 5. 1972). In Beantwortung eines Hörerbriefes hatte Radio Moskau am 12. April erklärt, daß die Sowjetunion die Aufnahme Pekings in die Vereinten Nationen in Verfolg der „prinzipiellen Linie gegen eine Isolierung Chinas durch die imperialistische Politik“ unterstützt habe (Radio Moskau 12. 4. 1972). Ein Bericht des „Instituts für strategische Studien“ (London) meldete, daß sich die Zahl der sowjetischen Divisionen im Grenzgebiet gegen China von 1968 bis 1971 von 15 auf 44 erhöht habe und diese über Nuklearwaffen verfügten (Strategic Survey 1971; ISS, London). Der Besuch Präsident Nixons in Moskau wurde nach seiner Beendigung von China gemeldet (NCNA 2. 6. 1972), während Albanien

bereits vor und während des Besuches heftig polemisierte (vgl. ZIP 27. 5., Radio Tirana 28. 5. 1972).

Die Beziehungen zu den Staaten des Sowjetblocks hielten sich im Rahmen des durch Peking und Moskau gegebenen Verhältnisses, doch war die Kritik aus Osteuropa schärfer, richtete sich insbesondere gegen die Europapolitik Pekings. Von der CSSR wurde Peking z. B. beschuldigt, „die EWG gegen die Sowjetunion nutzen zu wollen“ (Radio Bratislava 5. 4. 1972) und selbst mit Radio Liberty zusammenzuarbeiten, um dem Sozialismus zu schaden (Zolnierz Volnosci, PAP 27. 3. 1972). Bulgarien wiederholte diese Angriffe, beargwöhnte außerdem ein Bündnis zwischen Nixon und Mao über den Vietnamkrieg (BTA 17. 4. 1972). Am 18. April wurde zwischen beiden Staaten ein Handelsabkommen unterzeichnet (BTA 18. 4. 1972). Erstmals nahm China dieses Jahr an der Brünner Messe in der C S S R teil (Tanjug 9. 3. 1972, NCNA 19. 5. 1972); andererseits waren die Angriffe aus Prag besonders heftig, richteten sich gegen Chou En-lai (Rude Pravo 5. 4. 1972), die „ideologische Leere des Maoismus“ (Rude Bravo 20. 4. 1972) und die chinesisch-amerikanischen Beziehungen (Rude Pravo 4. 5., 5. 5. 1972). Die D D R wiederholte im wesentlichen die Vorwürfe gegen Maoismus, chinesische Außen- und Wirtschaftspolitik, wobei vorwiegend sowjetische Argumente verwendet wurden (ND 2. 3. 1972, Radio DDR 10. 4., 11. 4., 21. 4. 1972). Vom 22. bis 29. April hielt sich eine Regierungsdelegation unter Chen Chieh in Ostberlin auf, die am 24. April ein Warenaustausch- und Zahlungsabkommen für 1972 unterzeichnete (NCNA 26. 4. 1972). Mit P o l e n wurde am 16. März ebenfalls ein Warenaustausch- und Zahlungsabkommen unterzeichnet, auf polnischer Seite war der stellvertretende Außenhandelsminister M. Dmochowski mit einer Regierungsdelegation dazu nach China gereist (NCNA 16. 3. 1972). Der polnische Beitrag an der antichinesischen Polemik bestand aus Angriffen gegen die Beziehungen Peking–Washington sowie gegen die chinesische Abrüstungspolitik (PAP 28. 3., 30. 4. 1972). Mit U n g a r n wurde am 14. März ebenfalls ein Warenaustausch- und Zahlungsabkommen (Radio Peking 15. 3. 1972) sowie am 16. Mai ein Protokoll über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit unterzeichnet (NCNA 16. 5. 1972). Am 19. Mai traf Chen Chieh zum Besuch der internationalen Messe in Budapest ein (NCNA 19. 5. 1972).

Jugoslawien, Rumänien und Albanien enthielten sich jeder öffentlichen Kritik an der chinesischen Politik, während eine Intensivierung der wirtschaftspolitischen Beziehungen festgestellt werden kann. Mit J u g o s l a w i e n wurde am 2. März ein Vertrag über den Kauf zweier 13 000-Tonnen-Frachter (Tanjug 2. 3. 1972) und am 14. April ein Abkommen über die Aufnahme des zivilen Luftverkehrs zwischen beiden Staaten unterzeichnet (Tanjug 14. 4. 1972). Vom 7. bis 21. April hielt sich eine Handelsdelegation unter dem Außenhandelsminister M. Hadzic in China auf (NCNA 22. 4. 1972). Am 20. April wurde ein Vertrag über die Lieferung weiterer sechs Frachtschiffe in Split unterzeichnet (Tanjug 20. 4. 1972). Vom 4. bis 14. März tagte in Peking die 14. Sitzung der Kommission für technische wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen China und R u m ä n i e n (Agerpres 14. 3. 1972); am 6. April wurde mit der gleichen Delegation, die auch Jugoslawien und Albanien besuchte, auch in Bukarest ein Luftfahrtabkommen unterzeichnet (Agerpres 6. 4. 1972). Zu den Mai-Feierlichkeiten hielten sich zwei Partei- und Militärdelegationen in Peking auf, die unter der Leitung von E. Bodnars standen (NCNA 29. 4. 1972). Auf ihrer Rückreise (am 4. Mai) machte sie in Moskau eine Zwischenlandung. Mit A l b a n i e n wurde am 24. 3. ein Luftfahrtabkommen unterzeichnet (ATA 24. 3. 1972), am 8. April folgte ein Protokoll über die 9. Konferenz der gemeinsamen Schifffahrtsgesellschaft (Radio Peking 10. 4. 1972) und am 11. April ein Abkommen über die Gewährung eines Kredits zum Ankauf landwirtschaftlicher Maschinen (NCNA 11. 4. 1972).

Europa. Das Interesse Pekings an Europa und der EWG hält unvermindert an. Besonders aufmerksam werden von China Äußerungen europäischer Politiker hinsichtlich eines „unabhängigen Europa“ (NCNA 24. 3. 1972) gegen die „Kontrollen der Supermächte“ (NCNA 24. 4. 1972) registriert. In diesem Sinne sind die exakten Wiedergaben der EWG-Verhandlungen in Brüssel (NCNA 26. 3. 1972), der Gespräche zwischen Brandt und Heath (24. 4. 1972) und auch der Bericht über das französische Referendum (Radio Peking 25. 4. 1972) zu sehen.

Der erste b e l g i s c h e Botschafter in Peking, Jacques Groothaert, überreichte am 24. Mai sein Beglaubigungsschreiben; chinesischer Botschafter in Brüssel ist Li Lien-pi (NCNA

23., 24. 5. 1972). Der Außenminister der BRD, W. Scheel, erklärte am 11. März, daß es „keinen Grund gäbe, weshalb Westdeutschland und China nicht diplomatische Beziehungen zueinander aufnehmen sollten“ (FAZ 11. 3. 1972). Am 9. April wurde bekannt, daß der Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses des Bundestages, Gerhard Schröder, auf Einladung der Volksrepublik China am 13. Juli nach Peking reisen werde (FAZ 10. 4. 1972). Am 6. März wurde die erste Industrieausstellung *Dänemarks* in Peking eröffnet (AFP 6. 3. 1972). Das Außenministerium *Frankreichs* gab am 15. März bekannt, daß Außenminister Schuman vom 5. bis 6. Juli Peking besuchen werde (*Le Monde* 17. 3. 1972). Auf der Pariser Messe vom 29. April bis 14. Mai war China mit einem eigenen Pavillon vertreten, der am 9. Mai von Präsident Pompidou besucht wurde (NCNA 17. 5. 1972). Mit *Großbritannien* wurde am 13. März ein Kommuniqué über den Austausch von Botschaftern veröffentlicht, demzufolge sich London bereit erklärte, ihre offizielle Vertretung in Taiwan am 13. März abzurufen und die Regierung der VR China als „einzige rechtmäßige Regierung Chinas“ anzuerkennen (NCNA 13. 2. 1972). Die britischen Interessen auf Taiwan werden künftig von Australien wahrgenommen. Am 12. Mai gab Premierminister Heath bekannt, daß mit China eine Vereinbarung über gegenseitige Besuche der Außenminister erreicht wurde (TASS 12. 5. 1972). Die erste Sitzung des gemeinsamen chinesisch-italienischen Komitees fand vom 10. bis 12. April in Peking statt, wozu sich eine italienische Regierungsdelegation in China aufhielt (NCNA 13. 4. 1972). *Schweden* heilt vom 3. bis 10. April eine Industrieausstellung in Peking ab, zu deren Eröffnung Handelsminister Feldt China besuchte (NCNA 3. 4. 1972). Aus der *Schweiz* hielt sich der Genfer Regierungspräsident Henry Schmitt vom 6. bis 19. Mai auf Einladung Pekings zu einem offiziellen Besuch in China auf (NZZ 25. 5. 1972). Vom 1. bis 8. April besuchte *Maltas* Premierminister Dom Mintoff die Volksrepublik China. Er führte in Peking u. a. Besprechungen mit Premier Chou En-lai und Li Hsien-nien über chinesische Wirtschaftshilfe. Nach Angaben Mintoffs sagte China einen zinslosen Kredit in Höhe von umgerechnet 140 Mio. Mark zu; ein entsprechendes Abkommen ist am 8. April unterzeichnet worden (NCNA 27. 4. 1972). Mit den *Niederlanden* wurde am 16. Mai ein Kommuniqué über die Anhebung der diplomatischen Beziehungen ab 18. Mai auf den Status von Botschaftern vereinbart. Die Niederlande „respektierten“ darin den Anspruch Pekings, daß Taiwan eine Provinz der Volksrepublik China ist (NCNA 17. 5. 1972).

Asien. Die Beziehungen zu Japan waren durch rege Besuche gekennzeichnet, die vor allem von Japan ausgingen. Neben zahlreichen wirtschaftlichen Kontakten reisten eine Anzahl japanischer Politiker nach Peking. Streitfragen sind nach wie vor die Senkaku-Inseln sowie das Verhältnis Japans zu Taiwan. Am 6. März veröffentlichte die Regierung eine „einheitliche Ansicht“ über den Status von Taiwan. Darin heißt es, daß Japan nicht in der Lage sei, über diesen Status zu sprechen, „aber es kann den Anspruch der VR China auf Taiwan vollkommen verstehen“ (NZZ 8. 3. 1972). Die Opposition drängte auf diese Erklärung wegen der widersprüchlichen Äußerungen Satos und Fukudas zu diesem Thema im Februar (vgl. Chronik China/IASF 2/72, S. 304). Peking kommentierte diese Erklärung u. a. damit, daß Tokio „immer noch Ambitionen gegenüber dem chinesischen Territorium von Taiwan verfolge“ (NCNA 10. 3. 1972). Am 21. März gab Außenminister Fukuda bekannt, daß „vor einiger Zeit“ ein Unterhändler der Regierung in Peking wegen Verhandlungen von bilateralem Interesse sondiert habe. In dem gleichen Zusammenhang erklärte Fukuda, daß Japan zur Unterzeichnung eines Nichtangriffspaktes mit China bereit sei (NZZ 23. 3. 1972). Nachdem China am 3. März im UN-Ausschuß für friedliche Nutzung des Meeresbodens die USA und Japan beschuldigt hatte, die Senkaku-Inseln Japan einzuverleiben, bekräftigte Fukuda am 8. März die Zugehörigkeit dieser Inseln zu Japan (*Jiji Press* 8. 3. 1972). Demgegenüber erklärte China am 15. März, daß China „ebenso entschlossen sei, Tiaoyu (Senkaku) zu befreien wie Taiwan“ (NCNA 30. 3. 1972). Neben der Frage des Status von Taiwan scheint auch diese Inselgruppe ein ernstes Hindernis für die künftige Entwicklung der japanisch-chinesischen Beziehungen zu werden. Vom 31. März bis 5. April hielt sich eine Delegation der Demokratischen Sozialistischen Partei Japans unter I. Kasuga in Peking auf, wo sie am 13. April ein Kommuniqué unterzeichnete, in dem der chinesische Anspruch auf Taiwan bekräftigt und der Widerruf des japanisch-nationalchinesischen Vertrages gefordert wurde (NCNA 13. 4. 1972). Vom 23. März bis 5. April besuchte der frühere Außenminister Fujiyama die Volksrepublik China (NCNA 5. 4. 1972); mit Takeo Miki folgte

ein weiterer ehemaliger Außenminister, gleichzeitig Nachfolgekandidat für Sato. Miki traf wie Fujiyama mit Chou En-lai zusammen (am 17. 4.); er vertrat dabei die Ansicht, daß Japan zur Wiederherstellung diplomatischer Beziehungen die drei Bedingungen Chinas akzeptieren müsse (daß 1. noch Kriegszustand zwischen beiden Staaten besteht, 2. die Regierung der VR China China vertritt und 3. daß Taiwan untrennbarer Bestandteil der VR China ist) (Kyodo 26. 4. 1972). Sato beschuldigte daraufhin Miki, die „Sache seines Landes“ nicht richtig vertreten zu haben (Kyodo 28. 4. 1972). Im Hinblick auf diese Forderungen erklärte Sato am 18. Mai, daß „Peking ohne Zweifel die einzige rechtmäßige Regierung Chinas ist“. Diese Erklärung wird als erste eindeutige Anerkennung Pekings als einzige legale Regierung durch Japan gewertet (Kyodo 18. 5. 1972, FAZ 26. 5. 1972). Schließlich besuchte noch Y. Furui, Mitglied des japanischen Oberhauses, vom 24. bis 30. Mai Peking, wo er u. a. von Chou En-lai zugesichert bekam, daß China japanische Vermögen in Taiwan nicht antasten würde (JAT 30. 5. 1972).

Am 5. April wurde mit Nordkorea in Peking ein Abkommen über gegenseitige Hilfe und Zusammenarbeit in der Fischerei unterzeichnet (NCNA 5. 4. 1972); am 19. April folgte ein Abkommen über den Austausch von Filmmaterial zwischen beiden Staaten (KCNA 20. 4. 1972). Aus Anlaß des 40. Jahrestages der koreanischen Armee, wozu sich eine chinesische Regierungsdelegation in Pyongyang aufhielt, drückte ein Leitartikel in der Jen-min Jih-pao die unbedingte Unterstützung des Vorschlages des Kim Il-sungs zur Förderung einer friedlichen Wiedervereinigung aus (JMJP 24. 4. 1972). Mit der Mongolischen VR wurde am 12. Mai in Peking ein Protokoll über den gegenseitigen Güteraustausch für 1972 unterzeichnet (NCNA 12. 5. 1972).

Vom 15. bis 29. Mai hielt sich eine Regierungsdelegation aus Burma unter Leitung des Planungsministers U Lwin in China auf und besprach dort verschiedene wirtschaftliche Projekte (NCNA 14. 5., 29. 5. 1972). Am 19. Mai wurde ein Abkommen zwischen den Nachrichtenagenturen beider Staaten unterzeichnet (NCNA 22. 5. 1972). Mit Malaysia bestehen, nach Auskunft von Premier Razak am 10. Mai, „seit der Zulassung Chinas bei den Vereinten Nationen keine offiziellen Kontakte“ (TST 12. 5. 1972). Für Indonesien erklärte Außenminister Malik, daß die Vor- und Nachteile diplomatischer Beziehungen im nationalen Interesse, insbesondere im Hinblick auf die subversiven Einflüsse ..., geprüft werden müßten“, bevor an eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu China gedacht werden könne (TST 12. 4. 1972). Die Politik der USA gegenüber Kambodscha wurde von Peking, das die Exilregierung des Prinzen Sihanouk in Peking protegiert, heftig attackiert (NCNA 16. 3. 1972), ebenso wie die Machtergreifung Lon Nols (Tanjug 19. 3. 1972). Thailand zeigt sich nach Aussagen Kittikhachorns vom 26. April distanziert; die Aufnahme von Kontakten mit China wird nicht „überstürzt“ erfolgen, wofür er als Begründung die kommunistische Unterwanderung in den indochinesischen Staaten anführte (SWBFE 3976). Die Beziehungen zu Nordvietnam waren durch chinesische Solidaritätserklärungen für den Kampf der „indochinesischen Völker“ gekennzeichnet. Schien es, als hätte der Nixon-Besuch die vietnamesisch-chinesischen Beziehungen getrübt, so bewirkte die Eskalation im Vietnamkrieg offenbar ein Aneinanderrücken beider Staaten. In mehreren Regierungserklärungen (vom 10. 3., 16. 3., 31. 3., 10. 4., 1. 5. und 9. 5. 1972) wurden die amerikanischen Schritte scharf verurteilt und Vietnam der Hilfe Chinas versichert (NCNA vom jeweiligen Tag). Eine Reihe weiterer Artikel erschien in der Jen-min Jih-pao, sei es aus Anlaß des US-Bombardements (JMJP 12. 3., 30. 3. 1972) oder aus Anlaß des 2. Jahrestages der „Gipfelkonferenz der indochinesischen Völker“ (NCNA 24. 4., 26. 4. 1972). Vom 13. bis 20. März wurde die 14. Eisenbahnkonferenz zwischen China und Nordvietnam in Kunming abgehalten (VNA 1. 4. 1972). Vom 17. April bis 6. Mai hielt sich eine Delegation unter dem Transportminister Yang Chieh zu Verhandlungen in Hanoi auf (NCNA 18. 4., 6. 5. 1972); eine vietnamesische Delegation unter Außenhandelsminister Li Ban traf am 3. Mai in Peking zu Gesprächen über die chinesische Militär- und Wirtschaftshilfe für 1972 in Peking ein (NCNA 3. 5. 1972). Xuan Thuy, der Chefdelegierte Nordvietnams bei den Pariser Vietnamgesprächen, traf am 13. Mai in Peking zur Erörterung der Situation nach Verhängung der US-Blockade auf seinem Weg von Paris über Moskau ein (NCNA 13. 5. 1972).

Mit Afghanistan wurde am 4. April ein Warenaustauschprotokoll für 1972 unterzeichnet (NCNA 4. 4. 1972); vom 17. bis 22. April hielt sich der afghanische Außenminister

M. N. Shafiqu zu Gesprächen u. a. mit Premier Chou En-lai in China auf (NCNA 17. 4., 24. 4. 1972). Mit Ceylon wurde am 20. April ein Schiffsabkommen in Colombo unterzeichnet (NCNA 22. 4., 30. 4. 1972). Die Annahme der neuen ceylonesischen Verfassung wurde durch Tung Pi-wu und Chou En-lai offiziell begrüßt (NCNA 24. 5. 1972). Zu den Beziehungen Indiens zu China erklärte Außenminister Singh am 27. April vor dem Parlament, daß eine Entspannung zwischen beiden Ländern „im Interesse beider Länder und der Förderung des Weltfriedens sei“ (AIR 27. 4. 1972). Mit Nepal wurden am 14. März in Katmandu Vereinbarungen über wirtschaftliche Zusammenarbeit getroffen (NCNA 15. 3. 1972). Vom 29. April bis 7. Mai hielt sich eine Militärdelegation aus Pakistan in China auf (NCNA 7. 5. 1972); am 7. Mai wurde in Gilgit ein Grenzhandelsabkommen abgeschlossen, das eine Verdoppelung des Handels vorsieht (SWBFE 3984). Vom 21. bis 25. Mai besuchte eine Delegation aus Syrien unter Außenminister Abd al-Halim Khaddam China, die am 24. Mai ein Abkommen über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit unterzeichnete (NCNA 24., 25. 5. 1972).

Amerika. Mit den USA kam es am 13. und 20. März sowie am 2. April zu Botschaftergesprächen in Paris, bei denen es offiziellen Angaben zufolge um Fragen des Handels und des Reiseverkehrs ging (FAZ 21. 3., 3. 4. 1972). Vom 18. April bis 3. Mai besuchten die Senatoren Mansfield und Scott die Volksrepublik China zu Gesprächen über bilaterale Beziehungen und internationale Fragen (NCNA 18. 4., 3. 5. 1972). Die Eskalation im Vietnamkrieg führte nach Angaben des Unterstaatssekretärs Green zu keiner Belastung des Verhältnisses zu China (USIS 2. 5. 1972). Am 9. Mai protestierte die chinesische Regierung gegen die Beschädigung von zwei Handelsschiffen, die vor der Küste Nordvietnams von amerikanischen Flugzeugen angegriffen wurden (NCNA 9. 5. 1972). Eine Luftfahrtdelegation aus Kanada besuchte vom 10. bis 20. Mai Peking (NCNA 20. 5. 1972).

Neben dem Besuch einer Militärdelegation und einer Delegation Jungsozialisten aus Chile im März besuchte Wirtschaftsminister P. Vuskovic am 8. Mai Peking, um dort Einzelheiten des 80-Millionen-Dollar-Kredites zu besprechen (JAT 8. 5. 1972). Vom 16. bis 22. April besuchte eine Regierungsdelegation aus Peru mit der Frau des Präsidenten Valesco, dem Minister für Fischereiwesen, J. E. Vanini, und dem Außenhandelsminister de Lucio Peking auf, wo nach peruanischen Angaben Abkommen über den Handelsaustausch unterzeichnet wurden (NCNA 16. 4., SWBFE 3972). Mit Guyana wurde am 9. April ein Abkommen über technische und wirtschaftliche Zusammenarbeit unterzeichnet (NCNA 13. 4. 1972); außerdem soll Guyana einen Kredit über 26 Mio. US-Dollar mit einer Laufzeit von zwanzig Jahren zinslos gewährt worden sein. Mit Kuba wurde am 4. März in Havanna ein Handelsprotokoll für 1972 unterzeichnet (NCNA 6. 3. 1972).

Afrika. Vom 8. bis 21. März besuchte eine Regierungsdelegation unter dem Außenhandelsminister Pai Hsiang-kuo Ägypten und unterzeichnete dort am 18. März ein Handelsprotokoll für 1972 (NCNA 19. 3. 1972). Der ehemalige ägyptische Außenminister Mahmoud Riad traf am 21. März zu dem mehrmals verschobenen Besuch mit einer Regierungsdelegation in China ein, wo er u. a. mit Chou En-lai und Prinz Sihanouk zusammentraf (NCNA 21. bis 26. 3. 1972), SWBFE 3951, 3969). Der sogenannte „Hussein-Plan“ zur Lösung des Nahostkonfliktes wurde von Peking als „Komplotz zur Spaltung der Einheit des palästinensischen Volkes“ und „Versuch, die revolutionäre Sache des palästinensischen Volkes zu liquidieren“, bezeichnet (NCNA 19. 3. 1972, JMJP 18. 3. 1972). Algerien erhielt von der Rot-Kreuz-Organisation Chinas eine Spende in Höhe von 100 000 Yuan zur Linderung von Schäden einer Flutkatastrophe (NCNA 2. 3. 1972). Mit dem Sudan wurde Mitte April ein Militärabkommen geschlossen, das die Ausbildung der sudanesischen Streitkräfte am Beispiel der chinesischen VBA vorsieht (Radio Omdurman 16. 4., MD 18. 4. 1972). Am 27. Mai folgte ein Handelsabkommen, das der Außenhandelsminister Pai Hsiang-kuo in Karthoum unterzeichnete (Radio Omdurman 27. 5., MD 29. 5. 1972). Mit Tunesien wurde am 19. Mai ein Handelsprotokoll in Peking unterzeichnet (SWBFE 3996).

Westafrika. Sierra Leone wies am 7. März Gerüchte über die Rekrutierung sierra-leonischer Staatsbürger, die China zu Guerilleros ausgebildet werden, als falsch zurück (Radio Freetown 7. 3., MD 9. 3. 1972). Vom 14. bis 19. Mai hielt sich eine Regierungsdelegation mit Handels- und Industrieminister S. A. Fofanah und Außenminister S. A. J. Pratt in Peking auf (SWBFE 3990, 3995). Mit Mauretanien wurde am 16. Mai in

Peking ein Zusatzabkommen für das Handelsabkommen vom Februar 1967 unterzeichnet (Radio Peking 17. 5. 1972).

Zentralafrika ist jener Teil Afrikas, in dem China am schwächsten vertreten ist. Für den Berichtszeitraum ist, abgesehen von Glückwunschschaften lediglich die Paraphierung eines Abkommens mit der VR Kongo am 13. Mai über Voruntersuchungen zur Errichtung einer Fachschule für Agrartechnik erwähnenswert (Radio Brazzaville 15. 5., MD 18. 5. 1972).

Ostafrika. Vom 11. bis 15. April hielt sich der Premierminister von Mauritius, Seewoosagar Ramgoolam, zu einem Staatsbesuch in China auf, wo er am 15. April die Anerkennung Pekings bekanntgab; das betreffende Kommuniqué entspricht in Form und Inhalt dem üblichen Stil und enthält die Anerkennung der Zugehörigkeit von Taiwan zu Peking (NCNA 15. 4. 1972). Nach Aussage Ramgoolams gewährte Peking Mauritius bei seinem Besuch einen Kredit in Höhe von umgerechnet 135 Mio. DM (DDP 16. 5. 1972). Aus Tansania hielt sich vom 5. bis 20. Mai eine Militärdelegation und vom 13. bis 27. Mai eine Regierungsdelegation unter dem Innenminister S. A. Maswanya in China auf (NCNA 5., 14., 19. 5. 1972). Mit Somalia wurde am 8. Mai ein Abkommen über den Bau eines zweistöckigen Krankenhauses in Mogadiscio unterzeichnet; am 10. Mai folgte ein Abkommen über die chinesische Hilfe beim Bau einer 1045 km langen Schnellstraße (Radio Mogadiscio 8. 5., 10. 5., MD 9., 15. 5. 1972). Vom 4. bis 18. Mai besuchte Staatspräsident Siyad Barre auf Einladung Chinas Peking (NCNA 14., 18. 5. 1972). Mit Ruanda wurde am 13. Mai in Kigali ein Abkommen über technische und wirtschaftliche Zusammenarbeit unterzeichnet (SWBFE 3995). Äthiopien entsandte am 3. Mai eine Luftfahrtdelegation nach Peking, die am 9. ein Abkommen über die Eröffnung einer Flugverbindung zwischen beiden Staaten vereinbarte (NCNA 9. 5. 1972).

Südliches Afrika. Am 3. März dementierte Peking sowjetische Beschuldigungen, von Rhodesien Chrom zu kaufen und wertete diese „Gerüchte“ als Versuch, die Haltung Chinas in der Rhodesienfrage zu diskutieren (JMJP 3. 3. 1972). Zur Rhodesienfrage äußerte sich China vor den Vereinten Nationen, indem es den „gerechten Kampf des Volkes von Zimbabwe“ herausstellte und den Abzug der „rassistischen weißen Regierung in Südrhodesien“ forderte (NCNA 12. 3. 1972).

1. Republik China (Taiwan)

a) Innenpolitik

Entgegen seiner Erklärung vom 20. Februar kandidierte Chiang Kai-shek ein weiteres Mal für eine sechsjährige Amtsperiode; er wurde am 21. März mit 1308 von 1316 abgegebenen Stimmen gewählt (AP 21. 3. 1972). Am 17. Mai traf Premier C. K. Yen zurück und schlug den Sohn Chiangs, Chiang Ching-kuo, zum Nachfolger vor, der am 27. Mai sein Amt als neuer Ministerpräsident antrat. Als Ziele seiner Arbeit verkündete er die Stärkung der Einsatzbereitschaft der Streitkräfte, die Verbesserung des Lebensstandards sowie Reformen innerhalb der Regierung (UPI 27. 5. 1972). Am 29. Mai wurde ein neues Kabinett vorgestellt (NZZ 31. 5. 1972): Ministerpräsident: Chiang Ching-kuo; Vizeministerpräsident: Hsu Chiang-chung; Minister ohne Portefeuille: George Yeh, Lien Cheng-tung, Yu Kuo-hwa, Li Rien-chuen, S. K. Chau, Kuo Cheng, Lee Tan-hui; Inneres: Lin Ching-scheng; Äußeres: Sheng Chang-huan; Verteidigung: Chen Ta-ching; Finanzen: K. T. Li; Erziehung: Tsiang Yien-si; Justiz: Wang Jen-Yuan; Wirtschaft: Y. S. Sun; Fernmeldeverkehr: Henry Kuo; Kommission für Tibet und die Mongolei: Tsui Tsui-yen; Kommission für Übersee-chinesen: Sung-nien; Generalsekretär: Walter Fei; Budget und Statistiken: Chau Hong-tao.

c) Außenpolitik

Die Außenpolitik der Republik China ist durch die internationale pro-Peking-Tendenz in vielen Bereichen begrenzt worden, worauf Taipeh mit einer Aktivierung der Bindungen zu „Freundländern“ reagierte und dabei eine Annäherung an den Sowjetblock in den Bereich des Möglichen stellte. Am 18. März gaben die Vereinten Nationen bekannt, daß das Entwicklungsprogramm für Taiwan auf Ersuchen der VR China eingestellt werde (NZZ 20. 3. 1972). Einen weiteren Rückschlag bedeutete die Schließung des britischen Generalkonsu-

lats sowie die sich ändernde Haltung J a p a n s in der Chinapolitik (vgl. dazu VR China). Erschwerend wirkt sich vor allem der Rückgang der japanischen Investitionen in Nationalchina aus (SZ 16. 3., FAZ 28. 3. 1972). Nach nationalchinesischen Angaben nahm der Handel mit der B R D 1971 um 25% zu (FAZ 22. 3. 1972). Seitens der U S A wurde Nationalchina durch Marshall Green am 3. März versichert, daß die Einhaltung aller Verpflichtungen weiterhin ein „Eckpfeiler“ der Politik der USA sei, wozu auch die Bindungen an Taiwan gehörten; auch würden weiterhin Investitionen amerikanischer Firmen in Taiwan gefördert (NZZ 5. 3. 1972). Die chinesischen Besorgnisse richten sich in diesem Zusammenhang vor allem auf die nach Taipehs Ansicht unzureichende und überaltete Ausrüstung der Streitkräfte, die völlig von Lieferungen der USA abhängig ist. Für das laufende Finanzjahr werden allein 50,8% für Verteidigungsausgaben aufgewendet (SZ 14. 4. 1972). Die Gerüchte über eine Kontaktaufnahme zwischen Nationalchina und der Sowjetunion gehen auf Äußerungen des Außenministers Chou Shu-kai zurück, der erklärt hatte, daß die Möglichkeit für die Aufnahme geheimer Gespräche mit der Sowjetunion geprüft würde (FAZ 11. 3. 1972); der Bericht über die Wiederwahl Chiang Kai-sheks in der sowjetischen „Neuen Zeit“ führte zu heftiger Kritik aus Peking, die eine entsprechende Konstellation mißtrauisch beobachtet. Am 6. März gab die Regierung in Taipeh bekannt, daß es die Aufhebung des Handelsverbotes mit kommunistischen Ländern erwäge (JAT 7. 3. 1972) — ein Schritt, der zweifellos zu Spekulationen anregte.

Das Königreich T o n g a war der erste Staat, der Nationalchina nach dem Ausschluß aus den Vereinten Nationen am 10. April anerkannte (Reuter 10. 4. 1972). Am 31. Mai folgte die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit W e s t - S a m o a (JAT 1. 6. 1972).